DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

# CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

182 16. JAHRGANG November '99 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

**GEBURTSTAGSFREUDE**

Pünktlich zum 15jährigen Geburtstag kam Freude auf: Unsere LeserInnen haben dazu beigetragen, dass CONTRASTE in diesem Jahr erstmals schwarze Zahlen schreiben kann, und gestärkt in das Jahr 2000 geht. Fördermitgliedschaften machen es möglich, dass sich das zu erwartende Minus halbiert. Bilanz 1999 und Start unserer »Aktion 2000« auf Seite 2.

**MUMIA ABU-JAMAL**

Am 13.10.99 hatte der Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, einen neuen Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal unterzeichnet. Die Hinrichtung sollte am 2. Dezember stattfinden. Mumia Abu-Jamal bekam noch einmal einen Aufschub, Bundesrichter William Yohn hob am 26.10. den Hinrichtungsbefehl wieder auf. Seite 3

**ROTE FLORA**

Vor 10 Jahren wurde das historische Flora-Theater während der Auseinandersetzungen um das geplante Hamburger Musical-Theater »Phantom der Oper« im Hamburger Schanzenviertel besetzt. Heute ist das Stadtteilzentrum aus der Struktur im Schanzenviertel nicht mehr wegzudenken. Seite 4

**JUGOSLAWIEN**

Ende Oktober fand in Berlin das erste Hearing zur Vorbereitung eines internationalen Tribunals statt. Das von über 650 TeilnehmerInnen besuchte Hearing diente einer ersten Bestandsaufnahme und der Vorbereitung der Anklage.
In Großbritannien gerät der britische Außenminister unter zunehmenden Druck. Ihm wird vorgeworfen, die Öffentlichkeit mit seinen Behauptungen vom serbischen Genozid an Kosovo-Albanern wissentlich belogen zu haben. Seite 11

**CO OP SCHLESWIG-HOLSTEIN**

Vom Konsum zum Konzern: Die co op Schleswig-Holstein e.G. blickte am 26. Oktober auf ihre 100-jährige Geschichte zurück. Von 1899 bis 1999 hat sich das Unternehmen vom »Allgemeinen Konsumverein für Kiel und Umgebung e.G.m.b.H.« zu einem modernen Einzelhandels-Konzern, dem größten Lebensmittelhändler nördlich der Elbe, entwickelt und ist immer noch eine Genossenschaft. Seite 12

**HAUSGEMACHT E.G.**

Die Konkurrenz mit der Schwarzarbeit bleibt eine besondere Herausforderung bei professionell angebotenen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten. Hier kann nur mit Vertrauen und Imagevorteilen gegengesteuert werden. Bei der Münchner Dienstleistungsgenossenschaft »HausGemacht« scheint dies zu gelingen. Der kleine Zusatz »e.G.« verhilft zu einem positiven Ansehen. Seite 13

www.contraste.org

## GEGENMACHT VON UNTEN SCHAFFEN

# Die Ausbeutung demaskieren

**Ausgehend vom 3. bundesweiten Anti-Expo-Treffen ist ein Vorschlag entwickelt worden, der an viele weitere politische Gruppen und Zusammenhänge weitergegeben wird. CONTRASTE beteiligt sich mit seinem Schwerpunktthema an der Diskussion und möchte dazu beitragen, Ideen, Diskussionen und Vorschläge in die Öffentlichkeit zu tragen.**

**Jörg Bergstedt, Reiskirchen** ● Idee ist, einen Aktionsstrang (zunächst für ca. die nächsten 12 Monate, aber mit dem Ziel, ihn in diesem Zeitraum auch weiterzuentwickeln) zu schaffen, der geeignet ist, dass sich die vielen Gruppen, die hauptsächlich ein-punkt-bezogen arbeiten (Antifa, feministische Gruppen, Anti-Expo, Anti-Atom, internationalistische Gruppen, kritische GewerkschafterInnen usw. – was auch ohne Zweifel alles wichtig ist!), darauf beziehen und an diesen Punkten gesamtpolitische Positionen formulieren. Oder platt: Der Kapitalismus, die Ausbeutung von Mensch und Natur sowie der Neoliberalismus als Steigerung der Verwertungs- und Profitlogik soll umfassend angegriffen und in Frage gestellt werden, Widerstand sichtbar und Alternativen wieder sichtbar werden. Der konkrete Vorschlag dazu lautete: Die Globalen Aktionstage, *die diese Idee schon in sich tragen, aber in Mitteleuropa kaum beachtet werden, sowie die Expo* 2000 als offene Werbung für das neoliberale Gesellschaftsmodell werden zu Kristallisationspunkten dieses Versuches, Widerstand zu leisten, Gegenmacht von unten aufzubauen.

### 30.11. – DER ERSTE SCHRITT

Am 30.11. (parallel zur WTO-Konferenz in Seattle) wird der nächste »Global Action Day« stattfinden. Wir rufen auf, daß viele Gruppen und Zusammenhänge den nächsten globalen Aktionstag (30.11.) z.B. in den eigenen Regionen umsetzen, möglichst als vielfältige Aktionsstruktur zusammen mit weiteren Gruppen. Es geht darum, alle Formen von Aktionen und Themen der kapitalistischen Unterdrükkung, neoliberalen Umgestaltung zum Ausdruck zu bringen. Dabei geht es nicht um zentrale Aktionskonzepte, Dominanzfragen usw. Ziel ist eine breite Aktionsvielfalt, wo alle Gruppen ihre Ideen, Aktionen und Schwerpunkte einbringen können – aber eben in einem Bezug mit der Forderung nach einer emanzipatorischen Gesellschaft, Selbstorganisation, selbstbestimmtem Leben als Gegenmodell zum Neoliberalismus. Das können sein:

- Streik gegen die Verwertungslogik als Arbeitskraft;
- *Uni- und Schulstreiks gegen den Bildungsumbau;*
- Blockaden und Besetzungen von öffentlichen Plätzen und Straßen gegen die Funktionalisierung öffentlichen Raumes und Verdrängungspolitik – *Blockaden, Besetzungen, Sabotage* und mehr gegen Symbole kapitalistischer Macht, Ausbeutung oder Umweltzerstörung;
- Aufbau und Informationsveranstaltungen über Alternativen, selbstorganisiertes Leben usw.

Neben vielen kreativen Aktionen können natürlich auch große und zusammenhängende Aktivitäten entstehen, wenn in Regionen genügend Gruppen sich darauf einigen können.

Der 30.11. soll der erste Aktionstag in diesem Aktionsstrang sein. Wir hoffen, daß die sich zusammenfindenden regionalen Bündnisse oder vielfältigen Aktionsformen daraus dann an der Weiterentwicklung dauerhafter gesellschaftlicher Gegenmacht und Umgestaltung »von unten« mitwirken.●

Schwerpunktthema auf den Seiten 6 bis 9.

### AKTIONSMATERIAL

Mitte Oktober ist eine Mobilisierungszeitung erschienen mit den Inhalten dieses CONTRASTE-Schwerpunktes. Wer diese Zeitung haben will, sollte sie bei der Redaktion »Ö-Punkte", Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen, anfordern gegen Portokosten:

- 1-20 Expemplare: 3 DM
- 11-50 Expemplare: 5 DM
- 51-500 Exemplare: 10 DM
- ab 500 Exemplare: 20 DM

Zudem sollen alle regionalen Aktionen bzw. Aktionsbündnisse bekanntgegeben werden. Dazu ist eine Internetseite geschaffen worden unter: http://come.to/n30-de

D 8008

## ÜBER DAS GLOBALE FINANZSYSTEM

# Wann schmilzt der Kern?

**Von Robert Kurz, Nürnberg** ● Von der Schuldenkrise der Dritten Welt hat man lange nichts gehört. War da mal was? Gelöst ist zwar grundsätzlich nichts, aber braucht es das überhaupt? Ob nun zwei oder zweieinhalb Billionen Dollar in Form von Schuldpapieren um den Globus zirkulieren, wen interessiert das eigentlich noch? Mexiko kann so oft Pleite gehen, wie es will, da werden dann eben immer neue Rettungspakete geschnürt: 20 Milliarden Dollar, 60 Milliarden Dollar – alles Peanuts! Auch die russischen Finanzen sind schon vor Jahren zusammengebrochen, aber was soll's. Die Rettungsgelder vom IWF werden stets pünktlich überwiesen, und der Jelzin-Clan soll davon seine Weihnachtsgeschenke in Kalifornien einkaufen.

Dasselbe gilt für die Überschuldung von Banken und Großunternehmen. Was einst Sensationsmeldungen gwesen waren, darüber blättert man heute in der Wirtschaftspresse eher gelangweilt hinweg. Ja, sicher, da ist irgendwann einmal das US-amerikanische Sparkassensystem zusammengebrochen. Waren das 500 Milliarden Dollar Miese oder 800 Milliarden oder noch mehr? Egal, es ist ja nichts passiert. Meine Güte, es muss eben hier mal die französische Großbank Crédit Lyonnais vom Staat gestützt und dort mal die faktisch bankrotte Frankfurter Metallgesellschaft »saniert« werden. Geht doch alles, oder? Und die Flucht unseres deutschen Immobilienkönigs (wie hieß der doch gleich?) nach Florida, das war immerhin ein schönes Medien-Event. Was mit dem Milliardenverlust geschehen ist, keine Ahnung. Ist doch alles weggesteckt. Und jetzt steht der südkoreanische Daewoo-Konzern mit 90 Milliarden Dollar in der Kreide. Na und, die Aufkäufer stehen ja schon Schlange.

Von den faulen Konsumentenkrediten wollen wir garnicht erst reden. Wenn allein in der BRD Anfang 1999 mehr als 1,26 Millionen Haushalte in Zahlungsnot gerieten, ist das allein deren Problem. Die Milliarden, die da versickern, interessieren doch nicht. Das ist sowieso ein Klacks im Vergleich zu den USA, wo die Privathaushalte schon Mitte der 90er Jahre höher als der Staat verschuldet waren. Bei einem Volumen von 11 oder 12 Billionen Dollar schiebt das Bankensystem ohne große Mühe Miese und Luftbuchungen der Konsumfraks vor sich her, die in der Größenordnung eines mittleren Staatshaushalts liegen.

Im globalen Maßstab dürften die faulen Kredite der staatlichen Außenverschuldung, der Unternehmen und Konsumenten zusammengenommen heute das Weltsozialprodukt bereits übersteigen. Nichts Genaues weiß man nicht. Offene Bilanzen und ehrliche Finanz-Statistiken sind so häufig wie schlanke Sumo-Ringer. Jedenfalls hätte das globale Finanzsystem bei dieser fantastischen Überschuldung längst zusammenbrechen müssen. Ist es aber nicht; und so lebt sich's nun gänzlich ungeniert. Irgendwie sprudelt das Geld, das nicht nur die schier endlose Kette von Umschuldungen, Trickbuchungen und Abwicklungen ermöglicht, sondern aus dem Minus der Weltschuldenfalle ständig neues positives Wachstum zaubert.

Die Hauptquelle in den 90er Jahren sind die Aktienmärkte, deren anscheinend unerschöpfliche Kurssteigerung alle Krisen und Zusammenbrüche mit goldenem Licht überstrahlt. Soviel verschulden kann sich die Welt garnicht, wie mit dem Börsenfeuerwerk wettgemacht wird. Vorbei die Zeit der Ängste vor dem großen Krach. Schon der große Einbruch von 1987 erwies sich ja bloß als kleine Delle in der Aufwärtskurve, und seitdem gibt es zwar hin und wieder mal »Korrekturen« nach unten oder »Seitwärtsbewegungen«, aber wen ängstigt das schon. Während 50 Prozent der US-Amerikaner verelenden, feiert die andere Hälfte als Aktienbesitzer quer durch ...

Fortsetzung auf Seite 2

ANALYSE DER AKTION 1999:

# Ziellinie überschritten

**10.000 DM Minus verursachte die Produktion der CONTRASTE bisher Jahr für Jahr – und das bei aller ehrenamtlicher Redaktionsarbeit. Vor einem Jahr starteten wir einen Aufruf an alle LeserInnen, uns dabei zu helfen, ein Minusergebnis in diesem Jahr zu vermeiden. Wir baten um Umwandlung bisheriger Abos in Fördermitgliedschaften, um Spenden und verstärkte Abo-Werbung. Erfolgreich, wie die nachstehende Jahresbilanz zeigt. Wir bedanken uns recht herzlich!**

### Abostand

Schon seit einigen Jahren sind wir froh darüber, den bisherigen Stand halten zu können, nachdem es einige Zeit nur abwärts ging. 1999 haben wir einen Verlust von 5.250,00 DM durch Kündigungen zu verzeichnen, dem Neuabos in Höhe von 5.520 DM gegenüberstehen. Das bedeutet Mehreinnahmen von 270 DM.

### Fördermitgliedschaften

Umwandlungen von Abos in Fördermitgliedschaften und neue Mitgliedschaften machen einen Betrag von 5.203 DM aus. Erfreulich daran ist, dass wir mit diesem Betrag sicherer in das Jahr 2000 starten können.

### Spenden

Auf unserem Spendenkonto war 1999 ein Betrag 4.767,01 DM zu verzeichnen.

### Gesamtergebnis 1999:

10.240,01 DM. Damit wurde unser anvisiertes Ziel innerhalb von zwölf Monaten erreicht.

### Altschulden

Von den ca. 45.000 DM aufgelaufenen Schulden aus den vergangenen Jahren konnten über eine Leih- und Schenkungsgemeinschaft aus den Reihen der Redaktionen und dem Umfeld zusätzliche 21.500 DM abgelöst werden. Die verbliebenen 23.500 DM werden hoffentlich noch durch eine zweite Leih- und Schenkungsgemeinschaft und weitere Spenden abgelöst werden können.

### Start für die Aktion 2000

Im Jahr 2000 erwarten wir eine Deckungslücke von ca. 4.000 DM zzgl. 1.000 DM, die durch den unerwarteten Büroumzug entstanden sind. Wir hoffen auf eine weitere Stabilisierung durch Umstellung weiterer Abos auf Fördermitgliedschaften, Neuabos und Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto.-Nr. 64076). Eine Spendenquittung stellen wir gerne auf Wunsch aus. Wir werden erstmals in der Dezemberausgabe über den Stand berichten.●

SPENDEN- UND MITGLIEDSWERBUNG

# Die Monatsstatistik

**Sehr gefreut haben wir uns über die Geburtstagsspende von Georg Lang, der uns aufgrund des an dieser Stelle in der letzten Ausgabe angegebenen Fehlbetrages für 1999 in Höhe von 307,42 DM genau 307,43 DM überwiesen hatte, damit waren wir genau 1 Pfennig im Plus. Nachfolgend die aktuelle Statistik:**

Auch im Monat Oktober konnten wir neue Mitglieder für einen Eintritt in den CONTRASTE e.V. gewinnen. Fünf Abos wurden in Mitgliedschaften umgewandelt:

- Isolde Bräuner, Baden (120 DM)
- Mühlsteyn-Druck, Elben (120 DM)
- Niemandsland Hausverwaltung, Düsseldorf (300 DM)
- Jörg Hänsler, Stuttgart (120 DM)
- Margit Mayer, J.F. Kennedy-Institut Berlin (120 DM)

Vergessen bei den namentlichen Nennungen hatten wir noch Marlis Cavallaro, Frankfurt (120 DM), die bereits im März ihr Abo in eine Fördermitgliedschaft umwandelte.
Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 340 DM an Mehreinnahmen.
Eine freiwillige Erhöhung des Normalabos auf 120 DM gab es durch die anstiftung, München.
Auf unserem Spendenkonto sind eingegangen:

- Michael Vogelsang, Berlin (100 DM)
- Heiko Baumann, Vellmar (10 DM)
- Karin Scheffold, Oberessendorf-Zuben (20 DM)
- und wie oben erwähnt, Georg Lang (307,43 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 80 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 787,43 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Drei Abos wurden gekündigt. Das ergibt Mindereinnahmen von 240 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 547,43 DM. Damit wurde unsere Zielmarke 1999 um **240,01 DM** überschritten. CONTRASTE bedankt sich herzlichst bei allen LeserInnen.

Für das Jahr 2000 ist die zu erwartende Deckungslücke nun kleiner geworden. Benötigt werden 5.500 DM, damit CONTRASTE auch im Jahr 2000 schwarze Zahlen schreiben kann. Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (**Spendenkonto:** Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

BUKO-KONGRESS: PERSPEKTIVEN GEGEN DIE SCHÖNE NEUE EXPO-WELT

# Macht Zukunft Spass

**Selbstbestimmung und Befreiung der Menschen anstatt Freiheit der Märkte und Technokratie fordern die TeilnehmerInnen des 22. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen (BUKO), der vom 28. - 31. Oktober 1999 in Hannover tagte. Unter dem Motto »MACHT ZUKUNFT SPASS« diskutierten über 300 TeilnehmerInnen über »Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt«. Neben den BUKO-Mitgliedsgruppen waren Anti-EXPO-Gruppen, ökologische Initiativen, feministische Gruppen und Organisationen von Flüchtlingen und EinwanderInnen vertreten.**

Konsens herrschte über die Bewertung der Weltausstellung EXPO 2000 und die Notwendigkeit, dagegen Widerstand zu leisten. Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen beschäftigten sich mit der von der EXPO 2000 verkörperten Ideologie, die Zukunftsprobleme für die gesamte Menschheit durch Hochtechnologie und die Durchsetzung des Marktes lösen zu können. Als »Schaufenster des modernen Kapitalismus« behauptet die EXPO, es gäbe keine Alternative zur marktwirtschaftlichen Globalisierung. Von den Verlierern der Globalisierung, von den gesellschaftlichen Ursachen sozialer Ausgrenzung und Verelendung sei auf der »Zukunftsmesse« keine Rede. Zum Beispiel schlägt die EXPO vor, den Welthunger durch Gentechnologie zu bekämpfen. Die KongressteilnehmerInnen sind sich einig, dass das Ende des Hungers auf der Welt jedoch nur durch eine gerechtere Weltordnung hergestellt werden kann. Zentrale Themen der Entwicklung in Deutschland, Europa und der Welt bleiben ausgeblendet, z.B. die Ausgrenzung von Flüchtlingen und ihre Bedrohung durch massive Abschiebungsverfahren.

Der Kongreß nahm die EXPO 2000 zum Anlass, die Debatten über emanzipatorische Politik jenseits der herrschenden Weltordnung weiterzuführen. Die Utopien von solidarischen Lebenszusammenhängen standen im Zentrum der vier Foren. 16 Arbeitsgruppen diskutierten zwei Tage lang über Chancen und Perspektiven, soziale und politische Bewegungen in Deutschland, Europa und aus anderen Kontinenten zu verknüpfen. Damit trug der BUKO 22 zu einer stärkeren Vernetzung bei. Vielfältige Aktivitäten finden im Jahr 2000 statt. Die nächsten Aktionen werden für den 30.11.99 vorbereitet, den »Global Action Day« (siehe unser Schwerpunktthema).

Prof. Neville Alexander, prominenter Gastredner aus Capetown, Südafrika, wies auf das zerstörerische Potential des herrschenden »Effizienz-Prinzips« hin, das alle Bereiche des sozialen und individuellen Lebens erfasst habe. An konkreten Beispielen aus Südafrika zeigte Alexander, dass es Ansätze gibt, um Alternativen zum herrschenden System zu entwickeln. Der entsprechende Begriff aus dem Zulu ist dafür: »TEMBA = There must be an alternative«.●

Kontakt:
Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg
Tel. (0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20
email: bukohh@t-online.de
www.epo.de/buko/index.htm
Auf Seite 5 dokumentieren wir ein Auftakt-Referat vom 22. BUKO.

FRANKREICH: Archipel Frioul Marseille

## Projekt OASIS: Stop Devastopoli!

Miteinander für ein besseres Leben aller Devastopoli, das herrschaftlich moderne, christlich-abendländisch zivilisierte Globalspiel der Monopolysten, produziert keine andere Perspektive als ökonomisches Wachstum in einer endlichen Welt.
Daraus ergibt sich:

- steigende Renditen, maximale Gewinne der Kapital-, Wirtschafts- und Finanzmärkte bis zu extrem hoch konzentriertem Privatreichtum... Ein Leben in Luxus für 11% der Gesamtbevölkerung der Erde, das sind nur 700 Millionen von etwa 6 Mrd. Menschen;
- steigende Sozialverwüstung mit Sozialabbau, Marginalisierung, Vernichtung kleiner, selbständiger Existenzen, Zwang zur Arbeitslosigkeit, Zwang zur Armut; Verelendung... leidvoll Betroffene sind 89%, also etwa 5,3 Mrd. Menschen (UNO-IWF, Globale Trends 1996/97);
- steigende planetarische Verwüstung, ökologische Umweltzerstörung, Artenausrottung, Klima, Wasser, Boden, Biosphäre... Dersitifikation!

Gefordert ist nicht nur ein sofortiger Stop dieses Desasters, gefordert und lebensnotwendig ist ein radikal-konstruktives neues Denken, ein neues Sehen, ein neues Lernen und ein entsprechendes neues Handeln, das die Lebens- und Existenzgrundlage aller Lebewesen mit einbezieht und sichert.

**OASIS:**
**O**ffen-**A**kratisch-**S**ozio/**I**ndividuell-**S**olidarisch,
die von weltweiten Armen (Clochards, SANS...) indizierte und im Juni 1999 in Marseille gegründete ING-REZOMS-Selbsthilfe- und Ökologie-Organisation proklamiert am

10. Dezember in Marseille
den Tag zum Kampftag der weltweiten Armen für ein besseres Leben aller Mensch- und Umweltrechte.

OASIS stellt
am 11.12.99 vor Ort auf dem Archipel Frioul
ihr sozial-ökologisch-kulturelles
Gesellschaftsprojekt
Jardin Planeterre / Gartenplanet Erde
als einen wachen Alternativentwurf zur derzeitigen pathologisch übersteigerten Verwüstungsphilosophie allen Interessierten vor, und lädt zum Mitgestalten und Mitwirken ein.●

Kontakt und Informationen:
OASIS Internationale, Sekretariat: Port Frioul,
F-13001 Marseille
Tel. 0033-491 59 01 41

# JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
  (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

## Fortsetzung von Seite 1:

... alle soziale Schichten die Finanzparty, obwohl ihre Reallöhne seit zwei Jahrzehnten sinken. In der BRD mischen immerhin auch schon 20 Prozent der über 18-Jährigen mit. Der smarte Handy-Typus mit Internet-Zugang zum »Neuen Markt« gibt den Trend des gesellschaftlichen Bewusstseins vor.

Vielleicht ist trotzdem die schüchterne Frage erlaubt, in welchen Realitätsdimensionen sich das wundersame Geschehen inzwischen abspielt. Gehen wir gleich in die Weltspitze: Seit seiner Gründung im Jahr 1900 benötigte der berühmte Dow-Jones-Index 66 Jahre, bis er das Niveau von 1.000 Punkten einmal kurz tangierte. Es dauerte noch einmal 16 Jahre, bis er dieses Niveau nachhaltig überschritt. Dann gab es kein Halten mehr: 1995 lag der Dow bereits bei 4.000 Punkten, 1996 bei 6.000, im Februar 1997 bei 7.000, im Juli schon bei 8.000, 1998 bei 9.000 und seit Mitte 1999 bei nicht weniger als 11.000 Punkten. Ein ähnlicher Quantensprung findet sich fast in der ganzen Welt, wenn auch nicht überall in derselben Größenordnung. Obwohl auch der deutsche Aktienmarkt schon aufgebläht ist, musste der »Spiegel« Anfang 1999 erschreckt feststellen, dass der US-Spitzenreiter Microsoft bei 29.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 14,5 Milliarden Dollar allein einen »Börsenwert« hat, der mit 435 Milliarden Dollar größer ist als derjenige von acht BRD-Großkonzernen zusammengenommen, die mit 1,3 Millionen Beschäftigten 387 Milliarden Dollar umsetzen.

Man kann es auch so sagen: Das Volumen der fiktiven Börsenkapitalisierung, das heute die Weltwirtschaft trägt und die Mammutverschuldung wegsteckt, hat mindestens 100 Jahre »Zukunftserwartung« vorweg genommen und verknuspert. Es ist eine absurde Dimension, in der die vermeintliche »New Economy« einer strukturell »arbeitslosen« Scheinakkumulation die kapitalistische Zukunft bereits völlig leergesaugt hat. Die unvermeidliche Kernschmelze des fiktiven Kapitals, der GAU des globalen Finanzsystems, wird genau dann eintreten, wenn fast niemand mehr einen Gedanken darauf verschwendet.●

Aus: ND, 10.9.99

MUMIA ABU-JAMAL

# Hinrichtungsbefehl aufgehoben

**Der afro-amerikanische Radiojournalist, Schriftsteller und ehemalige Black-Panther-Aktivist Mumia Abu-Jamal wird am 2. Dezember 1999 nicht hingerichtet. Bundesrichter William Yohn am Distriktgericht in Philadelphia hatte am 26.10. den Hinrichtungsbefehl, der am 13.10. durch Gouverneur Thomas Rigde unterschrieben wurde, wieder aufgehoben.**

**Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg** ● Damit kam der Richter einem Teil der Anträge nach, die Mumia Abu-Jamals Anwaltsteam beim Federal District Court in Philadelphia gestellt hatten. Die entscheidende Frage nach einem neuen Verfahren, gestützt auf einem sechshundertseitigen Antrag der Anwälte, bleibt weiterhin offen. Laut Dan Williams, einem von Abu-Jamals Anwälten, wird der Entscheidungsprozess über die Wiederaufnahme des Verfahrens sechs bis sieben Monate dauern.

Die juristische Prozedur ist verwirrend: Die Hinrichtung gilt für solange aufgehoben, wie der Fall vor dem Federal District Court in Philadelphia anhängig ist. Nach Meinung der Anwälte Abu-Jamals könnten die ersten mündlichen Anhörungen von Verteidigern und Staatsanwaltschaft im Frühjahr erfolgen. Verweigert Richter Yohn aber die Anhörungen, zu denen endlich die entlastenden Beweismittel vorgebracht werden könnten, dann zieht er die Schlinge weiter zu, und reicht seine Verantwortung weiter.

In diesem Fall würde ein neuer Hinrichtungstermin festgelegt, gegen den Abu-Jamals Anwälte vor einem anderen Bundesgericht Berufung einlegen müssten. Seit 17 Jahren verbauen Gerichte auf diese Weise die juristischen Möglichkeiten zur Rettung seines Lebens. Der heute 45jährige wurde 1982 wegen Mordes an einem weißen Polizisten zum Tode verurteilt. Mumia Abu-Jamal beteuert bis heute seine Unschuld und verlangt die Wiederaufnahme seines Verfahrens.

Alle Hoffnungen ruhen nun auf Richter William Yohn. Mumia Abu-Jamals Anwälte werden ihm erste Unterlagen bis Anfang Dezember vorlegen. Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin zwei Monate Zeit zu einer Antwort. »Intensive Arbeit« stehe im nächsten halben Jahr bevor, so das Anwaltsteam Mumias.

Seit Verhängung des Hinrichtungsbefehls am 13. Oktober hatte Mumia Abu-Jamal die Tage und Nächte in der sogenannten Phase Zwei, einer Isolierungszelle mit Dauerlicht und 24stündiger Kameraüberwachung, verbringen müssen. Vor jedem Verlassen der Zelle führten die Wächter Kontrollen an allen Körperöffnungen durch. In »Phase Two« sind nur Besuche von Anwälten und den engsten Angehörigen zugelassen, außerdem keine Post und keine Telefongespräche. Schon einmal hat Abu-Jamal fast sechs Wochen unter diesen Bedingungen verbracht. Im Juli 1995 hat Rigde das erste Mal einen Hinrichtungsbefehl unterschrieben, der dann nur fünf Tage vor dem Hinrichtungstermin ausgesetzt wurde – weltweite Proteste hatten dazu beigetragen.

Die beiden Instanzen sind die letzte Möglichkeit, die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal auf juristischem Wege zu verhindern. »Die Auseinandersetzung mit dem Staat geht jetzt in die entscheidende Phase«, sagt Abu-Jamal und appelliert an seine UnterstützerInnen, noch mehr Druck aufzubauen. »Ich habe gar keine andere Wahl, als diesen Kampf bis zum Ende zu führen«.●

### Anschriften

Die Rote Hilfe e.V. ruft alle demokratisch gesinnten Menschen, Gruppen, Organisationen und Parteien dazu auf, alles notwendige dafür zu tun, für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal zu kämpfen. Wer an weiteren Informationen, Unterschriftenlisten oder der Faxnummer des Gouverneurs von Pennsylvania interessiert ist, wende sich an: Rote Hilfe Bundesgeschäftsstelle, Postfach 32 55, D-37022 Göttingen, Tel. (05 51) 770 80 08, Fax 770 80 09

Für Protestbriefe, Postkarten:
Gouverneur Thomas Ridge, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 17120, USA.
Fax: 001 (717) 772 11 98

Bill Clinton, Fax: 001 (202) 456 24 61

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FRANKREICH: APPELL VON DANIELLE MITTERAND

# »Die Barbarei hat ein amerikanisches Antlitz«

Mit Mumia verbindet uns seit unserem Besuch im Mai in dem Todestrakt etwas, was über die Verteidigung der Menschenrechte hinausgeht: Wir haben – und das werden wir nicht vergessen können – das Gesicht eines Opfers der Barbarei in einem ultramodernen Gefängnis gesehen. Das ist eine tiefe Ungerechtigkeit, die uns in die dunkelste Geschichte der Menschheit hinabstürzt. Über diesem Abgrund der Barbarei verlor sich während der Unterhaltung manchmal der Blick von Mumia. Er wurde dann für einige Sekunde größer als die Mauern, die ihn seit siebzehn Jahren einschließen, unverletzbar in seiner Würde, der Würde eines Menschen, der nicht sterben will. Er kam dann wieder zurück, aufmerksamer, herzlicher, intelligent und sich bewusst, dass er in seinem Kampf der Barbarei, – wie auch immer sie aussieht – widersteht.

Seit siebzehn Jahren betont Mumia seine Unschuld und verlangt einen neuen Prozess, um zu beweisen, dass er nicht der Mörder des Polizisten Faulkner ist. Die Anklage hat zwar keine Zeugen mehr – sie haben alle widerrufen –, der internationale Druck ist trotzdem bis jetzt erfolglos geblieben. Man will einen engagierten Jounalisten, der in den siebziger Jahren zur »Stimme der Stimmlosen« geworden war, einen vernünftigen und militanten Intellektuellen, der auch das Scheitern der schwarzen Bewegung in den USA, besonders in der Mittelklasse zugibt, ermorden. Sowohl seine Analyse der Zerstörung der Kultur der Schwarzen und der Indianer als auch seine Kritik der amerikanischen rassistischen Klassenjustiz, sollen verstummen. Die Besorgnisse von Mumia sind die eines Bürgers, der sich Sorgen macht über die Kultur des Todes sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik seines Landes. Die Themen seiner Forschungen umfassen die Geschichte der afroamerikanischen Bewegung, aber auch die Vermittlung von Werten der Gewaltlosigkeit und der Solidarität an die junge Generation.

In seiner mit blau-weißen Streifen versehenen Kleidung eines Zuchthäuslers ist Mumia ein politischer Gefangener, den Amerika exekutieren will.

Wir wissen, dass Mumia und alle zum Tod Verurteilten von uns kein Mitleid oder Empörung, sondern Handel erwarten. Durch eine Wortmeldung kann das amerikanische State Departement wirksam gestört werden. Einige Wochen vor Beginn der Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle wollen die USA, Weltpolizist im Kosovo, kein negatives Image vermitteln.

Washington kann es nicht ertragen, wenn klar und deutlich zum Ausdruck kommt, dass der amerikanische Traum seine Opfer hat. Wenn man sich an die US- Botschaft oder an Bill Clinton wendet, dann wird die Verantwortung bzw. die Entscheidungshoheit immer auf den Bundesstaat Pennsylvania abgeschoben. Wir können und wollen dieses Ausweichen nicht länger akzeptieren. Das europäische Parlament hat vergeblich mit Resolutionen zum Verzicht auf die Todesstrafe aufgerufen, wie das auch zahlreiche internationale Konventionen verlangen. Hier ist die politische Courage des Präsidenten gefragt. Zur Abschaffung der Todesstrafe darf der Präsident nicht auf den Mehrheitswillen der Bürger warten oder sich mit Antworten, die für einen Demokraten des 21. Jahrhunderts an Infamie grenzen, zufriedengeben.

Der Gouverneur von Pennsylvania hält den Rekord an unterschriebenen Hinrichtungsbefehlen: 171, darunter 100 gegen Schwarze. Der Bürgermeister von Philadelpia, heute Vorsitzender des Nationalkomitees der Demokratischen Partei, war zu der Zeit der verantwortliche Staatsanwalt. Der Richter Sabo, der Mumia 1982 verurteilte und die Berufung zurückwies, war Polizist und Mitglied einer rechten Polizeigewerkschaft, die zahlreiche Kontakte zu den extremen Rechten pflegt. Im Internet wurde von dieser faschistischen Gewerkschaft eine »schwarze Liste« der Unterstützter von Mumia – Desmond Tutu, Marie-Claire Mendes France, Jacques Derrida, Nadine Gordimer, Günter Grass, Norman Mailer, Salman Rushdie, Noam Chomsky, Naomi Campbell, Paul Newman u.v.a. – erstellt. Die tausende von Menschen, die auf dieser Liste stehen, werden mit »ökonomischem und finanziellem Boykott« bedroht.

Viele politische Karrieren wurden auf der Basis einer verbrecherischen Forderung verwirklicht: her mit dem Kopf von Mumia. Es gibt eine populistische Instrumentalisierung der Todesstrafe von den höchsten Verantwortlichen eines Landes, das vorgibt, ein Modell der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Demokratie zu sein. Eine internationale Mobilisierung ist unverzichtbar.

Die in den letzten Jahren vielgepriesene humanitäre Einmischung ist diesmal notwendiger und dringender denn je. Wir appellieren an die Millionen Amerikaner, die sich nicht in diesem Bild der Barbarei erkennen, aufzuwachen.

Die Politik ihrer Regierung muss durch ihr verantwortungsbewusstes Handeln korrigiert werden.●

Danielle Mitterrand, Vorsitzende der Stiftung »France-Liberts«, und Aline Pailler, Jounalistin und ehemalige Europaabgeordnete
(Übersetzung aus dem Französischen: Aly Ndiaye)

DIE GESCHICHTE EINES SCHWARZEN

# Falsche Kugel

**Die politische Laufbahn Mumia Abu-Jamals beginnt früh: Mit 15 Jahren zählt er 1969 zu den Mitbegründern der Black Panther-Gruppe in Philadelphia. Als er dort seinen ersten Posten als Kommunikationssekretär übernimmt, arbeitet Abu-Jamal bereits als Journalist. Damals läuft gerade das vom FBI initiierte Programm COINTELPRO an – eine Organisation mit dem Ziel, als staatsfeindlich wahrgenommene Gruppen »zu neutralisieren«.**

Abu-Jamal schafft es bis in den »key agiators index« des FBI und steht praktisch unter ständiger Überwachung, obwohl er niemals einer kriminellen Aktivität verdächtigt wird.

Als die Panthers in den frühen siebziger Jahren Auflösungserscheinungen zeigen, wendet er sich dem Radiojournalismus zu, verdient seinen Lebensunterhalt aber als Taxifahrer. Seine meistbeachtete Arbeit: Die Berichte über quasi-militärische Polizeiaktionen gegen »MOVE«, einer Nachfolgegruppe der Panthers in Philadelphia.

Am frühen Morgen des 9. Dezember 1981, Abu-Jamal ist gerade mit seinem Taxi unterwegs, bemerkt er, wie das Auto seines Bruders William Cook von der Polizei angehalten wird. Er steigt aus, geht in Richtung des Geschehens, flüchtet aber, als er sieht, wie ein Polizist den Bruder zu schlagen beginnt. Was dann geschieht, ist unklar, doch das Ergebnis ist bekannt: Abu-Jamal bleibt mit einer schweren Schusswunde im Oberkörper liegen, der Polizist Daniel Faulkner ist tot. Abu-Jamals Bruder ist bis heute untergetaucht.

In der Folge wird der Journalist wegen Mordes angeklagt. Er beschließt, sich selbst zu verteidigen. Der Prozess erfüllt alle Kriterien der Regelwidrigkeit: Schon im Vorfeld stellt die Staatsanwaltschaft Ausschlussanträge gegen drei Viertel der afroamerikanischen Kandidaten für die Jury. Nachdem Abu-Jamal protestiert, schließt ihn der Vorsitzende Richter und Ex-Polizist Albert F. Sabo aus und ersetzt ihn durch einen Anwalt, der nach eigenem Bekunden mit dem Prozess nichts zu tun haben will. Abu-Jamal wird im weiteren Verlauf so häufig vom Prozess ausgeschlossen, dass er seine Verteidigung nicht ernsthaft wahrnehmen kann. Die beiden einzigen Zeugen, die ihn als Täter identifizieren, sind selbst wegen kleinerer Vergehen angeklagt und werden unter Druck gesetzt, eine Schwarze wird von Richter Sabo aus der Jury entfernt und durch einen Weißen ersetzt. Am 3. Juli 1982 verurteilt Sabo Abu-Jamal wegen Mordes zum Tode, 1989 lehnt der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania die Revision ab.

1990 gelingt es Abu-Jamal, den in politischen Prozessen erfahrenen Anwalt Leonard Weinglass zu gewinnen. Weinglass lässt Gutachten über den Tathergang erstellen. Als Gouverneur Thomas Ridge am 1. Juni 1995 das Urteil unterzeichnet und die Hinrichtung für den 17. August anordnet, kann Weinglass einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens vorlegen.

Der zuständige Richter – wieder ist es Sabo – muss dem Antrag stattgeben, es gelingt ihm jedoch, die Einwände der Verteidigung für nicht mehr zulassungsfähig zu erklären. Begründung: Sie hätten auch zum ursprünglichen Prozess vorgelegt werden können. Die Verteidigung muss nun ihre Einwände – etwa die Tatsache, dass die Kugel in Faulkners Körper nicht das gleiche Kaliber hatte wie Abu-Jamals Revolver – einzeln wieder vorbringen.

Am 29. Oktober 1998 lehnt der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania sämtliche Anträge ab. Jamals Anwälten bleibt nur noch der Weg zum Obersten Gerichtshof. Doch der verweigert am 4. Oktober dieses Jahres die Behandlung des Falles. Pennsylvanias Gouverneur unterzeichnet das Urteil und legt die Hinrichtung auf den 2. Dezember 1999 fest.●

Tim Blömeke

Aus: Jungle World Nr. 43

SPASSGUERILLA

# Clowns sammeln Unterschriften

**»Kann ich hier gegen die vielen Ausländer unterschreiben?« fragte eine sichtlich aufgebrachte Frau. »Nein, hier können Sie gegen die doppelte Staatshörigkeit und für die Integration der CDU unterschreiben«, entgegneten die alternativen Standbetreiber in der Freiburger Fußgängerzone. »Gut, wo ist ein Stift?«, sprach die Frau und machte sich sogleich ans Werk.**

**Benno Herzog, Freiburg** ● Andere werden gebeten, sich doch erst einmal durchzulesen, worunter sie ihre Unterschrift setzen. »Nein, ich weiß Bescheid!« wird ein junger Mann am Stand der Initiative brüsk zurechtgewiesen. Inzwischen tauchen Anhänger der CDU auf und versuchen die Unterschriftswilligen zu verunsichern: »Des send net die Rechten. Unterschreibet Se do net.« Vom Stand schallt es zurück: »Stimmt, wir sind nicht die Rechten, aber die Richtigen.« Das Geplänkel irritiert den Unterschriftswilligen nur kurz. Er erwidert gegenüber dem CDU-Anhänger: Doch da unterschreib' I jetzt!» Gesagt, getan.

Nicht nur in Freiburg, sondern in ganz Süddeutschland, machte Anfang des Jahres eine Gruppe mit dem Namen C.S.U. »Clowns sammeln Unterschriften« auf sich aufmerksam. Tausende Menschen fielen auf ihre Listen rein und unterschrieben, in dem Glauben, ihre Unterschrift unter die CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit geleistet zu haben. Der Effekt war gewollt. Man machte der Öffentlichkeit klar, daß mitnichten nur gut informierte Bürger in voller Kenntnis des CDU-Konzeptes unterschreiben.

Auch die reingelegten Bürger haben vielleicht daraus gelernt, daß sie sich in Zukunft durchlesen, was sie unterschreiben. Die Initiative »Clowns sammeln Unterschriften«, mußte sich übrigens nach einer Drohung der CSU umbenennen und machte als C.D.U. »Clowns danken UnterstützerInnen« weiter.

### Versteckte Aktion

Spaßguerilla nennt man solche Aktionen, da sie wie Guerilla nicht offen agiert, sondern aus dem Hintergrund. Guerilleros tauchen immer dort auf, wo man es gerade nicht vermutet und tauchen unter, bevor man sie erwischen kann. Meist sind es nicht viele, die an solchen Aktionen beteiligt sind, auch wenn sie auf eine breite Akzeptanz angewiesen sind. Und der Spaß kommt dann, wenn man eben nicht mit Gewehren kämpft, sondern mit Sprache, Zeichen, Symbolen und Bildern.

Spaßguerilla arbeitet mit gefälschten Plakaten, Behördenschreiben, oder wie eben beschrieben, mit falschen Unterschriftenlisten. Das Prinzip ist fast immer dasselbe. Es wird etwas Bekanntes genommen, leicht umgewandelt, so daß es auf den ersten Blick nicht als Fälschung zu erkennen ist, doch nach einiger Zeit entlarvt wird. Denn auch das Entlarven gehört zum Erkenntnisprozess. Kritisiert wird an Spaßguerilla, daß dabei oft Menschen reingelegt und deren Gefühle verletzt werden. So beispielsweise bei einer Aktion im Schwarzwald-Baar Kreis, bei der Schreiben von der »Deutschen Gesellschaft für Zivilschutz« in den Briefkästen auftauchten. Darin wurde mit Hinweis auf den Krieg im Balkan unter anderem vor einem Angriff der jugoslawischen oder russischen Armee gewarnt und Verhaltensregeln für diesen Fall gegeben. Das Schreiben riet zum Beispiel, den Keller auszumessen und »einige wichtige Sätze in serbischer und russischer Sprache« zu erlernen, sowie beim Einmarsch von Bodentruppen aus den beiden Staaten weiße Bettlaken aus dem Fenster zu hängen. Doch genau darin liegt die Wirksamkeit von Spaßguerilla. »Wer bei einem solchen Schreiben Angst empfindet, versetzt sich automatisch in die Situation von Menschen in Belgrad, für die die Angst vor Bomben zum Alltag gehören«, erklärt Sonja Brünzels, die maßgeblich an der Aktion beteiligt war. »Wir haben in dem Anschreiben auch auf den völkerrechtlichen Aspekt des Krieges aufmerksam gemacht. Es wäre nämlich völlig legal, hätten die Russen den Serben beigestanden und die Natoländer angegriffen.«

Etwas moderater verlief dagegen die Aktion von einigen jungen Herren in der Freiburger Fußgängerzone. Sie verteilten seriös wirkende Schreiben, die zum Kauf von Kriegsanleihen zur Finanzierung des Kampfeinsatzes aufriefen. Ein fiktiver »Verein zur Förderung der Bundesregierung e.V« informierte darin die Bevölkerung, daß die Bundesregierung täglich 5 Mio. DM für den Krieg ausgibt. Mit einem Schmunzeln wurden so Informationen an Bevölkerungskreise herangetragen, die sonst vielleicht nie ein Flugblatt entgegengenommen hätten.

Überhaupt ist Spaßguerilla immer dann besonders wirkungsvoll, wenn man mit konventionellen Mitteln, wie Infoständen, Flugblättern und Informationsveranstaltungen nicht weiter kommt. Das ist in Regionen wie dem Schwarzwald-Baar Kreis der Fall, wo man z.B. mit Überfällen von rechten Schlägergruppen rechnen muß, wenn man offen auftritt. Das kann aber auch in anderen Regionen der Fall sein, um über das kleine informierte Klientel hinaus noch Menschen anzusprechen, die sonst mit Politik nicht viel am Hut haben wollen.

Eine Form der Spaßguerilla, die regelmäßig zu Wahlen auftritt, ist auch das Verändern von Wählplakaten. Mit zusätzlich eingefügten Kommentaren soll eine andere Lesart der Plakate ermöglicht und die Kandidaten samt ihrer Sprüche entzaubert werden. Mit Vandalismus hat das nichts zu tun, aber auch Künstler wollen die »Billboard Bandits« nicht sein. Denn damit würde ihr Schaffen als eine unpolitische Spielwiese abgetan, wie es zum Beispiel dem legendären »Sprayer von Zürich« passiert ist: Ende der 70erjahre tauchten nicht nur in Zürich, sondern auch in einigen bundesdeutschen Großstädten seltsam geschwungene Strichmännchen und Fabeltiere auf. 1979 wurde der »Sprayer von Zürich« verhaftet tauchte aber vor dem endgültigen Urteil nach Deutschland ab. In seiner Urteilsverkündung erkannte das Gericht die Tat als eine politische Aktion an, weil er es geschafft hatte, den »Glauben an die Unverletzlichkeit des Eigentums zu erschüttern« und verurteilte den Sprayer zu neun Monaten Haft ohne Bewährung. Nach seiner Verurteilung, wurden die noch verbliebenen Graffiti zur Kunst erklärt und unter Denkmalschutz gestellt. Übrigens sind nicht alle Aktionen der Spaßguerilla legal!●

Aus »freizeit & kultur«, Freiburg, Sept. 1999

Über 250 Menschen demonstrierten am 15.Oktober gegen die Bundesgrenzschutzdirektion in Koblenz. Anlass war der gleichzeitig stattfindende EU-Sondergipfel in Tampere, wo die EU-Regierungschefs die Festung Europa mit weiteren restriktiven Maßnahmen in der Einwanderungs- und Asylpolitik ausbauten. Der Bundesgrenzschutz ist als zentrale Abschiebebehörde Ausführungsorgan dieser Politik und damit mitverantwortlich für die Toten an den deutschen Grenzen, in Abschiebegefängnissen, sowie nach der Abschiebung. Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

HAMBURG: 10 JAHRE STADTTEILZENTRUM ROTE FLORA

# Notwendige Solidarität durch Transparenz und Offenheit

**Wo früher ein Variete stand, später ein Kino folgte und darauf »1.000 Töpfe« residierte, ist heute ein Gebäude entstanden, das sowohl durch sein Äußeres als auch durch seine NutzerInnen für Irritationen sorgt. Autonome Politik wird noch großgeschrieben in der Roten Flora.**

Zwar sind bereits zehn Jahre vergangen, seit sie besetzt worden ist, aber nach wie vor stellt sie einen Mobilisierungspunkt für unterschiedliche Auseinandersetzungen dar (z.B. YU-Krieg, Anti-Nazi oder Drogenpolitik). Auch als Ort für zahlreiche Solipartys hat die Flora Bedeutung. Sie ist kein homogenes Projekt, sondern Dreh- und Angelpunkt vieler sehr unterschiedlicher Interessen der NutzerInnen. 1989 ist sie aus den Kämpfen gegen das Musicalhaus »Phantom der Oper« hervorgegangen. Ein Großteil des historischen Flora-Theaters wurde zuvor abgerissen, um Platz für ein neues Gebäude zu schaffen. Als nach großem Widerstand gegen das Musicalhaus im Stadtteil dieses verhindert werden konnte, wurden die Reste des alten Flora-Theaters, erst für sechs Wochen mit Zwischengenehmigung genutzt, danach bis heute besetzt. 1995 wurde der erste Stock des Gebäudes bei einem Großbrand völlig verwüstet. Die Ursache ist bis heute ungeklärt und einiges spricht für einen Brandanschlag auf das Gebäude. Bereits in der Nacht versammelten sich viele SympathisantInnen auf der Straße. Angesichts der Heftigkeit des Brandes dachten nur die wenigsten an einen Fortbestand der Roten Flora als unabhängiges, autonomes Zentrum. Dennoch wurde bereits in den frühen Morgenstunden mit dem Wiederaufbau und der Wiederinbesitznahme des Gebäudes begonnen. Schnell war klar, daß die Grundsubstanz des Gebäudes nicht beschädigt war. Spontan begannen in den folgenden Tagen mehrere hundert Menschen, täglich Bauschutt auszuräumen und die Flora aufzubauen. Der »Aufbau F« erfuhr große Unterstützung im Stadtteil und auch aus anderen Städten. Nach ca. einem halben Jahr waren die gröbsten Schäden beseitigt. Doch erst seit Anfang 99 wird der erste Stock wieder vollständig genutzt. Diese ganze Arbeit fand, wie alles andere in der Flora auch, umsonst statt. Es gab und gibt in der Flora keine bezahlten Stellen. Dies soll nicht zuletzt einer Kommerzialisierung oder Befriedigung des Projektes vorbeugen. Letztlich hat sich gezeigt, daß es der Flora immer wieder möglich war, durch Transparenz und Offenheit die notwendige Solidarität zu gewinnen, um wichtige Instandsetzungsarbeiten zu gewährleisten und so die Autonomie der Flora abzusichern.

Politisch war es zwischenzeitlich ruhiger geworden um das Stadtteilzentrum. Anfang der Neunziger beschäftigten sich die NutzerInnen noch stark mit Umstrukturierung und Sanierungsmaßnahmen. Auf dem Wasserturm im Schanzenpark sind mit der Parole »Kein Weg mit der Steg« noch Spuren solcher Auseinandersetzungen zu finden. Auch gegen Einflussnahmen des Senats musste sich das Gebäude erwehren. Dieser wollte noch 1992 eine Kindertagesstätte im ersten Stock einrichten. Ganz ruhig war es um die Flora allerdings nie, immer wieder war sie Ausgangspunkt von Demos, Aktionen oder weiteren Diskussionen. Mit dem Aufkommen neuer Musikstile entstanden Mitte der Neunziger zum Teil erbitterte Auseinandersetzungen um die kulturellen Ausdrucksformen von Techno, Punk oder Dub. Unter anderem an schwul/lesbischen Techno-Partys entwickelten sich Diskussionen um Körperkult, Sexismus und Homophobie.

Heute sind es wieder eher stadtteilorientierte Themen, mit denen die Flora Unruhe verbreitet. Mit ihrer Position zu Drogen, Rassismus und Vertreibung hat sie bundesweit Aufmerksamkeit erregt. Eine Politik, die den Bruch auch in den eigenen Strukturen sucht, steht dabei in bester Tradition der Flora. Der oft verschlafene doch immer wieder brodelnde Mikrokosmos hat sich dabei erstaunlich lange in so unbequemem Fahrwasser behauptet, ohne an die Wand zu fahren. Denn eines hat sie schon immer begleitet, der konservative Schreckensruf, ein rechtsfreier Raum zu sein (was immer das sein mag). Damit einhergehend wurden immer wieder Schreckens-Szenarien entworfen, die Flora zur Bedrohung der AnwohnerInnen erklärt. Die Geschichte der Flora und der Alltag im Stadtteil haben diese Lügen immer widerlegt. Und so ist sie noch heute eine Struktur im Schanzenviertel, die zwar für einige oft unbequem und anstößig sein mag, aber eben nicht mehr wegzudenken ist.

Wir wünschen dem alten Gemäuer jedenfalls noch recht lange die Standfestigkeit, ein Unruheherd und ein Spiegel des unangenehm berührten Betrachters zu bleiben.●

Aus: Nabelshow – Zeitung zum Straßenfest im Schanzenviertel, 4.September 1999

## Das Falschmünzer-ABC

**Arbeitsverdichtung** nennen die Rationalisierer die verschärfte Ausbeutung der abhängig Beschäftigten.

**Betriebliche Schlankheitskur** nennen die Unternehmer Massenentlassungen.

**Chirurgische Eingriffe** nennt die NATO ihren Bombenangriffe.

**Deregullierung** nennen die Kapitalmächtigen und ihre politisch-publizistischen Sachwalter die Missachtung des Rechts, vom Völkerrecht bis hin zu Tarifgesetzen.

**Entschlacken** nennen es Firmen- und Personalchefs, wenn sie Beschäftigte auf die Straße setzen.

**Friedensschaffend** nennen die Minister Rudolf Scharping und Joseph Fischer, die Generäle und die deutschen Massenmedien die Zerstörung ziviler Ziele in Jugoslawien und die Pläne für ähnliche Gewalttaten auch in anderen »Krisengebieten«.

**Gleiche Chancen** nennt das Bündnis 90/Die Grünen den bewaffneten Kriegsdienst von Frauen, desgleichen die FDP die Aufhebung von Schutzvorschriften für Frauen bei der Arbeit.

**Humanitäre Aktion** nennt »Verteidigungsminister« Scharping einen Angriffskrieg.

**Individualisierung** nennen es Unionspolitiker, wenn die Arbeitszeit nach Gusto der Betriebsinhaber gestaltet werden soll.

**Jobwunder** sagen Wirtschaftsinstitute, wenn Arbeitnehmer in den USA nach wiederholten Lohnsenkungen zum Überleben noch einen zweiten Job benötigen.

**Kollaterale Schäden** nennt die NATO die von ihr zerstörten Brücken, Bahnanlagen, Fabriken, Wohnblocks, Krankenhäuser, Schulen, die zerfetzten Kinder, Frauen, Greise.

**Liberalisierung** heißt es in der Sprache der Unternehmerverbände, wenn die Ladenschlusszeiten zu Lasten der Beschäftigten verlängert werden, wenn der Chef die Arbeitsbedingungen eigenmächtig festsetzt, desgleichen, wenn das gesellschaftliche und staatliche Eigentum bis hin zur Post und Bahn verscherbelt wird.

**Modernisierungskurs** nennen Schröder und Blair ihr Konzept, die soziale Gerechtigkeit auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

**Neue Mitte** nennt die SPD-Führung die neoliberalen Schnösel, die sie umwirbt, während sie sich von ihren bisherigen Wählern entfernt.

**Ordnungspolitik** nennen es die Innenminister, wenn sie Asylbewerber abschieben lassen.

**Positive Wohlfahrt** nennen die Wirtschaftsverbände den Abbau von Sozialleistungen zur »Stärkung der Eigenverantwortung«.

**Querulanten** nennen die Meinungsmacher die Gewerkschafter und Sozialpolitiker, die sich der »positiven Wohlfahrt« widersetzen.

**Reformpolitik** nennen es fast alle Parteien, wenn die Armen für geringere staatliche Leistungen mehr zahlen sollen, damit die Steuern der Reichen gesenkt werden können.

**Sozialmafia** nennen gutbezahlte »Spiegel«-Redakteure und -Autoren beschützende Werkstätten, Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk, Caritas usw.

**Teilhabe an der Verantwortung** nennt es der Firmenchef, wenn der Betriebsrat mit der Drohung, die Produktion ins Ausland zu verlagern, gezwungen wird, dem Wegfall von Arbeitnehmerrechten zuzustimmen.

**Umbau des Sozialstaates** nennen Regierung und Opposition die Kürzung der Gelder für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

**Verweigerungshaltung** nennen Unternehmer und führende Meinungsmacher das Bestehen der Gewerkschaften auf Erfüllung von Tarifverträgen.

**Wirtschaftlich notwendig** nennt es Bundeskanzler Gerhard Schröder, wenn er auf Befehl von VW-Chef Piech die Verpflichtung der Industrie zur Rücknahme von Altautos europaweit verhindert.

**X für ein Y** machen uns die Koalitionsparteien vor, wenn sie von einer Politik der sozialen Gerechtigkeit sprechen.

**Zusatzversorgung** nennen es »Sozialpolitiker«, wenn sie die Arbeitnehmer verpflichten wollen, die Rentenversicherung bei Privatunternehmen abzuschließen, damit deren Profite weiter steigen und damit die Arbeitgeber von Beiträgen zur Sozialversicherung entlastet werden.●

(Aus: Ossietzky Nr. 20)

DOKUMENTATION:

# Die EXPO und der Internationalismus

**Ende Oktober tagte der »Bundeskongress entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen (BUKO) in Hannover (s. Bericht auf Seite 2. Nachfolgend dokumentieren wir das Auftakt-Referat von Josef Hierlmeier (Lateinamerika-Komitee, Nürnberg).**

Ich will nichts den inhaltlichen Diskussionen des Kongresses vorwegnehmen. Ich will aber einige Eckpunkte skizzieren, in deren Rahmen sich dieser Kongreß bewegt. Auf die Frage, ob sie dieses Jahr zum BUKO kommen würden, antworteten einige Bekannte aus der Solidaritätsszene: wahrscheinlich nicht, weil sie nicht wüßten, was die EXPO mit Internationalismus zu tun hätte.

Für mich hat die EXPO einen hohen Symbolgehalt. In ihr nimmt der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts Gestalt an, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Dies zeigt sich schon daran, dass annähernd 200 Länder sich an der EXPO beteiligen werden.

Die EXPO befindet sich im Schnittpunkt von wichtigen Diskursen und Auseinandersetzungen. In den von ihr präsentierten Leitbildern verdichten und bündeln sich Diskurs- und Entwicklungsstränge, die für unsere Politik von großer Bedeutung sind. Was sind das für Diskursstränge und Schnittstellen?

## Die EXPO und das Ende der Nachkriegsgeschichte

Von großer symbolischer Bedeutung ist die Tatsache, dass die EXPO in zeitlicher Nähe zum Krieg in Kosovo stattfindet, einem völkerrechtswidrigen Krieg mit deutscher Beteiligung. Dieser Krieg markiert eine Zäsur in der bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung. Es ging um die Verabschiedung der deutschen Nachkriegsgeschichte mit dem argumentativen Rückgriff gerade auf die deutsche Geschichte: Es gelte ein zweites Auschwitz zu verhindern, wurde uns von Fischer und Scharping als Argument immer wieder um die Ohren geschlagen. Es ist erschreckend, wie stark selbst kritische Geister diese Argumentationslinie übernommen haben. Es ist Joachim Hirsch Recht zu geben, wenn er in einem Interview in den »blättern des iz3w« (August 99) sagt: »Diese Entwicklung bezeichnet einen frappanten Verlust an kritischer Öffentlichkeit, d.h. der Fähigkeit, die Hintergründe und Interessenzusammenhänge staatlichen Handelns aufzudecken, kurz: Macht zu kontrollieren. Statt dessen gibt es über weite intellektuelle Kreise hinweg heute ein klares Bekenntnis zu Staat und Macht. Moralische Kategorien dienen dazu, Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse zu rechtfertigen, die man im Kern als imperialistisch bezeichnen muß. Die sogenannte 'Zivilgesellschaft' hat sich als das erwiesen, was kritische Theoretiker wie Gramsci schon lange gesagt haben: als ein ideologisches Bollwerk von Staat und Macht. Die Demokratie, selbst in ihrer bürgerlich-liberalen Form, bleibt auf der Strecke.« Und er fährt fort: »Was mich aber wirklich bestürzt hat, war der desolate Zustand der 'linken' und kritischen Öffentlichkeit hierzulande. Dass die wohlstandschauvinistische Formierung der deutschen Gesellschaft ein derartiges Ausmaß angenommen hat, war für viele ein Schlag.«

Im Aufruftext zu diesem Kongreß, als die heiße Phase des Krieges gerade vorbei war, hatten wir geschrieben: »Der Krieg ist noch lange nicht vorbei.« Dies hat sich seitdem bestätigt. 300.000 Menschen mußten seit der Stationierung der KFOR-Truppen das Land verlassen bzw. wurden vertrieben, vor allem Serben und Sinti und Roma, aber auch Juden. Davon nimmt die Öffentlichkeit kaum noch Notiz, genauso wenig wie sie damals von den 200.000 Serben Notiz nahm, die aus der Krajna vertrieben wurden. Kein einziges der Probleme in Ex-Jugoslawien ist bis heute gelöst!

Der Krieg symbolisiert aber auch in anderer Weise das Ende der deutschen Nachkriegsgeschichte. Mit der Teilnahme am Krieg, so wird argumentiert, sei Deutschland wieder eine »normale« Nation geworden. Daraus wird der Anspruch abgeleitet, die Vergangenheit Vergangenheit zu lassen. In jüngster Zeit mehren sich die Debatten, in denen genau dies eingefordert wird. Zu erinnern ist an die Walser-Debatte, der die Forderung erhob, nicht mehr länger mit der »Auschwitzkeule« belästigt zu werden. Zu erinnern ist ferner an die Sloterdijk-Debatte mit seinen Züchtungs-Visionen im Anschluß an Nietzsche, Heidegger und Platon. Diese Debatte geht aber weit über die bio- und gentechnologische Ebene hinaus.

Die Expo-MacherInnen sehen ihr Mammutereignis genau in diesem Zusammenhang: die Nachkriegsgeschichte ist zu Ende wird formuliert. Wir blicken nach vorn, die EXPO ist das Fenster in das 21. Jahrhundert. Was zeigt uns der Blick durch dieses Fenster?

## Das Gesellschaftsbild der EXPO

Er zeigt uns zuerst einmal einen Blick tief in den Dschungel: »Tief im Dschungel« so beginnt eine Fabel, die von den EXPO-MacherInnen in Auftrag gegeben wurde (nach Spiegel 32/99) leben eine Möwe und ein Papagei, die beide in Käfige gesperrt sind. Dazwischen hockt in Briefträgeruniform der faule Drontevogel. Der singt und tanzt, anstatt Briefe und Pakete auszutragen, die ihm Möwe und Papagei verzweifelt zustecken. Doch plötzlich ein Szenewechsel: Die Hand des Marktes erscheint und zieht an einer Liane, und als ob es sich um die Schnur an einer Lampe handelt, leuchten auf einmal alle Früchte des Baumes hell auf. Möwe und Papagei entkommen ihrem Gefängnis und folgen ihrem drängendsten Trieb – sie entwickeln neue Postversandtechniken: Papierflieger und ein extravagantes Fluggerät mit Tragflächen aus Geldscheinen. Sogar der Drontevogel reißt sich zusammen; er erfindet das Morseverfahren, den Computer und dazu Disketten.

Ein zweiter Blick geht zwar nicht tief in den Dschungel, aber tief in den Norden. Dort rutschen in einer weiteren EXPO-Fabel zwei junge Eisbären mit ihren Snowboards einen Abhang herunter und steigen mühsam wieder auf. Vom Wipfel eines Baumes aus beobachtet sie der Adler wohlwollend. Der nette Greif fliegt zu den Bären herunter, um ihnen eine Sprungschanze zu bauen. Die Bären sind begeistert. Die Wohltat des Adlers war nicht umsonst, er verlangt Steuern: Die Bären müssen ihre Schals herausrücken, was sie erst mal wenig stört. Denn schon bald tummeln sie sich in einem blühenden Ferienort mit Schneemobilen und einem Slalomkurs. Bis die Bären in ihrer Unterwäsche dastehen und ihnen der Adler auch noch die Snowboards abnimmt. Da naht der Erlöser: die Hand des Marktes erscheint über den Bäumen und hebt mahnend den Zeigefinger. Der Adler begreift, wie überzogen sein Handeln war. Er verkriecht sich in seinem Baum.

Was wollen uns diese Fabeln sagen? Ihr habt es sicherlich bereits verstanden: die unsichtbare bzw. hier vielmehr die sichtbare Hand des Marktes ist der Superstar der EXPO. Die Hand ist der neue Messias, der überzogene Ansprüche abwehrt und alles zum Guten lenkt. Man könnte über diese Fabeln nur noch lachen, wenn dahinter nicht zutiefst ernste Vorstellungen von Gesellschaft stehen würden. Es ist dies die Vision nicht nur einer neoliberalen Marktwirtschaft, sondern umfassender einer ganzen Marktgesellschaft.

Ein anderer Blick aus dem Fenster der EXPO in das 1. Jahrhundert zeigt uns die hegemonialen Vorstellungen der zukünftigen Entwicklung. Es sind technokratische, eindimensionale Vorstellungen, die uns und der Bevölkerung in der sog. Dritten Welt als Leitbilder angeboten werden. Eines dieser Leitbilder lautet: »Wir leben alle in der Einen Welt«.

In einem Statement der EXPO-MacherInnen aus dem Jahr 1995 heißt es: die EXPO sei ein Signal dafür, dass »wir erkannt haben, dass wir Menschen auf dieser Erde alle zusammen in einer Welt leben. Es macht keinen Sinn mehr, uns in eine erste, zweite, dritte oder vierte Welt aufzuteilen, wenn wir neue Wege suchen.« Auf diesen Wegen finden sich dann etwa die »Wohltaten« etwa der Bio- und Gentechnologie, der Atomkraft, die »Wohltaten« von noch mehr freiem Handel und noch mehr Investitionen. Die soziale Frage, also die Frage: Wer bestimmt, dass es nicht mehr sinnvoll ist von einer ersten, zweiten, dritten und vierten Welt zu sprechen, sondern nur noch von der Einen Welt, bleibt ausgeklammert. Ebenso die Frage, wer denn nun in und von der Einen Welt profitiert, wer bestimmt, was und wo etwas investiert wird.

Die EXPO will mit diesen technokratischen Entwicklungsvorstellungen suggerieren, dass es hierzu keine Alternative gibt. Das »TINA«-Denken (There is no alternative) ist ein wesentlicher Bestandteil der EXPO. Die Botschaft lautet: Alles ist machbar, wenn nur alle mitmachen und die Konzepte der EXPO richtig und effektiv umsetzen. Dieses Denken entspricht dem Schröderschen Leitsatz: »Es gibt keine linke und rechte Wirtschaftspolitik, sondern nur eine gute oder schlechte.« Alles ist also nur eine Frage des Handlings, der Vermittlung und der Kommunikation. Die Macht- und Herrschaftsförmigkeit dieser Leitbilder und technokratischen Konzepte und des Marktes werden systematisch ausgeklammert ebenso wie die sozialen und patriarchalen Verhältnisse, die sich in diesen Vorstellungen materialisieren.

Für jedes Problem gibt es diesem Denken zufolge eine Lösung. Wenn es keine Lösung gibt, gibt es auch kein Problem. Matthias Greffrath hat dieses »schröderische« Politikverständnis treffend charakterisiert. Wer »schrödert«, schreibt er, »muss denken und verkörpern, dass kein Problem ist, wo keine Lösung winkt. Unaufhaltsam der Prozess, in dem eine Wirklichkeit, die zu korrigieren niemand die Macht spürt, nicht mehr gedacht wird.« Damit hat er aber treffend ein Problem beschrieben, mit dem es eine herrschaftskritische Linke tagtäglich zu tun hat. Von vielen wird eine Wirklichkeit gar nicht mehr gedacht, weil sie nicht die Macht haben, diese Wirklichkeit zu verändern.

Paradigmatisch dafür ist m.E., die »Erlassjahr 2000 Kampagne«: Die Forderung nach einer begrenzten Schuldenstreichung wird dort damit begründet, dass dies im Interesse aller liege, weil sonst der Schuldenbumerang drohe. Die Überschuldung bedrohe – ich zitiere jetzt aus dem Aufruftext der Kampagne – »nicht nur die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Betroffenen, sondern die der ganzen Gesellschaft.« Also auch uns alle! Wie? »Durch Drogenhandel, Klimaveränderungen, Flüchtlinge oder durch den Verlust von Exportmärkten für unsere (sic!!!) Industrie.« Selbst die Banker können von einem Schuldenerlaß profitieren: »Jeder verantwortliche Bankier wird eher einer Regierung Kredit gewähren, die weitgehend frei von 'Altlasten' ist, als einem völlig überschuldeten Land.«

Früher hätte es in der entwicklungspolitischen Szene einen Aufschrei gegeben, wenn die Forderung nach Schuldenstreichung mit dem Interesse der deutschen Exportindustrie begründet worden wäre. Heute erntet man oft Unverständnis, wenn man dies nicht tut. Wir haben es hier mit einer Argumentationsweise zu tun, die uns in den letzten Jahren immer wieder begegnet ist. Diese Argumentationsweise lautet: Wir alle sind schuld an den Problemen der Welt, deshalb müssen wir sie alle gemeinsam lösen. Das Medium dafür sind die Runden Tische, an denen im Dialog aller gesellschaftlich relevanten Gruppen die Probleme konsensual gelöst werden. Die Konsequenz an dieser Art von Realpolitik ist, dass die eigenen Forderungen passgenau bereits im Vorfeld bereits so zurechtgestutzt werden, dass sie niemand mehr weh tun. Der Soziologe Ortwin Renn schreibt in einem Buch der EXPO 2000 Reihe über die Agenda 21: »Die Industrie hat natürlich kein Interesse daran, mitzumachen, wenn sie den Eindruck hat, dass sie auf der Anklagebank Platz nehmen soll.« (FR 6/7/99) Mitmachen! Gestalten! Einfluß nehmen! lautet also das Gebot der Stunde.

## Die »Adabeiisierung« der entwicklungspolitischen Szene

Wie man vielleicht bereits gemerkt hat, komme ich aus Bayern. Bei uns in Bayern gibt es den Begriff des »Adabeis«. »Adabei« ist die Bezeichnung für einen, der überall dabei sein will, der glaubt, zum Jet-Set und zur Schiggeria zu gehören, über den man sich aber hinter seinem Rücken lustig macht. Viele NGO- und Lobby-»Adabeis« wollen auch dabei sein, wenn es um die Ausgestaltung von UNO, IWF, Weltbank oder der NATO geht. Man dürfe den IWF und die NATO nicht dem Imperialismus und dem Militarismus überlassen, lautet überspitzt formuliert das Argument. Oder anders gesagt und mit Bezug auf die EXPO: Wir beteiligen uns an der Gestaltung der EXPO, weil wir aus ihr das Beste machen wollen, wenn wir sie schon nicht verhindern können.

Was wir uns fragen müssen, ist, warum diese Art von »Realpolitik« so attraktiv für viele ist? Was ist ihr rationaler Kern? Wo liegt der kulturelle oder der symbolische Mehrwert dieser Politikform? Und wir müssen uns auch fragen, was deren Stärke mit dem Scheitern unseres früheren Internationalismus zu tun hat? Liegt die Machtvergessenheit der NGO- und Lobby-Gruppen auch an der »Machtversessenheit« der früheren Internationalismuspolitik? Wenn aber nicht alles täuscht, gerät diese konsensuale Politikform langsam in die Krise. Dies hat natürlich viel mit der katastrophalen Politik der derzeitigen Bundesregierung zu tun, auf die doch viele Hoffnungen projeziert wurden. Aber die Schwäche bzw. das abzusehende Scheitern dieser Art von NGO-Politik darf nicht zu dem Glauben verführen, dass dadurch eine linke, herrschaftskritische Alternative automatisch profitieren würde.

Viele, die aus meiner Sicht in die falsche Richtung gelaufen sind, werden, anstatt anzuhalten und umzukehren, das Tempo beschleunigen und noch schneller in der falschen Richtung weiterlaufen. Zum anderen verdeckt die Schwäche der lobbyistischen NGO-Politik unsere eigenen Schwächen. Es gibt von unserer Seite bestenfalls Elemente eines neuen Internationalismus. Wer die Broschüre »kölngehen« des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft gelesen hat, wird festgestellt haben, wie schwer es uns gefallen ist, diese Elemente positiv zu bestimmen. Und doch gibt es diese Elemente. Zentral ist für mich dabei die Entwicklung eines neuen Macht- und Herrschaftsbegriffes, den wir in den Debatten um Agenda 21, Nachhaltige Entwicklung und Global Governance entwickelt haben. M.E. besteht derzeit durchaus die Chance, dass unsere Kritik an diesen Leitbildern wieder stärker wahrgenommen und diskutiert wird. Es läßt sich nicht mehr ganz so leicht mit dem bereits erwähnten Argument punkten, man dürfe die NATO nicht dem Imperialismus und Militarismus überlassen. Wir sollten deshalb unsere herrschaftskritischen Aspekte offensiver in die Diskussion einbringen. Gerade die EXPO bietet sich dafür hervorragend an. Diese Kritik, von der ich hoffe, dass sie auf diesem Kongreß noch konkretisiert wird, wird vielen nicht gefallen. Das ist jetzt schon abzusehen. Aber es lohnt sich, denn es gibt bei der EXPO viele Anknüpfungspunkte und Bündnismöglichkeiten. Denn das Unbehagen über den Gigantomanismus der EXPO – für die drei Sekunden Erkennungsmelodie wurden 400.000 DM hinausgepulvert – reicht weit bis in liberale Kreise und Medien hinein.

## Der BUKO

Zum Schluß noch kurz ein Wort zum BUKO, da viele von euch zum erstenmal auf einem BUKO-Kongreß sind. Wir werden immer wieder gefragt, wer denn der BUKO sei? Grundsätzlich gilt: der BUKO ist das, was die Leute aus ihm machen. Es sind zur Zeit viel zu wenige Leute, die etwas machen, auch wenn es angesichts des Kongresses nicht den Anschein hat. Der BUKO, das sind die Kampagnen: Pharma-Kampagne, Kampagne »Stoppt den Rüstungsexport« und die Kampagne zum Agrarhandel. Der BUKO, das sind die Leute in den Arbeitsschwerpunkten Weltwirtschaft und Alternativer Handel. Und der BUKO, das sind die Leute, die etwa diesen Kongreß oder die Seminare vorbereiten. Der BUKO, das habt ihr wahrscheinlich den Ausführungen entnommen, ist keine Lobbyorganisation. Der Lobbyismus setzt darauf, wie es »Germanwatch« in ihrem Lobbyhandbuch formuliert hat, dass »die eigene Organisation nicht als verlängerter Arm der politischen Gegner der Zielgruppe (gemeint sind damit Unternehmen, Geschäftsleute, Politiker und Verwaltungen, Anm. moe) auftreten oder so eingeschätzt werden darf.« Ich glaube, ich verrate nicht zuviel, dass wir genau dies durchaus manchmal wollen.

Der BUKO ist eine Organisation, in der selbstbestimmt entwicklungspolitische Debatten geführt werden sollen. Der vielleicht allzu pathetische Begriff »selbstbestimmt« meint, dass wir uns in unseren Politikformen und inhaltlichen Debatten nicht zuerst von politischen Konjunkturen leiten lassen. Der Begriff meint auch, dass wir nicht die Häufigkeit der Medienberichte über den BUKO zum einzigen Kriterium des Erfolges machen, auch wenn wir uns fragen müssen, welche Bedeutung der Strukturwandel der Öffentlichkeit und Öffentlichkeit an sich für den BUKO haben. Selbstbestimmt meint aber auch, dass wir uns Debatten über das eigene Verstrickt-Sein in Machtstrukturen leisten, seien sie eurozentrischer, patriarchaler oder rassistischer Art. Ich bin dagegen, diese Diskussionen über ein anderes Verständnis von Internationalismus abzuwerten und sie als »interne« Debatten und als »rückwärtsgewandt« zu bezeichnen. So hat es der Dachverband der Weltläden getan und damit seinen Austritt aus dem BUKO begründet. Ein weiteres Argument für den Austritt war, der BUKO würde zuwenig Dienstleistungsfunktionen erfüllen.

Die notwendigen Diskussionen um das eigene Verstrickt-Sein birgt aber auch ein Problem in sich: Wenn Macht nicht etwas ist, was von denen »da oben« kommt und dem wir in aller Unschuld gegenüberstehen, sondern die Effekte der Macht und die Machtlinien uns selbst durchziehen, dann wird es immer Macht geben, man wird nie endgültig außerhalb der Macht stehen. Wichtig ist es dann, sich seiner eigenen Machtverstrickung bewußt zu werden, um sie dann dekonstruieren zu können. Die Gefahr dabei ist, dass man die eigene Machtverstrikkung bis in die kleinsten Kapillare verfolgt und so in der Tat handlungsunfähig wird. Wer sich in dieser Mikrophysik der Macht verliert, ist nicht mehr in der Lage eine Gegenmacht aufzubauen, die momentan bekanntlich ziemlich ohnmächtig ist. Nichtsdestotrotz bleibt dieser Anspruch richtig, auch wenn wir wieder von ziemlich vorne anfangen müssen. Joachim Hirsch behauptet in dem anfangs erwähnten Interview, dass die »außerparlamentarische Linke in einem Maße marginalisiert ist, wie seit den 50er Jahren nicht mehr.« Die fehlenden Proteste gegen den Krieg und die mehr als mangelhafte Beteiligung bei den Demonstrationen gegen den G7-Gipfel bestätigen diese Einschätzung.

Trotzdem muß eine herrschaftskritische und emanzipatorische Linke immer wieder den Versuch starten, genau diese Gegenmacht zu organisieren. Denn Emanzipation wurde noch nie geschenkt, sondern sie war und ist immer Ergebnis sozialer Kämpfe. In diesem Sinne hoffe ich, dass dieser Kongreß einige positive Ergebnisse hervorbringt.●

Anzeige

ila Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

**ila 226** (Juni 99): Tango – Musik, Tanz und Politik
**ila 227** (Juli/Aug. 99): La Paz – Gesicht einer Metropole
**ila 228** (Sept. 99): Mexico in den USA – Blicke über die Grenze

Die Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika erscheint monatlich, 60 Seiten stark, zum Preis von 8 DM, im Abo 70/60 DM (10 Ausgaben/Jahr)

ila, Heerstr. 205, 53111 Bonn
Tel. (0228) 65 86 13, Fax 63 12 26

DAS MAI IST TOT...

# Global Action Day

# ES LEBE DAS MAI!

**Es war einmal das MAI, das Multilaterale Abkommen über Investitionen, das, als es im Frühjahr 1997 an die Öffentlichkeit gelangte, einen Aufschrei des Entsetzen auslöste. Das ist der »Vertrag zur Herrschaft der Konzerne« (Tony Clarke, Kanada), ein »Ermächtigungsgesetz für die Multis« (WEED) hieß es, und in der Tat wären damit erhebliche Konzernrechte festgeschrieben worden. Viele Gruppen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen hatten erkannt, dass sie direkt vom MAI betroffen waren, und dass damit jedes Engagement in Umweltschutz, Sozial- oder Entwicklungspolitik geblockt werden würde.**

**Andreas Rockstein, Saarbrücken** ● Als die OECD (*), in deren Rahmen das MAI verhandelt wurde, im Dezember 98 kleinlaut dessen Scheitern bekannt geben musste (oder besser gesagt, Desinteresse am MAI heuchelte), schien für manche das Schlimmste überstanden. War es wirklich so, dass das MAI einen einmaligen Versuch der Machtergreifung durch Transnationale Konzerne (TNCs *) dargestellt hat, welcher durch die zugegebenermaßen erfolgreiche internationale Anti-MAI-Kampagne abgewendet werden konnte? Wohl kaum. Vielmehr war das MAI ein peinliches Eigentor, bei dem mensch sich durch die Unverblühmtheit der Formulierungen etwas zu weit aus dem Fenster gelehnt hat. Formuliert wurde in diesem Vertragswerk allerdings eine Politik wie sie auch ohne MAI längst Gang und Gäbe ist.

Im Zeitalter der vielzitierten Globalisierung, die uns so gerne als Sachzwang untergejubelt wird, werden, von der Allgemeinheit meist völlig unbemerkt, neue Verträge abgeschlossen und Institutionen gegründet, die eine rasante »Deregulierung« (*) in den Bereichen des Handels, der Ausländischen Direktinvestitionen (FDI *) und des Finanzmarktes nach sich ziehen, d.h. dass es TNC's erheblich erleichtert wird, Handel zu treiben und zu Investieren wo sie nur wollen und zu Bedingungen, die von ihnen diktiert werden. Der vielgepriesene »Frei-«Handel ist in diesem Sinne Freihandel nur für TNC's, kleinere lokale Strukturen werden durch diese Politik plattgemacht, auf Umwelt- und Sozialstandards ein ungeheurer Druck ausgeübt, und das ganze nennt sich dann »Standortlogik«. Zugleich besteht ein enormer Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck auf öffentliche Bereiche usw., die noch nicht vollständig in den Händen der TNC's liegen. Mensch denke dabei z.B. an das Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Einführung von Studiengebühren an Uni's ist da nur ein erster Schritt; oder an die Liberalisierung im Strommarkt: Was bringt uns der ohnehin schon so sehr verlangsamte Atomausstieg, dass kaum mehr die Rede davon sein kann, wenn wir künftig durch Yellow-Strom mit billigem Tschernobyl u.ä. -Strom versorgt werden?; beim Wasser: Der gewinnbringende Verkauf von Grundwasser aus der an sich wasserreichen Eifel nach BeNeLux führt heute dazu, dass gewisse Gemeinden ernsthafte Probleme bei der Wasserversorgung haben. Ich frage mich, wann unsere Luft, die wir atmen, privatisiert wird? Zum Patentrecht, insbes. zum TRIPs Abkommen wird im folgenden WTO-Kapitel noch was zu lesen sein, soviel sei verraten, dass uns nun auch die Patentierung tierischer und menschlicher Gene bevorsteht.

Mit anderen Worten, das MAI ist keineswegs tot sondern nach wie vor quicklebendig, begreift mensch MAI als »Die« neoliberale Agenda, wobei der Vertragsentwurf des MAI »nur« die Spitze des Eisberges darstellt. Aber selbst das MAI an sich, d.h. ein Abkommen über Investitionen ist als solches nicht tot, nein, es hat seine Maske gewechselt, den Namen geändert und andere Foren eingenommen. Am akutesten dürfte es in der »Millennium Round« der WTO wieder auftauchen, wo es recht geschickt in einer Reihe von Einzelabkommen versteckt sein wird (siehe WTO Artikel). Das von amerikanischen AktivistInnen im Rahmen der Öffentlichkeitskampagne angewendete »MAI-Shell Game«, also das MAI- Muschel resp. Hütchenspiel verbildlicht diese Entwicklung wieder. Heißt das Ding nun TABD (*) oder APEC (*), sind es die Neuverhandlungen zu Lomé oder die geplante gesamtamerikanische Freihandelszone FTAA, im Grunde sind sie alle austauschbar, die Inhalte sind partout dieselbe neoliberale Agenda.

### Neoliberale Wortverdrehungsakrobatik

Nachdem bereits neue Verträge und Institutionen kaum beachtet in die Welt gesetzt waren, stellte das MAI eine Ausnahme dar, als dass kaum so offen Klartext geredet wurde. Allzu leichtfertig hat mensch sich auf das Desinteresse der Öffentlichkeit an derartig »speziellen« Weltwirtschaftsfragen verlassen.

Nachdem das MAI geradezu wie eine Bombe einschlug, hat mensch sich schnell wieder auf eine andere Wortwahl besonnen, welche die unverfrorensten Vorhaben wie Wohltaten klingen lässt. Dem Vorwurf des (eklatanten) Demokratiedefizits von Wirtschaftsinstitutionen wird nun mit »Transparenz« begegnet. Die »Zivilgesellschaft« wird zum »Dialog« eingeladen, was heißt, ein elitärer Kreis von ohnehin regierungs- und gar unternehmensfreundlichen »Nichtregierungsorganisationen« wird zu diversen Treffen eingeladen, auf denen diese nichts anderes zu hören bekommen als die alte Leier von den Wohltaten der Marktliberalisierung für die Menschheit.

Eine zentrale Rolle fällt dem Wort »Schutz« anheim; Biopiraterie oder sonstige Aneignung fremden Wissens heißt nun »Schutz geistiger Eigentumsrechte«, wenn Konzerne Investitionen nach ihren Bedingungen tätigen dürfen, so heißt das »Investitionsschutz«.

Bezeichnend sind überdies die Vokabeln »Nichtdiskriminierung« und »nationale Gleichbehandlung« wie sie in zahlreichen Abkommen vorkommen. So »demokratisch« sie klingen mögen beinhalten sie nichts geringeres als die oben genannte Zerschlagung kleinerer lokaler Wirtschaftskreisläufe zugunsten eines »freien« Marktzuganges von TNCs, d.h., diesen darf keine bevorzugte Behandlung zuteilkommen, so dass sie Großkonzernen schutzlos ausgeliefert sind. Gleichermaßen sind auch das Bildungs- und Gesundheitswesen von »Nichtdiskriminierung« und »Gleichbehandlung« bedroht, wenn Krankenhäuser oder Universitäten nur noch unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung betrieben werden dürfen – »gleich-«behandelt wie Privatkliniken und -Hochschulen.

### »Nachhaltige Entwicklung« – die Gegenoffensive der Industrielobby

Um UmweltaktivistInnen den Wind vollends aus den Segeln zu nehmen besonn mensch sich einer Taktik der ganz besonderen Art. Mensch erfand das Zauberwort »Nachhaltige Entwicklung«. Auf einmal ist damit »Zukunftstechnologie« (worunter auch Atomkraft und Gentech gerechnet werden) umweltfreundlich, brauchen wir nur noch mehr Wirtschaftswachstum und noch höher entwickelte Technik, um die globalen Probleme von Überbevölkerung, Welthunger und Umweltzerstörung lösen zu können. Auf der Expo2000 in Hannover wird diese »Nachhaltigkeit« eine zentrale Rolle spielen, und es wird versucht, möglichst vehemente KritikerInnen von Globalisierung, WTO und »Frei«-Handel als RednerInnen für Expo begleitende Kongresse zu gewinnen. Und mit der »Lokalen Agenda 21« (mit »Agenda 21« wurde auf der UN-Konferenz in Rio 92 die »Nachhaltige Entwicklung« erstmals in großem Maßstab angepriesen) wird diese Politik auch auf lokaler Ebene umgesetzt, unter »Einbeziehung« lokaler Umweltverbände.

Um diese »umweltfreundlichen« »Zukunftstechnologien« auch in unserem Lande entwickeln zu können bedarf es natürlich »Investitionsanreize« – womit die »Nachhaltigkeitsdebatte« ad absurdum geführt wäre, bedeuten »Investitionsanreize« doch nichts anderes als den Verzicht auf Umwelt- und Sozialstandards.●

**30. November**

## Globaler Aktionstag gegen »Frei«-Handel und WTO

Die Welthandelsorganisation (WTO), eine der mächtigsten Institutionen, in deren Rahmen die neoliberale Ausbeutungsmaschinerie gepuscht wird, trifft sich an eben diesem Tag in Seattle zu ihrer (dritten) Ministerkonferenz, mit einem Programm in der Tasche, fürs nächste Jahrtausend eine noch weitreichendere »Liberalisierung« des Welthandels durchzusetzen. Wie schon bei der vorangegangenen Ministerkonferenz letztes Jahr im Mai haben sich auch diesmal im Rahmen von »Peoples' Global Action against 'free' Trade and WTO« (PGA) AktivistInnen aus aller Welt dazu entschlossen, einen globalen Aktionstag zu machen.

Dabei passieren in vielen Städten der Welt – und das nicht nur in den Industrieländern des Nordens sondern gerade auch in sogenannten Entwicklungsländern – gleichzeitig Aktionen. Diese sind völlig autonom organisiert und können ganz unterschiedlich ausfallen, gemeinsames Ziel ist es aber in diesem Falle anhand der WTO das globale Ausbeutungs- und Herrschaftssystem zu demaskieren und die Menschen aufzurütteln sich emanzipatorisch zu mobilisieren, statt alles zu schlucken was uns von PolitikerInnen, Großindustrie etc. als Wohltat für die Menschheit aufgetischt wird. Bisher war die Beteiligung an Aktionstagen – der letzte war der 18. Juni parallel zum G8-Gipfel in Köln – in einigen Ländern Europas einschließlich des gesamten deutschsprachigen Raumes von einer zu vernachlässigenden Anzahl von AktivistInnen überhaupt als Möglichkeit einer emanzipatorischen Bewegung wahrgenommen worden. Doch diesesmal scheint das anders zu werden. Schon auf dem A-Camp bei Hannover in diesem Sommer haben verschiedene Gruppen Lunte gerochen und es werden an einigen Orten bereits konkrete Aktionen geplant.

Dieser Schwerpunkt und die Moblisierungszeitung will einen Beitrag dazu leisten, den Aktionstag und die Strategie, die dahinter steht, weiteren Kreisen bekannt zu machen und ein wenig aufzuklären über WTO und neoliberale Ausbeutungsverhältnisse.●

## * GLOSSAR

**Mix aus der neoliberalen Buchstabensuppe (die Liste ließe sich um ein Vielfaches verlängern, hier sind nur die im obigen und folgenden Text genannten Begriffe erklärt; beim Punkt »Bretton Woods« musste ich etwas weiter ausholen, denn eigentlich gebührt diesem Thema ein eigenes Kapitel)**

**APEC:** Asia-Pacific Economic Cooperation, Ostasiatische Wirtschaftsübereinkunft, mittelfristig auf die Bildung einer Freihandelszone als Gegengewicht zum NAFTA Abkommen ausgerichtet.

**Bretton Woods:** Konferenz in den USA kurz vor Ende des zweiten Weltkriegs, mit der Gründung von Weltbank und internationalem Währungsfonds (IMF) wurde unter der Annahme stabiler Wechselkurse (nationale Währungen waren ursprünglich durch Goldreserven gedeckt) ein weltweites Finanzausgleichssystem geschaffen, das durch die ersten größeren Währungsschwankungen ins Wanken geriet und mit der sgn. Asienkrise letztlich den Todesstoß erhielt. Nichts desto trotz werden Weltbank und IMF nach wie vor genutzt, um bei sgn. Zahlungsbilanzschwierigkeiten, d.h., wenn ein Land praktisch Pleite ist, mit Krediten auszuhelfen, obschon diese auf gelegentliche Einzelfälle ausgerichtete Feuerwehr den heutigen »Weltbrand« längst nicht mehr unter Kontrolle hat. Die Schuldenkrise sei hier nur ein Stichwort, wobei die neulich beim G8 Gipfel in Köln beschlossene Schuldenstreichung für die ärmsten Länder, die ohnehin nie in der Lage gewesen wären, ihre Schulden zurückzubezahlen, nichts als einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutet, einen symbolischen Akt, um »guten Willen« zu bezeugen, ohne dass das Grundproblem in Angriff genommen wäre. Darüberhinaus sind die Kredite insbes. des IMF mit den berüchtigten Struktur-Anpassungs Programmen (SAPs) verbunden, mit denen eine weitestgehende Marktöffnung sowie die radikale »Gesund«-Schrumpfung des Staates durch Privatisierung und dem Abbau von Sozialstandards eingefordert wird. Die Folge sind völlig zerrüttete Gebilde, in denen sich eine »humanitäre Intervention« (passt ins Kapitel »Wortverdrehungsakrobatik«) um so leichter rechtfertigen lässt ...

**Deregulierung:** In der Fachsprache übliche Bezeichnung für den Abbau von Handels- und Investitions-»Hemmnissen«. Zu solchen »Hemmnissen« gehören infolge auch Umwelt und Sozialauflagen, wie die bekannten WTO-Fälle sowie die weniger bekannten NAFTA-Fälle zeigen.

**FDI:** Foreign Direct Investment, hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen, mit einer Wachstumsrate die die des Weltbruttosozialproduktes um ein vielfaches übersteigt. Warum das so ist, liegt wohl daran, dass das kapitalistische System nur mit Wachstum funktioniert und da Aufgrund des längst übersättigten (Welt-)Marktes kein »reelles« Wachstum mehr möglich ist, werden andere (»irreale«) Bereiche gesucht, wozu neben den Finanztransaktionen auch die FDI gehören.

**FTAA:** Free Trade Area of the Americans, geplante Ausweitung des NAFTA Abkommens auf gesamt-Amerika.

**GATT:** General Agreement on Tarifs and Trade; allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, bereits in den ersten Nachkriegsjahren abgeschlossen, mehrfach in Verhandlungsrunden ausgeweitet, bis es in Folge der bisher letzten und umfassendsten »Uruguayrunde« (1986-93/94) in die Gründung der WTO mündete und damit einen institutionellen Rahmen erhielt.

**OECD:** Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. 29 Mitgliedstaaten, darunter v.a. die meisten reichen Industrienationen. Ganz unbemerkt von der Öffentlichkeit werden hier internationale Wirtschaftspolitik koordiniert und Richtlinien erarbeitet. Bezeichnenderweise ist der Sitz im »Chateau La Muette« (= »die Stumme«) in Paris.

**NAFTA:** Nordamerikanische Freihandelszone zw. USA, Kanada u. Mexiko. Seit dem Inkrafttreten hat sich die soziale Lage v.a. in Mexiko drastisch verschärft, aber selbst in den USA wurde damit die Entstehung von sgn. Sonderwirtschaftszonen begünstigt, in denen ArbeiterInnen unter ausbeuterischen Verhältnissen darben müssen. Berüchtigt ist das NAFTA Abkommen insbesondere für sein Streitschlichtungsverfahren, nachdem Konzerne Regierungen direkt verklagen können. Die bisherigen NAFTA-Fälle laufen darauf hinaus, dass Umweltschutzauflagen, als Handels- und Investitionshemmnis gebrandmarkt, gekippt werden.

**TABD:** Trans Atlantic Business Dialogue, höchstelitäres aus Regierungs- und WirtschaftsvertreterInnen zusammengesetztes Forum, in dessen Rahmen eine Freihandelszone alias »Transatlantic Economic Partnership« (TEP) zwischen den USA und der EU ausgehandelt wird, maßgebliche Mitbestimmung auch im Rahmen anderer Gremien wie der OECD und der WTO (Jahrestreffen Okt. 99 in Berlin)

**TNC:** Trans-National Corporation. Durch Firmenzusammenschlüsse und (meist feindliche) Übernahmen konzentriert sich die Weltwirtschaft auf immer wenigere riesige Multikonzerne mit Umsätzen, die das Bruttosozialprodukt gar mancher mittelgroßer Industrienationen übersteigen und die oftmals die Produktionsabläufe soweit beherrschen, dass praktisch vom Rohstoffabbau bis zum Endprodukt im Supermarktregal alles in einer Hand liegt. Das solche Konzerngiganten wie im MAI – und wie im NAFTA schon teilweise durchgesetzt – nach einer staatengleichen Behandlung trachten, ist daher naheliegend.

**WEF:** World Economic Forum – Weltwirtschaftsforum – alljährliches Treffen von Wirtschafts- und Polit-Eliten in Davos (Schweiz)

Anzeige

Unverzichtbar:
**Ö-Punkte – der Infodienst für aktive UmweltschützerInnen**

**Informationen aus allen Themen des Umweltschutzes, praktische Tips, Beispiele, Infos zu Kampagnen, Modellen, neuen Materialien usw. Vierteljährlich. Jahresabo ab 20 DM.**

Bisherige Schwerpunkte Windenergie, Agenda 21, Direkte Demokratie, Perspektiven und Utopien, Naturschutz im Abseits, Weltwirtschaft, Expo 2000, Tips für Gruppen, Umweltbildung (Nov 99)
Ein Heft 7 DM, jedes weitere 2 DM (einschl. Porto). Bestellungen an die Redaktion (gegen Briefmarken, Scheck, Schein oder Vorausüberweisung) Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

Welthandelsorganisation WTO:

# Global Action Day

# »We Take Over«

**Am 30. November beginnt in Seattle die dritte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation. Dabei werden sich Staatsoberhäupter und Wirtschaftsfunktionäre treffen um über eine neue GATT (*)/ WTO Verhandlungsrunde zu beraten, hochtrabend vom vormaligen EU-Kommissar Sir Leon Brittan als »Millennium Round« tituliert. Dabei soll der Geltungsbereich der WTO wie bei der vormaligen »Uruguay-Runde«, die zur Gründung der WTO geführt hatte, um ein weiteres erhebliches Maß ausgeweitet werden, ohne dass die Auswirkungen der Uruguayrunde auch nur ansatzweise verdaut sind.**

**Andreas Rockstein, Saarbrücken** ● Die Entstehung der WTO fiel – wie der Beginn der Verhandlungen zum MAI – in eine Zeit der Hochphase des Neoliberalismus. Nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems (*) und des Versagens des Keynesianismus (Kürzest umrissen: wirtschaftlicher Freiraum wo möglich – Staatliches Eingreifen wo nötig), was in etwa übereinfiel mit dem Zerfall der Sowjetunion, versprach mensch sich (oder verkündete mensch das Ammenmärchen) durch eine weitestgehende Liberalisierung des Weltmarktes ein märchenhaftes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Längst hat die Realität uns eines anderen belehrt, doch WTO und Konsorten sind etabliert und scheinbar völlig unbehelligt von den katastrophalen Auswirkungen belehrt uns mensch über die Wohltaten von Marktliberalisierung und Globalisierung.

Entsprechend ist die Grundstruktur der WTO darauf ausgelegt, eine »Liberalisierung« in möglichst allen Bereichen des Wirtschaftens durchzusetzen, d.h., jeder neue Bereich wird, sobald er durch ein WTO-Abkommen abgedeckt ist, der »Marktöffnungslogik« unterworfen.

Mit der WTO-Gründung wurde das ursprünglich nur auf den Handel mit industriellen Produktionsgütern angelegte GATT zunächst um folgende wesentliche Zusatzabkommen erweitert: GATS – General Agreement on Trade in Services, ein Abkommen über Dienstleistungen – die Folge ist insbesondere im Telekommunikationsbereich zu sehen mit der Privatisierungswelle und den heute auf der Tagesordnung stehenden Fusionen und (meist feindlichen) Übernahmen (Parallel hat das nachträglich ausgehandelte »Information Technology Agreement« – ITA – das noch keinen allgemeinen WTO-Status besitzt, sein übriges dazu beigetragen); das TRIMs Abkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (Trade Related Investment Measures) und das TRIPs Abkommen über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (Trade Related Intelectual Property Rights) über das z.B. das Puschen von Gentechnologie erheblich erleichtert wurde. Schließlich ist das Abkommen über Landwirtschaft (Agriculture Agreement) zu nennen, das mit dem TRIPs-Abkommen, wie das Beispiel Indien zeigt, Hand in Hand geht. Die Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten hat dazu geführt, dass Großkonzerne in Indien großflächig Luxusgüter produzieren. Das sie z.B. Garnelenfarmen angelegt haben, in Küstenregionen, wo zuvor von Kleinbauern Reis angebaut wurde, was, abgesehen davon, dass sich eine Garnelenfarm nur wenige Jahre hält, und danach eine Salzwüste hinterlässt, um dann das nächste Reisanbaugebiet abzulösen, vielen die Lebensgrundlage entzogen hat – die Folge war eine Zunahme der Landflucht und ein weiteres Anwachsen von Slums in den Städten, oder Blumen- und Erdbeerfelder – alles natürlich für den Weltmarkt, ohne dass je einE InderIn, der/die nicht gerade zur dünnen Oberschicht gehört, davon profitieren könnte. Dadurch, dass so die Produktionsflächen für den Eigenbedarf reduziert wurden, war Indien, das sich bis dahin weitestgehend selbst ernähren konnte, in zunehmenden Maße auf Lebensmittelimporte angewiesen, die aus der hochsubventionierten Landwirtschaftsproduktion westlicher Industrienationen stammen. Die Verarmung der Landbevölkerung ist gleichzeitig durch den massiven Anbau von genmanipulierten Pflanzen gefördert worden. Ganz abgesehen von den Gefahren für die Gesundheit sind seitdem Bäuerinnen und Bauern gezwungen, das Saatgut von ausländischen Landwirtschaftskonzernen zu Weltmarktpreisen zu kaufen, was viele in den Ruin treibt.

## Hochsubventionierte Landwirtschaftsproduktion?

Es könnte mensch dabei auf den Gedanken kommen, dass die Agrarsubventionen in der EU oder den USA eklatant den WTO-Prinzipien von Freihandel widersprechen. Aber gerade hier zeigt sich, dass »Frei-«Handel in Wirklichkeit kein freier Handel ist. Vielmehr wird in der WTO eine Liberalisierung nur dann durchgesetzt, wenn sie der Profitmaximierung von TNCs dient, sofern aber das Gegenteil der Fall ist, wird an offensichtlichen Handelshemmnissen nicht gerührt. Ohne der Subventionierung des Anbaus wie des Handels wären Agrarprodukte aus Industrienationen auf dem Weltmarkt gar nicht konkurrenzfähig.

## Geistige Eigentumsrechte und »Frei«-Handel

Auch das TRIPs-Abkommen der WTO verdeutlicht die Absurdität der »Frei«-Handelslogik der WTO. Besitzt ein Konzern erstmal das Patent auf ein Produktionsverfahren oder auf ein Gen, hat er sich in diesem Bereich die Monopolstellung gesichert, um konkurrenzlos im »freien« Handel beliebig Schotter damit machen zu können. Letztlich läuft das ganze darauf hinaus, dass sich möglichst viele Patente in den Händen möglichst weniger TNCs befinden.

## Die »Millennium Round«

Das bisher gesagte bezog sich auf die bereits bestehenden WTO-Abkommen. Jetzt folgt das Szenario, was mit der geplanten »Millennium Round« auf uns noch schönes zukommen wird.

Zunächst seien die drei wesentlichen neuen Bereiche (»new issues«) genannt, die kommen sollen: öffentliche Auftragsvergabe, Wettbewerbspolitik und Investment. In allen wird, wie kaum anders zu erwarten, eine MAI-geklonte Politik verfolgt.

Die öffentliche Auftragsvergabe ist ein wesentlicher Bereich in der die WTO noch nicht greift (so macht dieser in der BRD ca. 10% des Gesamt-Bruttosozialprodukts aus) und wo folglich TNCs einen fetten Braten wittern.

Wettbewerbspolitik nach WTO Manier bedeutet, dass keine Auflagen auf einen »freien« Wettbewerb zwischen in- und ausländischen Anbietern gemacht werden dürfen. Das klingt auf den ersten Blick irgendwie positiv, »Gleichberechtigung« scheint demokratisch. Doch in Wahrheit bedeutet das, dass TNCs der letzte Stein aus dem Weg geräumt wird, mittelständische und Kleinbetriebe plattzumachen. Zwar wird es auch weiterhin kleinere Unternehmen geben können, diese aber nur noch nach Sklavenhaltermanier als billige Zulieferanten der TNCs, wobei deren (Schein-)Selbständigkeit noch dazu ausgenutzt wird, dass diese nicht unter die Tarifbestimmungen und sozialen Absicherungen fallen, wie sie innerhalb der Belegschaft der Auftraggeber gelten.

*Und im Bereich des Investment: Hier werden sich ohne* Zweifel die wesentlichen Bestimmungen des so Totgesagtem MAI wiederfinden, das heisst, Investitionsbedingungen für TNCs, wie sie ihnen gerade passen.

Neben diesen »new issues« wird es zu einer Neuverhandlung der bereits bestehenden Abkommen kommen. Wie die englische Bezeichnung »build in agenda« bereits verrät (build in = Einbauen), geht es dabei um deren Aufstockung. Was das GATS betrifft, so wird wohl das oben genannte ITA Abkommen darin einfließen (schließlich trifft sich die »Informations-Technologie« Lobby auf dem »World Services Congress« in Atlanta einen knappen Monat vor Seattle nicht umsonst) und überhaupt eine weitergehende »Liberalisierung« im Dienstleistungssektor gepuscht werden. Für das Landwirtschaftsabkommen ist gleichermaßen eine Ausweitung zu erwarten, und was das TRIPs Abkommen betrifft, so erwägt mensch gar die Zulassung der Patentierung tierischer und menschlicher Gene, dem vor kurzem ein entsprechend positiver Beschluss des Europäischen Patentamtes vorausging.

## »unter ferner liefen ...«

Das war natürlich noch nicht alles. Etliche »Unterbereiche« werden in dieser Verhandlungsrunde »berücksichtigt« werden, zumal mehr oder weniger direkt betroffen von der »build in agenda« sowie den »new issues«.

Da ist zum einen das Abkommen über Forstwirtschaft (ähnlich wie ITA ohne allgemeinem WTO Status), welches von KritikerInnen treffend als »Free Logging Agreement« bezeichnet wurde, also ein Abkommen zum freien Abholzen. Ähnliches gilt für ein Fischereiabkommen, wobei dieses das Leerfischen der Meere erleichtert.

Besonders heikel sind die Bereiche »Umweltschutz« und »Entwicklungspolitik«, denn gerade hier versprechen sich einige reformistisch eingestellte Nicht-Regierungsorganisationen, Bestimmungen zum Umweltschutz und zur Entwicklungspolitik einfließen lassen zu können. Damit schneiden diese sich allerdings nur selbst ins Fleisch, denn wenn erstmal über solche Dinge in der WTO verhandelt wird, dann dürfte kaum etwas anderes dabei herauskommen, als dass auch in diesen Bereichen nur noch unter gewinnbringenden Gesichtspunkten gehandelt werden kann, womit ich sogleich zur nächsten Frage überleiten kann ...

## Wie funktioniert die WTO und wer bestimmt die Regeln?

Allen Ansätzen, die davon ausgehen, die WTO sei reformierbar zum Wohlergehen von Mensch und Natur, muss entgegengehalten werden, dass die WTO eigens zu dem Zweck gegründet und in ihrer Struktur darauf ausgerichtet worden ist, eine »Liberalisierung« des Marktes voranzutreiben, im Interesse von TNCs. Vielleicht mag die folgende Karikatur dies verdeutlichen: Die WTO als ein großer Fleischwolf bei dem oben »Umweltschutz«, »Entwicklungs-« »Sozialpolitik« etc. reinkommen und am Ende Mac Donalds, Coca Cola, Nike, Schell, Siemens etc. herauskommen.

In der Tat handelt es sich bei der WTO um einen gigantischen und völlig undurchsichtigen Apparat, dessen Entscheidungsstrukturen für außenstehende nur schwerlich zu erfassen sind. Neue Vorschläge für Abkommen werden dabei zunächst in internstem Rahmen beraten, und sobald ein Konzept steht, das sich nach außen gut verkaufen lässt, so werden die Kreise Stück für Stück weitergezogen, bis irgendwann die Verhandlungen darüber soweit gediehen sind, dass das neue Vorhaben dem »General Council« (dem höchsten Gremium innerhalb dessen alle WTO-Vollmitglieder de jure gleiches Stimmrecht haben) als »take it or leave it«-Paket präsentiert werden kann.

»De jure« gleiches Stimmrecht, d.h., dass in Wirklichkeit nur wenige das Sagen haben. In informellen Treffen sprechen sich die USA und die EU mit Kanada und Japan ab – mensch spricht daher auch von dem »Quad« – was in der WTO auf die Tagesordnung gehört und was nicht.

Darüberhinaus gibt es genügend WTO-externe Gremien und Treffen, denen die meisten sgn. Entwicklungsländer nicht angehören, resp. beiwohnen, die genutzt werden, um informelle Absprachen zu treffen. Allen voran ist der Trans Atlantic Business Dialogue (TABD *) zu nennen, gleichfalls wie die WTO erst 1995 gegründet als Forum zu Verhandlungen über eine transatlantische Freihandelszone [1] aber auch die OECD (*) und das Weltwirtschaftsforum (WEF *). So hatte die OECD ihre letzte Ministerkonferenz entsprechend schwerpunktmäßig auf die Millennium Round ausgerichtet, ebenso die letzte APEC (*) Runde im September und das FTAA (*) Treffen Anfang November. Bei all solchen Veranstaltungen haben TNCs – vertreten in mächtigen Lobbyverbänden wie der Internationalen Handelskammer (ICC) – immer ein gewichtiges Wort mitzureden. Im Falle der OECD sieht das so aus, dass es vor und nach jeder Ministerkonferenz Treffen mit dem Arbeitgeberausschuss der OECD gibt, die so ablaufen, dass die Industrielobby erst ihre Vorschläge einbringt und dann überprüft, inwieweit diese realisiert wurden [2].

Auch in der EU funktioniert das ganze nicht viel anders. Vielen dürfte bekannt sein, dass das Parlament nicht viel zu sagen hat und die Macht in den Händen des Ministerrates und der Kommission liegt. Hinzu kommt, dass der European Roundtable of Industrialists (ERT), der mächtigste europäische Industrie-Lobbyverband mit Sitz in Brüssel, quasi schräg gegenüber der Kommission, maßgeblich die EU-Politik mitbestimmt. So war der ERT eigens mit dem Ziel gegründet worden, eine Einheitswährung und einen Binnenmarkt zu schaffen. Die Folge war die Einführung des Euro und die Verträge von Maastricht und Amsterdam, die aus der EU quasi eine regionale Freihandelszone gemacht haben.

## Widerstand regt sich

Mächtig aber auch wird der Protest der GegnerInnen der WTO und ihrer Millennium Round ausfallen.
Im Rahmen von »Peoples' Global Action against 'free' trade and WTO« (PGA), einem nach zapatistischem Vorbild dezentral organisiertem Basisnetzwerk, ist in Amerika eine Karawane unterwegs die kreuz und quer durch die Staaten zieht um in Form von »Teach Ins«, Straßentheater, »Reclaim the Streets« und ähnlichem auf die Gefahren von »Frei-« Handel, WTO und Globalisierung aufmerksam zu machen. Gerade AktivistInnen aus Lateinamerika nehmen am zweiten Abschnitt der Karawane teil, die als »West Coast Caravan« von San Diego an der Grenze zu Mexiko nach Seattle ziehen wird. Vielerorts gab es bereits Aktionscamps auf denen u.a. »gewaltloser Widerstand« trainiert wurde.

In den Tagen der Ministerkonferenz wird Seattle nicht nur von Wirtschaftsbossen und RegierungsvertreterInnen bevölkert sein sondern auch von tausenden von AktivistInnen aus aller Welt. NGO's haben Gegenveranstaltungen organisiert zu denen zahlreiche Promis aus ihren Reihen Reden halten werden. Andere ziehen es hingegen vor, den Protest auf die Straße zu verlagern und werden die Stadt mit einem bunten Fest beglücken.

Schließlich können diejenigen, die nicht nach Seattle gehen, ihren Protest am globalen Aktionstag am 30. November auch in ihren Regionen zum Ausdruck bringen. ●

## KONTAKTE UND INFOS

Kontaktadresse von PGA: Peoples' Global Action, c/o Canadian Union of Postal Workers (CUPW), 377 Bank Street Ottawa, Ontario, Kanada
e-mail: pga@agp.org http://www.agp.org

### Anmerkungen zum TEXT

[1] vgl.: Myriam van der Stichele, The TEP and the Millennium Round in the WTO.
http://www.millennium-round.org/somo.htm
[2] vgl.: Corporate Europe Observatory, »MAIgalomania« (Febr. 98).
http://www.xs4all.nl/~ceo/ mai/

### Materialien zum 30. November, WTO u.ä. im Internet:

### Seiten in deutsch:

Materialien zu Globalisierung und Widerstand
http://userpage.fu-berlin.de/~inter/data/datade.htm
Im Aufbau befindlich, wird aber demnächst ganz viel Infomaterial bieten.

IMUN – Initiative gegen MAI und Neoliberalismus
http://www.amos-blaetter.de/imun/index1.htm
Aus einem Studentischen MAI-AK hervorgegangene Gruppe, jetzt in verschiedenen Zusammenhängen tätig. Postadresse: c/o AStA RUB SH 012/013,
D-44780 Bochum

MAI-AK Regensburg
http://www-nw.uni-regensburg.de/~.dut10373.3.stud. uni-regensburg.de/ak_mai/aktuell.html
Postadresse: c/o AStA Uni Regensburg,
Universitätsstr. 31, D-93053 Regensburg

»Projekt Interkonti«
http://www.change.to/inter
Neue Startseite vom Projekt Interkonti (Berlin).

### International (englisch):

[1] »Grassroots« (Basisgruppen und Zusammenhänge):

»GlobAl Action«
http://flag.blackened.net/~global/ N30
Seite mit dem Aufruf in verschiedenen Übersetzungen.

»Global Trade Page of North American participants in the Peoples' Global Action (PGA)«
http://members.aol.com/ mwmorrill/pga.htm
Aktivitäten zu Seattle im Rahmen von PGA, mit links zu zwei Mailinglist-Archiven.

»Seattle Direct Action Network«
http://www.agitprop.org/ artandrevolution/wto/
Infos zu N30, WTO und lokalen Aktionen in Seattle.

No2WTO Listarchiv:
http://no2wto.listbot.com/
E-mail liste von »Grassroots« AktivistInnen gegen WTO.

June 18th International Day of Action
http://www.j18.org
Seite zum globalen Aktionstag am 18. Juni 99, siehe auch:
http://www.infoshop.org/june18.html

»Peoples' Global Action« (PGA)
http://www.agp.org
Startseite von PGA, mit Infos und Links zu vergangenen und zukünftigen Aktionen.

### Lokale N30/J18 Gruppen:

RTS New York City (USA)
http://reclaimthestreetsnyc.tao.ca/

San Francisco Anti-WTO (USA)
http://agitprop.org/artandrevolution/

RTS Toronto (Kanada)
http://rts.toronto.tao.ca/

Vancouver anti-WTO group (Kanada)
http://vga-van.tao.ca/

### Aktivitäten von NGO's u.ä.:

A SEED Europe
http://www.antenna.nl/aseed/trade/
A SEED (Action for Solidarity, Equality, Environment and Development): Europäische Sektion eines weltweiten Netzwerkes, hier gibt es u.a. das NGO-Statement gegen die Millennium Round der WTO in verschiedenen Sprachen

Friends of the Earth (FoE)
http://www.foe.org/ international/wto/
home: http://www.foe.org

Public Citizens Global Trade Watch
http://www.tradewatch.org.
In den USA wohl eine der engagiertesten Nicht-Regierungsorganisationen in der Kampagne gegen MAI/ WTO.

Seattle Citizen Committee
http://www.seattlewto.org
Einstiegsseite für die in Seattle geplanten Gegenaktivitäten.

### Infos zur WTO:

Corporate Europe Observatory spec. Issue: »The Millennium Bug«:
http://www.xs4all.nl/~ceo/observer4/
Sonderheft zur WTO im Internet.

»Road To Seattle«
www.newsbulletin.org/bulletins/getcurrentbulletin.cfm?bulletin_id=67&sid=
Umfangreicher Internet-Newsletter, erscheint ca. monatlich.

http://www.foe.org/international/wto/govt.html
Zusammenstellung der offiziellen Positionen einzelner Regierungen zur WTO (von FoE).

Global Trade Negotiations Home Page (Albert Cho, at Center for International Development, Harvard University)
http://www.cid.harvard.edu/cidtrade/
Viele Texte zu WTO und relevanten Themen, äußerlich neutral, tendiert aber zur Seite der WTO-KritikerInnen.

### »Die anderen«

World Trade Organization: http://www.wto.org
Europäische Kommission zur WTO:
http://europa.eu.int/comm/dg01/dg1newround.htm
Trans Atlantic Business Dialogue (TABD):
http://www.tabd.org

Slave New World

# Global Action Day

# Die Expo 2000 und ihre neoliberalen Visionen

**So schön grün und human hat sich der Kapitalismus noch nie selbst inszeniert, wie er es in Hannover im Jahr 2000 machen wird. Hurra, es gibt eine Lösung gegen Überbevölkerung – Gentechnik. Yeah, mit optimierten Reaktoren für saubere und sichere Energie. »Weltfrieden durch Welthandel.« Andere trendy zukunftsfähige Modelle zur Rettung der Menschheit auf der industriellen Müllkippe Erde von Siemens, DaimlerChrysler und multinationalen Konsorten inbegriffen.**

**Jürgen Pohl, Recklinghausen** ● Vom 1. Juni bis zum 31. Oktober soll die Expo2000 in Hannover stattfinden, eine Weltausstellung, die in der Tradition der vergangenen

derartigen Industrieschauen steht. Schon die erste Expo im Jahre 1851 in London stellte eine Werbeveranstaltung für den aufkeimenden industriellen Machbarkeitswahn, Technikfetischismus und eine Ideologie der Ausbeutung von Mensch und Natur dar. Die Methode, mit erlebnisparkähnlichen Propagandashows Akzeptanz und Identifikation mit der kapitalistischen Weltordnung zu schaffen, besitzt Kontinuität. Das Motto der Expo 1958 in Brüssel (deren Wahrzeichen das Atomium war) lautete etwa: »Bilanz der Welt für eine menschlichere Welt«. In die gleich Kerbe des Karitativkapitalismus schlug 1967 Montreal oder 1970 Osaka (»Mensch und Erde« bzw. »Menschlicher Fortschritt in Harmonie«). Die Expo2000 wird dieser Tradition in gigantomanischem Gestus Rechnung tragen. Auf einem 160 ha großen Areal wollen die größtenteils aus VertreterInnen der Industrie bestehenden OrganisatorInnen unter dem Motto »Mensch-Natur-Technik« eine futuristische Erlebniswelt inszenieren, welche allein ihrem Zukunftsverständnis entspricht. In sogenannten Pavillons werden sich Staaten oder Konzerne präsentieren (Bertelsmann, Megakonzern mit brauner Vergangenheit, hat bereits einen eigenen Pavillon angemeldet), in einem »Themenpark« wird die Expo GmbH in elf Bereichen den eben erwähnten Slogan mit Inhalt füllen. Diese Unterthemen, an deren Gestaltung nur finanzstarke Gruppen mitwirken – »Förderer« eines Unterthemas etwa müssen schlappe 10 Mio. DM bezahlen, um den Titel weltweit nutzen zu können und auf dem Sponsorboard der Expo erwähnt zu werden – sind z.B.: Ernährung, Zukunft der Arbeit, Umwelt, Landschaft, Klima oder Energie.

Ein Novum bei der Inszenierung der Expo2000 sind die »Weltweiten Projekte«. Dieses sind Repräsentationsobjekte der Expo in ganz Deutschland und dem Rest der Welt, welche zwar nicht von der Expo direkt initiiert sind, sich aber von der Beteiligung an der Weltausstellung einen Imagezuwachs erhoffen. Voraussetzung für die Zertifizierung als weltweites Projekt ist das Befolgen der in der Agenda 21 (Das Legitimationsinstrument und ideologische Rückendeckung der Expo schlechthin) postulierten Nachhaltigkeitsideen. So wundert es nicht, absolute Öko-Hämmer wie Transrapid-Teststrecke oder Biotechfirmen unter den Projekten zu finden...

Die Expo wird sich also als Schaufenster für beispielhaft umgesetzte Agenda-/Nachhaltigkeitsideologie darstellen. Das bedeutet die Präsentation von Lösungskonzepten für nicht weniger als »alle drängenden Probleme der Welt«, seien sie ökologischer oder sozialer Natur, wobei die hohe »Lösungskompetenz von Unternehmen« unterstrichen wird. Als drängende Probleme werden Rohstoffverknappung, Verschärfung der Umweltzerstörung, Hunger und Armut in der sogenannten dritten Welt strapaziert. Allerdings werden diese Missverhältnisse keineswegs als die Folgen jahrhundertelanger (neo)kolonialer Ausbeutung oder eines global wütenden Kapitalismus benannt, sondern in Begriffen von »Unterentwicklung« oder »Strukturschwäche« begründet. Zum kapitalen Problem schlechthin wird das Konstrukt der »Überbevölkerung« stilisiert, was Geburtenkontrolle oder den massiven Einsatz gentechnisch manipulierter Getreidearten, die mit maximiertem Ertrag die »explosionsartig steigende Weltbevölkerung« ernähren soll, legitimiert. Unter Ausblendung oder Verschleierung der wirklichen Gründe für Elend und Hunger wird Akzeptanz für menschenverachtende aber profitable Praktiken/Technologien gewonnen. Das Weltbild und die Lösungskonzepte der Expo entpolitisieren, vernebeln die Realität und genügen allein den Interessen der Industrie. Dies zeigt sich im Besonderen am vielfach propagierten »Technologie-Transfer«. Scheinbare Strukturhilfen, die die regionale Infrastruktur in Gebieten des Trikont stärken und effizienter gestalten sollen, entpuppen sich als die Zerstörung von traditio-

neller Wirtschaftsweise zugunsten importierter Technologie, woraus eine Zuspitzung der Abhängigkeit der ansässigen Ökonomie vom Weltmarktdiktat resultiert. Diese Maßnahmen finden in Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Weltmarktchancen ihre Rechtfertigung; Dass Liberalisierung und Globalisierung die noch gewissenlosere Ausbeutung (trikontinentaler) Arbeitskraft und die Zementierung der herrschenden Verhältnisse bedeuten, wird geleugnet. Von ähnlicher Substanz wie die sozialen sind auch die ökologischen Strategien der Expo. So wird zum Beispiel die Atomenergie als integrale Komponente eines zukunftsweisend umweltfreundlichen Energiemix aus Solarenergie, fossilen Brennstoffen und Atomkraft abgefeiert. Erlebnisgewichtig in Szene gesetzte Science-Fiction-Romantik a la »mit dem Fusionsreaktor fliegen wir dann ohne tanken zu müssen zu den Vulkaniern« ersetzt die Diskussion um Ausstieg, CO2-Emission oder die ökologische und militärische Bedrohung durch Kernkraft.

Die Expo ist nicht Urheber der angesprochenen Missverhältnisse und Widersprüche, sondern nur ein Spiegelbild neoliberaler Entwicklung und Ansprüche. Die Expo hat lediglich die Funktion, für diese »neue Weltordnung« zu werben, Akzeptanz zu schaffen, die Weltsicht der Mächtigen in Millionen Hirnen zu verankern – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Großkonzerne und Regierungen präsentieren uns mit immensem Aufwand einen kompletten Zukunftsentwurf, der die verschiedenen Aspekte der herrschenden Politik in Zusammenhang setzt – ein Entwurf, der sämtliche gesellschaftliche Bereiche umfasst. (aus dem Faltblatt »Expo No – denn die Welt sieht anders aus, Tipp-Ex, Ende 98)

Da in ihr damit ein Sammelsurium kapitalistischer Argumentationsweise in so komprimierter und umfassender Form zu finden ist, das dazu eine breite mediale Präsenz besitzt, ist sie ein ideales Angriffsobjekt. Eine radikale Kritik an der Expo impliziert auch immer eine Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Aufgrund ihres hohen Stellenwertes im öffentlichen Diskurs ist die Möglichkeit gegeben, zu intervenieren und nicht nur Kritik, sondern auch Zukunftsentwürfe jenseits von Industriechauvinismus und modernisierter Herrschaftssicherung nach außen zu tragen. Die Weltausstellung bietet mithin Aktionsfelder für alle emanzipatorischen Strömungen, allerdings sollten diese sich nicht auf einzelne der auf der Expo vertretenen Widersprüche fixieren, sondern den universalen Zukunftsentwurf als Sicherung der herrschenden Verhältnisse begreifen und bekämpfen. Denn punktuelle Gegenentwürfe laufen Gefahr, absorbiert und in »gereinigter«, systemkonformer Weise von der Expo zurückverscherbelt zu werden. Damit könnte der gemeinsame Kampf gegen die Weltausstellung Ausgangspunkt für eine politische Gegenkraft sein, die tragfähige lokale und regionale Strukturen etabliert und eine kontinuierliche, nicht event-orientierte (Castor, Nazi-Aufmärsche,...) Strategie entwickelt. Allerdings könnte die Vorstellung illusorisch erscheinen, Anti-Expo-Arbeit allein wird Schmieröl für eine eingerostete Bewegung oder ein politisches Allheilmittel sein. Wir wollen deshalb nicht nur gegen die EXPO, sondern gerade gegen das von der EXPO entworfene Weltbild kämpfen.●

## INFOS

**Kontakt/ReferentInnen**

Gruppe Landfriedensbruch,
Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen,
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de.
Schwerpunkt emanzipatorischer Umweltschutz vs. Expoideologie.

AntiExpo2000,
c/o Anti-Expo-AG Tübingen, c/o Infoladen,
Schellingstr. 6, D-72072 Tübingen

Innen!Stadt!Aktion!,
c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 2c,
D-30167 Hannover.
Arbeitet schwerpunktmäßig zu Innenstadtvertreibung/Repression im Zeichen der Expo.

Büro für mentale Randale,
Wickingstr. 17, D-45657 Recklinghausen,
antifa-re1@koma.free.de.
Redaktion des EXPO-Rundbrief Bestelladresse für das Expo No!-Infopaket

Anti-Expo-AG,
c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 2c,
D-30167 Hannover

mamba. (AG feministische Expo-Kritik),
c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 2c,
D-30167 Hannover

**Literatur**

Anti-Expo Reader 1&2 gegen jeweils 2 Mark
Teil 1: Infos zu Grundlagen, Strukturen und Widerstand
Teil2: Vertiefung der Themenschwerpunkte der Expo, Ideologiekritik

Expo 2000 – Sprüche und Widersprüche
Bestelladresse: BI Umweltschutz e.V.,
Umweltschutz-Zentrum Hannover, Stephanusstr. 25,
D-30449 Hannover

Agenda, Expo, Sponsoring
– Recherchen im Naturschutzfilz, IKO-Verlag, ISBN 3-88939-613-5, 39,80 Mark, zu erhalten über das Institut für Ökologie, Turmstr. 14A,
D-23843 D-Bad Oldesloe

Nachhaltige Weltbilder
– Hinter den Kullisen Nachhaltiger Enwicklung, Reader zum Kongress über Ökologie und Autonomie vom 18.-21.9.97, zu beziehen über AStA Uni Hannover

## Geplante Gegenaktivitäten

### Gegenaktivitäten zu den Eröffnungsfeierlichkeiten/Aktionswoche gegen die Expo

Eine von einem mehreren Gruppen organisierte Demo am Samstag vor der Eröffnung der Expo am 1.6.2000 soll als Auftakt für eine internationale Aktionswoche fungieren. Im Rahmen von Widerstandscamps in/bei Hannover werden Workshops zu verschiedenen die Expo betreffenden Themen und eine Reihe von Aktionen gegen das Expo-Spektakel stattfinden. Ansprechpartnerin für Demo und Camp ist die Anti-Expo-AG Hannover.

### Gegenausstellung

Diese »Expo von unten« soll die im Themenpark präsentierten Bereiche mit Entwürfen konterkarieren, die sich jenseits von Konzern- oder Regierungsvisionen bewegen. Bestehend aus Stellwänden und begleitet von einem Reader und ReferentInnen soll die Gegenausstellung einige Monate vor der Expo in mehreren Städten gastieren, um Themen wie Umweltschutz von unten, Agenda 21- und Gentechnik-Kritik, alternative Energiequellen, Leistungsgesellschaft oder Frauen zu präsentieren. Organisatorin: Anti Expo AG Tübingen

### Globale Aktionstage 30.11.99 und 1.5.2000

Etliche Anti-Expo-Zusammenhänge mobilisieren bereits für den 30.11., um am Global Action Day vielfältige Protestaktionen gegen Neoliberalismus und Expo zu veranstalten. So existiert bereits ein »Aufruf zur großen Jubeldemo« in Hannover, einer kompromisslos affirmativen Solidaritätsaktion für die Expo-Welt. Treffpunkt um 12.30 Uhr am Weißekreuzplatz.

### Innen!Stadt!Aktion!

In einer Stadt, die sich als Expo-Metropole der Weltöffentlichkeit präsentiert, haben die durch die herrschenden Verhältnisse marginalisierten Personengruppen in der Innenstadt keinen Platz. Seit länger Zeit sehen sich in der Konsum- und Repräsentationszone Hannovers unerwünschte Menschen massiven Repressionen (diskriminierende Personenkontrollen, Ausgrenzung, Vertreibung durch Sicherheitskräfte) ausgesetzt. Innenstadtaktionstage sind symbolische Rückeroberungen öffentlichen Raums z.B. durch die Besetzung der festivalisierten hannoverschen Innenstadt in Verbindung mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Während der Aktionswoche soll deshalb ein Innenstadtaktionstag mit explizitem Bezug auf die Expo stattfinden.

### Nächstes Treffen in Bielefeld

Das nächste Anti-Expo-Vernetzungstreffen wird von der AntiExpoAG Bielefeld in Zusammenarbeit mit dem BfmR ausgerichtet und findet am 12.-14.11. im AJZ Bielefeld statt. Tel: (0 52 51) 73 03 37 (Informationen bei der AntiExpoAG Bielefeld) oder (0 23 61) 1 74 83 (Büro für mentale Randale).

### Buchprojekte

Jugendbuch zur Expo: Erscheint voraussichtlich im März 2000 beim Rotbuchverlag, soll viele Comix, Illustrationen enthalten, für jüngere Leute eben. Die Zuarbeit ist hier recht wichtig. Kontakt Anti-Expo-AG Hannover

Gegenbilder zur Expo: Nach einem kurzen Intro Expo-Kritik sollen schwerpunktmäßig emanzipatorische Gegenbilder zu den Expo-Visionen vorgestellt werden. Kontakt: Jörg Bergstedt Tel: (01 71) 83 84 30; Post Projektwerkstatt, Ludwigstr.11, D-35447 Reiskirchen-Saasen.

**Materialien zu den Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit**

**Agenda, Expo Sponsoring:**
- **Band 1:** Recherchen im Naturschutzfilz
  Infos zum Filz zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat. Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen. Rechte Ökologie, Esoterik, Agenda/Nachhaltigkeit, Anbiederung, Umweltparteien und vieles mehr. 400 S., IKO. 39,80 DM.
- **Band 2:** Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz
  Kapitel zu Strukturen, Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 Seiten, IKO-Verlag. 39,80 DM.
- **CD** "Agenda, Expo, Sponsoring"
  Gescannte Dokumente, Internetauszüge und mehr zum Filz. Mit Acrobat-Reader. Für DOS, Windows, Apple, Linux und OS/2. IKO-Verlag. 49,80 DM
- **Gesamtpaket** (2 Bände plus CD):
  115 DM pro Paket.
- **Reader** zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten. A4, je ca. 70 S., je 12 DM.

**Institut für Ökologie**
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe
Tel. 04531/4512, Fax 7116

**Umweltschutz von unten ... http://www.thur.de/philo/uvu.html**

DISKUSSION

# Global Action Day

# Widerständig werden – gemeinsame Strategien entwickeln!

## Vorschlag für eine emanzipatorische Gesamtbewegung

**»Das neoliberale Gesellschaftsmodell wird vor allem in den global-ökonomischen Umstrukturierungen (MAI, WTO, EU usw.) samt ihrer Folgen und in der Werbeveranstaltung für diesen Zukunftsentwurf, der Expo 2000, deutlich. Daher sollten diese beiden Bezüge den Rahmen für eine gemeinsame emanzipatorische Bewegung sein.« (1) So beginnt ein Papier, in dem der Vorschlag für einen gemeinsamen Aktionsstrang emanzipatorischer Basisbewegungen beschrieben wird. Seit August 1999 wird in verschiedenen Zusammenhängen ausführlich diskutiert, wie »Gegenmacht von unten« organisierbar ist.**

**Jörg Bergstedt** ● Ausgegangen war die Debatte aus den Erfahrungen der Kölner Aktionen gegen den EU- und Weltwirtschaftsgipfel, insbesondere der inhaltlichen Defizite und der strategischen Fehler einschließlich alles überprägender Dominanzstrukturen sowohl in den bürgerlichen wie auch im linksradikalen Bündnis. Das dritte bundesweite Anti-Expo-Treffen beschloss dann, intensiv für den Aufbau einer gemeinsamen, breiten und widerständigen emanzipatorischen Bewegung zu kämpfen – um Gegenmacht von unten zu schaffen und um zu verhindern, selbst nur zu einer weiteren, vergänglichen Ein-Punkt-Bewegung zu werden. »Das Ziel des Widerstands ist ein selbstbestimmtes Leben, das es nur geben kann, wenn ökonomische und gesellschaftliche Selbstorganisation möglich ist und auch besteht. Eine emanzipatorische Gesellschaft ist eine von freien Menschen in freier Vereinbarung – ökonomisch wie überhaupt. Dieser Widerstand muss selbst so organisiert sein, dass Selbstbestimmung der Einzelnen und der Gruppen möglich ist. Dominanz, Hierarchie oder jeglicher Versuch, die eigenen Strategien auf andere zwangsweise zu übertragen, passen nicht zu einer emanzipatorischen Bewegung – wohl aber ein offener Streit über Strategien und Positionen, während aber Aktionen und konkrete Arbeit längst laufen.« (1)

Die ersten konkreten Ideen umfaßten eine Kombination der globalen Aktionstage gegen Neoliberalismus (die nächsten: 30.11.99 und 1.5.2000) sowie den Widerstand gegen die Expo. Im Oktober begann die Debatte, ob auch ein gemeinsamer Aktionstag gegen Krieg und die neue NATO-Ideologie zu dem Aktionsstrang gehören könnte. Dieser Aktionsstrang sollte »dem Versuch dienen, einen gemeinsamen Punkt zu finden, an dem das politische Ringen um eine emanzipatorische Alternative zum kapitalistischen bzw. in seiner ökonomischen Steigerung neoliberalen Gesellschaftsmodell entfacht und zugespitzt wird, um ein Gegengewicht zu den von Regierungen, Konzernen, Medien bis hin zu großen Teilen gesellschaftlicher Organisationen getragenen Entwürfen zu schaffen.« (1) Sehr schnell stiegen Gruppen in die Debatte ein, die gegen neoliberale Politik und weltweite Konzernvormacht kämpften. Zudem gründeten sich bereits im Oktober einige regionale Bündnisse, die den 30.11. zu einem ersten Tag machen wollen, an dem »Gegenmacht von unten« über die Grenzen einzelner Aktionsfelder hinweg spürbar wird. »Das Ziel einer emanzipatorischen Gesellschaft bildet die Klammer und wird offensiv benannt. Eines der ersten Ziele der gemeinsamen Aktionen ist, die Debatte um die Zukunft wieder zu öffnen. Der Kapitalismus und seine gesteigerte Form des Neoliberalismus dürfen nicht weiter die einzig denkbare Gesellschaftsform bleiben.« (1)

Nicht nur das Ziel, emanzipatorischen Widerstand zu organisieren, Alternativen zum Kapitalismus und zu herrschaftsorientierten Gesellschaftsmodellen zu benennen und sich einzumischen in die zentralen Debatten der Gesellschaft, prägt die Diskussion. Zudem geht es um Strategien. Emanzipatorische Ziele sollen auch innerhalb politischer Bewegung herrschen. Dominanz wird abgelehnt, Autonomie dagegen angestrebt – sowohl die Autonomie der einzelnen Gruppen und Zusammenhänge innerhalb der Bewegung wie auch die Autonomie aller gegenüber Staat, Konzernen, GeldgeberInnen und anderen Einflussgrößen. Der Aufbau politischer Gegenmacht von unten muss einhergehen mit der Emanzipation von Staat, Wirtschaft, esoterischen, rechten oder religiösen Dominanzen. Der Aufbau eigener Handlungsfähigkeit in den Basisgruppen, eigener Zentren und Freiräume, Medien und Kommunikationsformen soll Teil der Arbeit sein. Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit müssen geprägt sein von dieser Autonomie der Gruppen und Zusammenhänge. Nicht zentralistische Aktionsstrukturen sollen im Mittelpunkt stehen, sondern solche Aktionen, bei denen Vielfalt und Kreativität aktionsfähiger Gruppen neben- bis miteinander wirken. Die Debatten in den Regionen, die über den 30.11. diskutieren, gehen in diese Richtung: Latschdemos und zentralisierte Einzelevents sind out. Gefragt ist Vielfalt, bunte Aktionsstrategien, Umzüge oder Aktionstage, die sich aus vielen Elementen, Themen und Aktionsformen zusammensetzen: Groß oder klein, tags oder nachts, alt, jung, Männer, Frauen oder gemischt, öko, internationalistische, Antifa oder andere Themen, gewaltfrei oder militant – wichtig ist der Widerstand! Die politische Position aber ist klar: Eine emanzipatorische Gesellschaft, in der das Leben und Zusammenleben selbstorganisiert und frei von Herrschaft von den Menschen bestimmbar ist. In der ökonomische Zwänge, Nationen und Grenzen, Ordnung und Macht ersetzt sind durch die Selbstbestimmung der Menschen.

Es wird Zeit, dass die Ruhe in den kapitalistischen Zentren vorbei ist. Die globalen Aktionstage am 30.11. und 1.5., eventuell noch ein Anti-Kriegstag (z.B. am 24.3., dem Kriegsbeginn gegen Jugoslawien) sowie die Expo 2000 können in den nächsten 12 Monaten den Kristallisationspunkt bilden, an dem sich ein emanzipatorischer Widerstand bildet. Diese Zeit sollte dann auch genutzt werden, die weitere Entwicklung, neue politische Strategien und gemeinsame Aktionen zu planen. Der Aktionsstrang 30.11. bis Expo 2000 ist nur ein Anfang ...●

(1) Auszüge aus dem Papier »Strategievorschlag für gemeinsame, emanzipatorische Aktionen« der Gruppe Landfriedensbruch.

SUMME AKTIONSFÄHIGER BASISGRUPPEN UND PROJEKTE

# Bewegung von unten

**Dominanz widerspricht emanzipatorischen Positionen. Den Herrschaftsverhältnissen in der Gesellschaft müssen Widerstand und Alternativen entgegengesetzt werden ... und die eigenen mit Nachdruck überwunden werden! Das gilt auch für vernetzte Aktionen. Viele Beispiele der Vergangenheit waren eher schlecht: Verbände oder einzelne Gruppen haben die Aktionen zur eigenen Selbstdarstellung oder für eigene Vorteile (Image, Anbiederung an die Mächtigen usw.) ausgenutzt. Viele waren nur MitläuferInnen. Ob im Juni in Köln oder bei anderen Anlässen litten die Aktionen unter der Dominanz weniger und der Lethargie vieler.**

**Jörg Bergstedt** ● Mit dem Vorschlag für eine gemeinsame emanzipatorische Aktionsstrategie ist auch die Hoffnung verbunden, andere Formen der Zusammenarbeit und Organisation zu entwickeln. Dabei bilden handlungsfähige und selbstorganisierte (d.h. autonome, unabhängige) Gruppen und Zusammenhänge die Basis. Gemeinsame Aktionen entstehen aus deren Vorschlägen. Beschlüsse, die alle zu einer Position oder Aktion zwingen, gibt es ebensowenig wie zentrale Gremien.

Nichts ist vorhersehbar, selbst innerhalb von Aktionen kann Vielfalt herrschen (wie z.B. bei einigen Anti-Castor-Aktionen, wo direkte, militante, gewaltfreie und viele weitere Aktionsformen nebeneinander bzw. miteinander liefen).

Im konkreten kann das so aussehen (aber eben auch ganz anders!):

Statt Latschdemos gibt es bunte Umzüge mit klaren Positionen, vielen Aktionsformen vom Straßentheater über Blockaden bis zur Sabotage. Unabhängige Zeitungen, Radiosender und andere beginnen sich wieder als Teil von Bewegung zu begreifen und bringen sich mit ihren Ideen ein – mit Diskussionsbeiträgen, Aufrufen usw. Gemeinsame Kampagnen wachsen, in dem sich immer mehr Gruppen und Zusammenhänge anschließen. Zusammen werden unabhängige Kommunikations- und Solidaritätsstrukturen aufgebaut. Vorbei ist die Zeit, wo sich politische Gruppen nur unterstützt haben, wenn es dafür Kohle gab ... denn das einige wenige alles dominieren konnten, lag auch am Geld. Wenige Gruppen bekamen staatliche Zuschüsse und konnten über die Geldvergabe ihre Positionen durchdrücken. Zeitungen oder Verbände mit ihren Rundbriefen übernahmen Beilagen u.ä. nur noch gegen Geld. Das ist keine Basis für politische Bewegung.

Und in diesem Sinne ist schon der Aufruf zum 30.11. eine Frage einer neuen Bewegungsstrategie – er sollte über viele Wege verbreitet werden, ruhig auch in unterschiedlicher Form, mit unterschiedlichen Schwerpunkten usw. Noch mehr ist der 30.11. der Versuch, mit Vielfalt und offenen Aktionskonzepten Wirkung zu erzielen – ohne inhaltlich die klaren Positionen aufzugeben. Ganz im Gegenteil!●

### Offene Fragen:

Wie laufen Kommunikationsstrukturen?

Welche Rolle spielen freie Medien und Mobilisierungszeitungen als Teil von Bewegung?

Macht es einen Sinn, sich als Basisgruppen systematisch in Fragen der Selbstorganisation (Finanzierung, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung usw.) zu schulen?

Wie können Dominanzen und Ausgrenzung innerhalb und zwischen Gruppen überwunden werden, ohne neue Hierarchien (z.B. durch Moderation oder informelle Zirkel) zu schaffen?

Welche weiteren Elemente werden dem Aktionsstrang zugefügt, der zur Zeit aus den globalen Aktionstagen 30.11. und 1.5. sowie aus dem Expo-Widerstand besteht (z.B. Beispiel einen Anti-Kriegs-Aktionstag am 24.3. – ein Jahr deutscher Angriffskrieg und neue NATO-Politik)?

Welche weiteren Fragen gibt es? Wie geht es nach der Expo weiter?●

### Gruppen, Adressen, regionale Bündnisse

Die folgende Liste hat keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Wir freuen uns über weitere Hinweise – denn wir behalten uns offen, dass diese Zeitung zum 30.11. nicht unser letztes Werk war!

#### Überregionale Projekte und Diskussionen

Bewegungsmelder(in): Wir hätten nichts dagegen, wenn sich die Idee eines gemeinsamen Aktionsstranges emanzipatorischer Bewegung weiterentwickeln würde ... und dann könnte es sein, dass es den Bewegungsmelder auch zum nächsten globalen Aktionstag oder zu anderen Anlässen gibt – verteilt und gemacht aus und in verschiedenen Ecken.
**Kontakt:** Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen

Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik:
Zusammenschluss von Gruppen und Einzelpersonen, die die gesamte Richtung hinter den diversen, verwirklichten oder geplanten Freihandelsabkommen und Verhandlungsrunden (GATT, WTO, AMI usw.) bekanntmachen und angreifen wollen.
**Kontakt:** Jürgen Crummenerl, Richard-Wagner-Str. 14, D-50674 Köln,
netzwerk-gegen-neoliberalismus@gmx.net,
http://come.to/netzwerk-gegen-neoliberalismus

Ö-Punkte – emanzipatorische Öko-Zeitung:
In der seit zwei Jahren bestehenden Umweltzeitung »Ö-Punkte« hat sich eine Redaktion »Expo, Neoliberalismus, Weltwirtschaft« gegründet, die mitwirken will an den gemeinsamen Aktionen. Auch sonst ist die Zeitung gemacht aus allen Ecken der Umweltbewegung, mit Debatten, Vorstellung neuer Aktionen und Kampagnen und jeweils einem Schwerpunktthema.
**Kontakt:** Institut für Ökologie, Turmstr. 14A, D-23843 Bad Oldesloe, oe-punkte@gmx.de

Umweltschutz von unten: Strategien, Diskussionen und Projekte einer emanzipatorischen Ökologiearbeit sowie Beteiligung an emanzipatorischen Bewegungen z.B. zum globalen Aktionstag oder zur Expo 2000. Debatten und Positionen zu Ökosteuern, Tierrechten, direkter Demokratie, Militanz, Agenda 21 und mehr.
Infopaket gegen 6 DM in Briefmarken vom Institut für Ökologie (s.o.). http://www.thur.de/philo/uvu.html

Anti-Expo-Netzwerk: Aus dieser Runde, bestehend aus ca. 120 Basis-Initiativen (Stand: Oktober 1999), kam der Vorschlag für gemeinsame, emanzipatorische Aktionen. Weiterhin gibt es dabei auch die Vorbereitung auf die Expo 2000, deren Demaskierung, Widerstand sowie eigene Alternativen.
Infopaket gegen 10 DM beim Büro für mentale Randale, Wikkingstr. 17, D-45657 Recklinghausen

#### Regionale Bündnisse

Konkrete Aktionen und Vorbereitungstreffen bitte erfragen oder selbst machen!

**München:** Anti-Expo-AG, c/o Infoladen, Breisacher Str. 12, D-81667 München (geplant sind u.a. eine Innenstadtaktion und Proteste gegen das Siemens-Imperium)

**Braunschweig:** Direkte Aktionsgruppe DABS, c/o ASTA Braunschweig, Katharinenstr. 1, D-38106 Braunschweig

**Mittelhessen:** BUND-Ortsgruppe Marburg, Krummbogen 5, D-35039 Marburg (eventuell gibt es eine Reclaim-the-streets-Aktion)

**Ruhrgebiet:** Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17, D-45657 Recklinghausen

**Bodensee:** Schwarzer Kater, Postfach 1108, D-88268 Wilhelmsdorf

**Stuttgart und Umgebung:** AK Anarchie&Subkultur, c/o Infoladen, Schellingstr. 6, D-72072 Tübingen

**Berlin:** Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, D-10247 Berlin (u.a.: Spack-Parade gegen Umstrukturierung und Neoliberalismus, ab 19.30 Uhr Prenzlauer Berg bis Mitte)

**Bad Oldesloe:** JUP!, Turmstr. 14A, D-23843 Bad Oldesloe

**Regensburg:** MAI-AK, c/o ASTA Uni Regensburg, Universitätsstr. 31, D-93053 Regensburg

**Hannover:** Anti-Expo-AG, c/o ASTA Hannover, Welfengarten 1c, D-30167 Hannover

Achtung! Alles steht beim Erscheinen dieser Zeitung noch ganz am Anfang. In vielen Städten ist noch Eigeninitiative gefragt. Eine (hoffentlich) aktuelle Übersicht wird im Internet unter http://come.to/n30-de zu finden sein. Neue Aktionsideen und Kontaktadressen können dort auch bekanntgegeben werden.

VERSUCH EINER ANALYSE (TEIL 2)

# Warum stößt der Sozialstaat an seine Grenzen?

**Im ersten Teil seiner Analyse wurden von Helmut Creutz verschieden Problemfelder dargestellt, deren sich abzeichnende Entwicklungen den Sozialstaat in zunehmenden Maße gefährden.**

Von Helmut Creutz, Aachen

Rechnet man die Zinserträge der Banken, die etwa mit den Fremdkapitalkosten unserer Wirtschaft gleichzusetzen sind, in Prozente des Sozialprodukts um, ergibt sich die in der Darstellung 5 konjunkturentscheidende Zinslastquote. Da mit dem Anstieg der Zinslasten das Wirtschaftswachstum nachläßt und schließlch sogar einbricht, ergibt sich aus dieser Zinsquotenkurve eine besonders deutliche Beziehung zur Arbeitslosigkeit: Ein Jahr nach ihrem Gipfel hört – wie gut erkennbar – jeweils auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf. Zu einer Umkehr der Entwicklung, also zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit, kommt es jedoch trotz fallender Zinssätze immer zögerlicher. Ursache dafür ist, dass der Vorteil der sinkenden Zinssätze durch den ständig steigenden Verschuldungsumfang kompensiert und inzwischen sogar überkompensiert wird.

Erst wenn die stagnierenden Zinslasten nach einigen Jahren eine Erholung der Konjunktur, der Firmengewinne und schließlich auch der Massenkaufkraft bewirkt haben, führt das Fallen der Zinslastquote zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bzw. zu Wiedereinstellungen vorher entlassener Mitarbeiter. Da aber die immer höhere und auch in Krisenzeiten weiter steigende Verschuldung diese Erholung immer mehr erschwert, dauert dieser Prozeß zunehmend länger. Ganz besonders, wenn der Anstieg der absoluten Zinsbelastungen – wie 1994 – nur kurz unterbrochen wird. Da im gleichen Jahr auch die Zinslastkurve nur kurz abknickte um anschließend wieder anzusteigen, erklärt sich auch der weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1996 und 1997. Die Folgen für die Situation in Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem bezogen auf den Spielraum sozialer Maßnahmen, bedarf wohl kaum weiterer Erklärungen.

## Zwischenresummee:

Betrachtet man die beschriebenen Problemfelder im Zusammenhang, so zeichnen sich in allen Fällen Entwicklungen ab, die den Sozialstaat in zunehmendem Maße gefährden müssen. Dabei kommt es fast überall zu einer Beschleunigung der Problementwicklungen, die sich außerdem von mehreren Seiten her in ihrer Wirkung verstärken:

So verschlechtert sich die Lage der *Arbeitnehmer* z.B. nicht nur durch den Rückgang der Beschäftigtenzahlen bei einer wachsenden Zahl von Sozialleistungsempfängern, sondern auch noch durch die zunehmend längeren Laufzeiten dieser Sozialleistungen. Aufgrund des daraus resultierenden Rückgangs der Nettoeinkommen und damit der allgemeinen Massenkaufkraft ist es den Arbeitleistenden immer weniger möglich, die von ihnen produzierten Güter auch selbst zu erwerben.

Die Lage der *Unternehmer* wiederum verschlechtert sich sowohl durch den genannten Rückgang der Massenkaufkraft als auch durch die tendentiell wachsende Verschuldung. Der Versuch, die daraus resultierenden Engpässe durch Personaleinsparungen und/oder Produktivitätssteigerungen zu minimieren, ist zwar verständlich, führt aber mittelfristig nur zur Vergrößerung der Probleme. Denn die durch den Ersatz von Menschen durch Maschinen erzeugte Mehrproduktion trifft zwangsläufig – da die Maschinen ihre Produkte nicht kaufen können – auf eine zusätzlich verringerte Nachfrage.

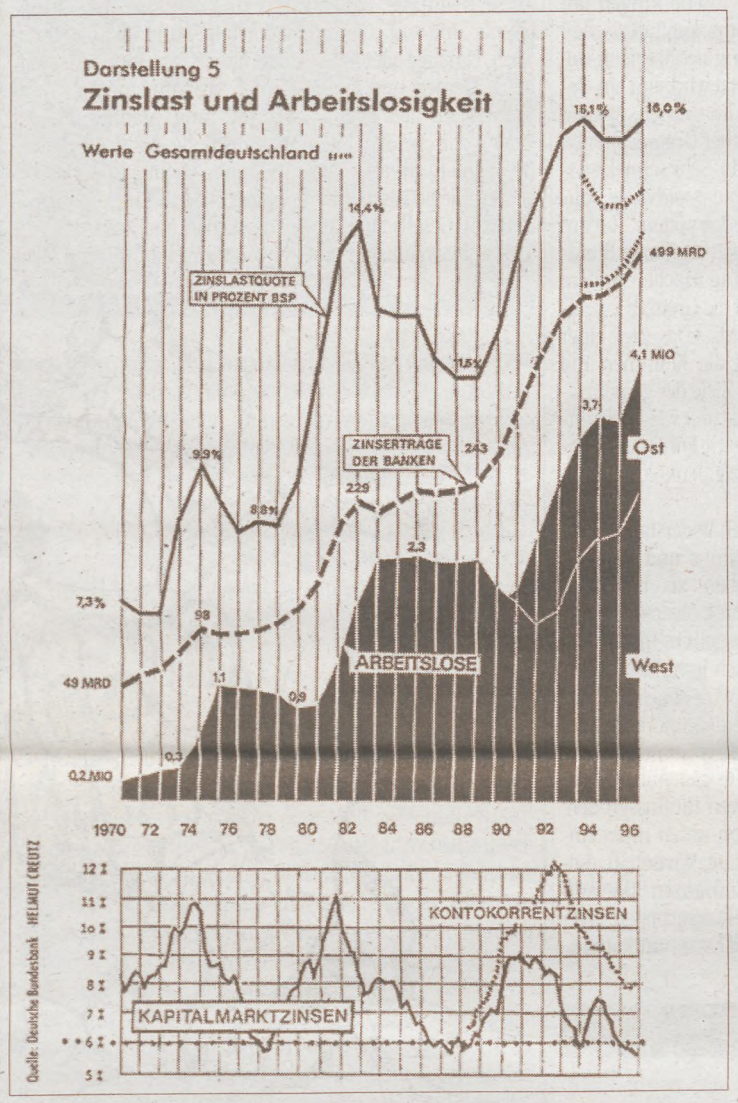
Die *öffentlichen Haushalte* schließlich werden gleich von drei Seiten in die Zange genommen: Einmal gehen als Folge von Rationalisierungen und Konjunktureinbrüchen die Steuereinnahmen zurück, zum anderen steigen die Kosten im Sozialbereich. Außerdem wird das in den letzten Jahrzehnten praktizierte Schließen der Etatlükken durch Kredite immer mehr zu einer Falle, die am Ende zu noch höheren Kürzungen der Sozialausgaben zwingt.

Alle Bemühungen, dieser Entwicklung durch Reduzierung von Investitionen und Personaleinsparungen im Öffentlichen Dienst zu begegnen, verschlimmert die prekäre Gesamtsituation. Und der Versuch, die Wirtschaft durch Investitionsbeihilfen und andere Steuergeschenke in Schwung zu bringen, hat sich angesichts der überfüllten Märkte und der rückläufigen Massenkaufkraft nicht nur als falsch erwiesen, sondern weitgehend nur den Wohlhabenderen ermöglicht, ihren Reichtum auf Kosten von Steuermitteln zu mehren.

## Was könnte man tun, z.B. im Gesundheitswesen?

Pharmaindustrie, Apotheker, Krankenhäuser und Ärzte sind aus naheliegenden Gründen an Kostensenkungen kaum interessiert, und der sich machtlos fühlende Versicherte ist bemüht, sein Geld über möglichst viele Leistungen zurückzuholen. Dass auf dieser Grundlage Reformen nur schwerlich greifen können, liegt auf der Hand. Ganz anders wäre es, wenn die Versicherten selbst an Kosteneinsparungen interessiert wären. Die inzwischen eingeführten Kostenbeteiligungen sind darum zwar ein richtiger Ansatz, gleichzeitig aber auch ein Stück Sozialabbau, weil sie die sozial Schwächsten am stärksten treffen.

Ein konstruktiver Weg wäre das bereits seit Jahrzehnten immer wieder vorgeschlagene Splitting der Versicherungsbeiträge. Dabei würde die Hälfte oder zwei Drittel der heutigen Zahlungen in den Gemeinschaftstopf fließen, der Rest auf ein persönliches Konto bei den Versicherungen. Hat sich auf diesen Konten ein bestimmtes Guthaben von beispielsweise 4.000 DM angesammelt, ist nur noch der Beitrag für den Gemeinschaftstopf zu zahlen. Nimmt der Versicherte dann Leistungen in Anspruch, werden diese zuerst von seinem persönlichen Guthaben abgebucht. Die vollen Beitragszahlungen leben anschließend wieder auf, bis zur erneuten Füllung des persönlichen Kontos. Damit wird dem Versicherten bewußt, dass er




letztlich immer sein eigenes Geld ausgibt. Er dürfte darum mit Versicherungsleistungen sorgsamer umgehen und an seiner Gesunderhaltung wie der Vermeidung unnötiger Kosten interessierter sein.

Natürlich müsste dann auch mit der heutigen Methode verdeckter Abrechnungen Schluss gemacht werden. Das heißt, Leistungen werden von den Versicherungen nur erstattet, wenn der Versicherte die Rechnung – im Klartext und mit ihren Einzelkosten ausgewiesen – gegengezeichnet hat. Allein mit dieser in allen anderen Versicherungsbereichen selbstverständlichen Verrechnungsmethode könnten zweistellige Milliardenbeträge eingespart werden, auch weil die Versicherten, durch den Rückgriff auf die persönlichen Guthaben, von augenzwinkernden Gefälligkeits-Gegenzeichnungen Abstand nehmen dürften.

## .....z.B. im Bereich der Altersrenten?

Dass die zunehmende Scherenöffnung zwischen Leistungszahlern und -empfängern entweder zu höheren Beiträgen oder sinkenden Leistungen führen muß, ist nach Adam Riese unvermeidlich, auch wenn Politiker immer wieder das Gegenteil behaupten. Ebenso ist der heute andiskutierte Umstieg von dem jetzigen Umlage- auf ein Kapitaldeckungssystem kaum möglich. Entweder müßte die heutige arbeitende Generation für beide Systeme gleichzeitig die Zahlungen leisten, oder die heutige Rentnergeneration auf Teile ihrer Ansprüche verzichten. Dieses Problem läßt sich auch bei einem schleichenden Übergang kaum lösen, es sei denn, dass der Staat die Fehlbeträge mit Steuermitteln schließt. Angesichts der eigenen Haushaltslücken dürfte das aber ebenfalls kaum finanzierbar sein.

Im übrigen ist das derzeit so viel gelobte Kapitaldeckungsverfahren, bei der jeder Versicherte seine Rücklagen für das Alter selbst anspart, mit etlichen Fragezeichen zu versehen. Das betrifft nicht nur die Erfahrung von zwei Generationen in diesem Jahrhundert, deren Ansprüche an solche Versicherungsarten nach den staatlichen Währungsruinierungen nur noch Makulatur waren. Das betrifft auch die mit dieser Alterssicherung versprochenen Vorteile höherer Renten. Zweifellos sind aufgrund der zinsbedingten Zuwächse der Ansparungsbeträge die späteren Rentenzahlungen höher als jene aus dem Umlageverfahren. Zu berücksichtigen ist jedoch, wie diese zinsbedingten Zuwächse zustandekommen.

Geht man dieser Frage nach, dann vergrößern diese zusätzlichen Rücklagen zuerst einmal die Ersparnismasse, die über Kredite wieder in die Wirtschaft zurückgeführt werden muß. Denn während bei dem Umlageverfahren die von den Beitragszahlern abgetretene Kaufkraft direkt wieder in den Kreislauf gelangt, macht sie beim Kapitaldeckungsverfahren immer den Umweg über zusätzliche und zu verzinsende Schulden. Die sich daraus ergebende Mehrbelastung an Zinsen wird jedoch in jeder Volkswirtschaft letztlich immer auf die Endverbraucher überwälzt. Das heißt, die um die Guthabenzinsen erhöhten Rentenbeträge müssen von den Versicherten selbst erarbeitet werden, sodass die Vorteile dieser Alterssicherung in Wirklichkeit eine Illusion sind.Man kann es also drehen und wenden wie man will: Die Renten mögen zwar sicher sein wie Bonn ständig wiederholt, aber ihre Absenkung auf die sich verändernden Relationen zwischen Beitragseinzahlern und Rentenberechtigten ist so oder so unvermeidlich.

## .....und bei der Arbeislosigkeit?

Vollbeschäftigung ist immer erreichbar, wenn man das vorhandene Volumen an (sinnvoller!) Arbeit und die damit verbundenen Einkommen flexibel unter alle Arbeitswilligen aufteilt. Arbeitslosigkeit wird es immer geben, wenn man auf einen Rückgang des Arbeitsvolumens mit Reduzierung der Arbeitskräfte statt der Arbeitszeiten reagiert. Dass man dabei den Lohn der weiterhin Beschäftigten um jene Teile kürzen muss, die zum Unterhalt der Ausgegrenzten benötigt werden, ist letzlich unvermeidlich. Der erste Weg über die Reduzierung der Arbeitskräfte ist also der schlechtere. Er nimmt den weiterhin Beschäftigten nicht nur einen Teil des Lohnes, sondern auch jener Freizeit weg, über den die Entlassenen in einem oft schädlichen Überfluss verfügen. Hätten also die Gewerkschaften ihre mutige Arbeitszeitpolitik der ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte auch über 1970 hinaus weiter fortgesetzt, durch die im Jahresdurchschnitt die Wochenarbeitszeit um 25 Minuten verkürzt wurden, würden wir heute, bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von etwa 28 bis 30 Stunden, keine so hohe Sockelarbeitslosigkeit haben.

Was jedoch auch mit einer kontinuierlichen Arbeitszeitverkürzung nicht vermeidbar gewesen wäre, sind die schubartigen Anstiege der Arbeitslosigkeit, die – wie aus der Darstellung 5 zu entnehmen – jeder Hochzinsphase nachfolgen. Diese Anstiege in Millionenhöhe und die damit zusammenhängenden Konjunktureinbrüche wären nur vermeidbar, wenn die sich wiederholenden Zinsanstiege unterbunden werden könnten. Das wiederum wäre nur möglich, wenn die Bundesbank die Inflationsschübe verhindern könnte, die jedesmal die Zinsen so problematisch in die Höhe treiben. Kurz: Wenn die Bundesbank die Geldmenge endlich in den Griff bekommen würde, was nur mit einer Umlaufsicherung für das Geld erreichbar ist.

»Will demokratische Politik überhaupt noch steuernd eingreifen, dann muss sie bei der Einsicht ansetzen, dass immer mehr Bürger erkennen, dass uns keine andere Wahl mehr bleibt, als unser politisches Denken und Handeln radikal zu verändern ... Und – nicht zuletzt – mehren sich die Anzeichen, dass wir über unser Geld- und Zinssystem neachdenken müssen, weil dessen 'Reziprozitätsdefizite' und exponentiell symmetriezerstörende Wirkung immer offenbarer wird.«●

Dr. Jürgen Borchert
Sozialstaat unter Druck: Überalterung – Umweltprobleme – Staatsverschuldung, in: Zeitschrift für Sozialreform Nr. 1/1994, S. 23.

Was ebenfalls ohne Geldordnungskorrektur nicht vermieden werden kann, ist – auch bei optimaler Arbeits- und Lohnverteilung – der ständige anfangs relative und schließlich absolute Rückgang der gesamten Arbeitseinkommen. Denn dieser Rückgang ist unvermeidlich, so lange die Wirtschaftsleistung mit dem Anstiegstempo der Geldvermögen und Schulden nicht mithalten kann, wie bei uns seit längerem der Fall. Erst wenn dieses Überwachstum der monetären Größen und damit die zunehmende Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit überwunden ist, sind auch Produktivitätssteigerungen für die arbeitenden Menschen keine Bedrohung mehr, selbst wenn sie mit Kürzungen der Arbeitszeit und -einkommen verbunden sind. Denn wenn Rationalisierungsinvestitionen nicht mehr mit hohen Zinsen bedient werden müssen, werden die daraus resultierenden Arbeitszeit- und -einkommenskürzungen durch Zinskosteneinsparungen und Preissenkungen weitgehend ausgeglichen.

## Ist der Sozialstaat also am Ende?

Unter den beschriebenen Gegebenheiten unserer kapitalistischen Marktwirtschaften, in denen die Umverteilungen von der Arbeit zum Besitz ständig zunehmen, ist der Sozialstaat in seiner historisch gewachsenen Form und Größenordnung zweifellos nicht mehr aufrecht zu erhalten. Außerdem schränken die wachsenden Engpässe in den öffentlichen Haushalten den verbleibenden Handlungsspielraum immer mehr ein, nicht zuletzt bedingt durch die steigende Staatsverschuldung. Darüber hinaus zwingt uns der Rückgang der Leistungserbringer gemessen an der Zahl der Leistungsbezieher, im sozialen Bereich von vielen Großzügigkeiten Abschied zu nehmen, die in der Vergangenheit möglich waren.

Zur Sanierung des heute noch vorhandenen Sozialstaats ist zuerst einmal eine radikale Reform des Steuerwesens erforderlich, mit der sämtliche Einkommen auf gerechte Weise an den Kosten des Staates wie der Sozialmaßnahmen beteiligt werden. Dazu gehört auch der weitgehende Abbau aller Subventionen und Abschreibungsmöglichkeiten, da diese immer nur durch Höherbelastungen der Steuerzahlermehrheit ausgeglichen werden können. Doch selbst ein Mehr an Steuergerechtigkeit kann den Sozialstaat letztlich nicht retten, wenn die Fehlstrukturen unseres monetären Systems bestehen bleiben. Denn die heutige Gefährdung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft ist weniger die Folge überzogener Ansprüche der Bürger an den Sozialstaat, als die der ständig zunehmenden Ansprüche des Kapitals an das Sozialprodukt.

Auf ihrem heutigen Stand könnten diese Ansprüche des Kapitals und damit die Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit nur gehalten werden, wenn es möglich wäre, die Wachstumsraten der Wirtschaft jenen der Geldvermögen bzw. den Zinssätzen anzupassen. Da dies aber nicht nur aus Umweltgründen immer unmöglicher wird, kann nur der umgekehrte Weg, nämlich die Absenkung der Zinssätze und damit des Wachstums der Geldvermögen und Schulden auf die gegebenen Wachstumsraten des Sozialprodukts, den status quo erhalten. Und schon gar nicht dürfte es zu einem erneuten Anstieg der Zinssätze kommen. Denn die nächste Hochzinsphase dürfte einem Keulenschlag für die Wirtschaft nahekommen, von der es eine Erholung nur noch schwerlich geben wird!

Aus allen diesen Gründen wäre auch ein 'Bündnis für Arbeit' nur dann erfolgreich, wenn nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch das Kapital – und hier vor allem das Geldkapital – auf Einkommenszuwächse verzichten bzw. diese zumindest an den Anstieg des Sozialprodukts binden würde. Ohne diese Anpassung aller Ansprüche an die Wirtschaftsleistung, werden wir die hier aufgezeigten und weiter zunehmenden Problementwicklungen nicht in den Griff bekommen können. Den heute bereits diskutierten Nullrunden für Renten und Löhne müssen dann – trotz weiterem Wirtschaftswachstum – auch bei uns bald Minusrunden folgen, nicht anders als bereits in vielen anderen Staaten dieser Welt.

## Endresummee:

Wenn wir unseren Sozialstaat sanieren und verhindern wollen, dass er der Deregulierung und Globalisierung der Wirtschaft zum Opfer fällt, kommen wir um eine Befassung mit der Geldordnung und ihrer Fehlstrukturen nicht herum. Ohne deren Korrektur muß die soziale Polarisierung von Armut und Reichtum weiter zunehmen und damit den finanziellen Spielraum weiter einengen, der für einen Sozialstaat unverzichtbar ist.

Wollen wir die sich abzeichnenden Gefahren verringern oder sogar abbauen, bedarf es also mehr als jener ständigen Flickschustereien, mit denen uns die Politiker aller Coleur zu beruhigen suchen. Denn dieses Kurieren an den Symptomen ist nicht nur häufig kontraproduktiv, es höhlt letztlich zunehmend auch die Selbstverantwortung der Menschen aus. Dringend notwendig ist darum eine Krisenanalyse, die den Zusammenhängen bis auf die Ebene der auslösenden Ursachen nachgeht und dafür sorgt, dass durch eine gerechtere Verteilung der Leistungsergebnisse von vornherein die Zunahme der sozialen Unsicherheiten verhindert werden. Im Rahmen dieser Ordnungskorrekturen könnte dann die notwendige soziale Sicherung neu formuliert werden, verbunden mit jener Eigenverantwortung, die mündigen Bürgern zusteht. Nur damit dürften auf Dauer auch jene Entwicklungen abzuwenden sein, die mit dem Eingangszitat aus dem Jahre 1929 zwangsläufig verbunden werden müssen.●

**Zur Vertiefung des Themas: Helmut Creutz:** »Das Geldsyndrom«, Ullstein, 4. aktualisierte Taschenbuchausgabe.

BERLIN: ERSTES HEARING ZUR VORBEREITUNG EINES INTERNATIONALEN TRIBUNALS

# »Der Krieg gegen Jugoslawien war Vorbote für weitere Waffengänge«

**Über 650 Teilnehmer aus der Friedens- und Menschenrechtsbewegung kamen am 30. Oktober in Berlin zu einem ersten Hearing zusammen. Das Hearing diente einer ersten Bestandaufnahme und der Vorbereitung der Anklage. Im Mai 2000 soll es eine Tribunalveranstaltung geben, auf der über weitere Ermittlungen zur Anklage, gegebenenfalls bereits über die Anklage verhandelt werde.**

**Redaktion Heidelberg** ● Unter dem gemeinsamen Vorsitz von *Prof. Dr. Wolfgang Richter*, dem Vorsitzenden der »Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenwürde e.V.« (GBM) und *Laura von Wimmersperg*, der Koordinatorin der Friedenskoordination (FriKo) Berlin, erhielt das Hearing besonderes Gewicht durch die Teilnahme von AktivistInnen aus Bulgarien, Frankreich, den Niederlanden, Österreich, Polen, Russland, der USA, der Schweiz, Spanien, und Jugoslawien.

»Ziel unserer Arbeit ist es, der historischen Wahrheit gerecht zu werden«, erklärte zum Auftakt der französische Rechtsanwalt *Pierre Kaldor*. Man stehe in der Verantwortung der gesamten Weltöffentlichkeit, die zu großen Teilen der elfwöchigen Aggression gegen das Balkanland ablehnend gegenüberstand. Sieben Stunden lang referierten gut ein Dutzend Gäste aus dem In- und Ausland über die Schäden des NATO-Krieges in Jugoslawien, die neue Strategie der westlichen Militärorganisation, die völkerrechtlichen Konsequenzen des Waffengangs sowie die Rolle der Medien.

»Man dürfe sich nicht der Illusion hingeben, Deutschland und die NATO seien in den Krieg hineingeschlittert«, wies *Tobias Pflüger* eine Lieblingsargumentation derjenigen Bündnisgrünen zurück, die nur mit Bauchschmerzen dem Kurs der rot-grünen Regierung zustimmten. Der Tübinger Politikwissenschaftler und Leiter der Informationsstelle Militarisierung führte aus, dass »die Entscheidung zum Krieg lange vor Rambouillet getroffen war«. Spätestens im Oktober 1998 waren die Weichen dafür gestellt, Rot-Grün stehe in voller Verantwortung für die Aggression. Zwar hätten vor allem die USA den Kurs der NATO bestimmt, doch auch »die Bundesregierung wollte diesen Krieg, und sie hat ihn aktiv betrieben«. Die Ironie der Geschichte sei es, dass es grüne Politik ist, die die Bundeswehr am Ende des Jahrtausends wieder kriegsführungsfähig gemacht hat. »Und es ist Deutschland, das die Militarisierung der Europäischen Union vorantreibt.«

Durch den Jugoslawien-Krieg sei der Interventionismus gestärkt worden. Die NATO habe sich selbst mandatiert, und genau dies sei auch für künftige Auseinandersetzungen zu befürchten. Planwidrig hätten die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Gründung des Nordatlantischen Bündnisses im April dieses Jahres in Washington »mitten im Krieg« stattfinden müssen, erklärte Pflüger. Die Strategen in Brüssel waren ursprünglich von einer allenfalls dreitägigen Kriegsdauer und einem Einknicken Belgrads ausgegangen. Doch auch wenn Selters statt Sekt zum Jubiläum gereicht werden musste, »der Krieg und die neue Strategie stellt einen Paradigmenwechsel des Bündnisses dar«, so Pflüger.

Die NATO-Armeen würden systematisch zu kleineren, aggressiven Kampfeinheiten umgebildet. Diese Umstrukturierung sei auch Kern der Krisenreaktionskräfte der »neuen Bundeswehr«. So werde unter Rot-Grün die deutsche Armee zwar quantitativ abgerüstet, qualitativ stelle die Entwicklung allerdings eine Aufrüstung dar. »Der Krieg gegen Jugoslawien war Vorbote für neue folgende Waffengänge. Wir müssen darum kämpfen, dass es in der Bevölkerung keine Mehrheit dafür gibt«, erklärte Pflüger unter großem Beifall des Publikums.

»Wie wurde der Krieg geführt?« fragte Ex-Admiral *Elmar Schmähling*. Dies sei die »Kernfrage«, die die Militärgruppe des Tribunals in den folgenden Wochen zu beantworten habe. Jenseits einer allgemeinen Kriegsgegnerschaft müsse daher untersucht werden, ob seitens der NATO die »Regeln des Krieges« eingehalten wurden. Das NATO-Tribunal habe den Nachweis zu führen, dass mit den Angriffen das humanitäre Völkerrecht verletzt wurde. Seine bisherige Arbeit habe ergeben, dass die NATO bei ihren Angriffen auf zivile Ziele »mit Vorsatz und erheblicher krimineller Energie« gehandelt habe. Zivile Ziele seien von der NATO als »legitim« ausgegeben worden. Doch diese Kategorie gebe es im Völkerrecht nicht, so Schmähling. »Entweder ist ein Angriff legal, oder er ist es nicht.« Die NATO habe »gelogen und betrogen, um zivile Objekte in militärische umzudefinieren«, das Vorgehen und die Argumentation des westlichen Kriegsbündnisses sei schlicht und einfach »pervers«. Die Zerstörung ziviler Objekte sei kein »Kollateralschaden«, wie NATO-Kriegskommentator Jamie Shea tagein, tagaus in Brüssel erklärte. Wenn »erlaubte Kollateralschäden« zu groß sind, verbieten es die Normen der Kriegsführung, einen solchen Angriff durchzuführen. Zu solchen verbotenen Angriffspunkten zählten auch »unklare Ziele«, die von den Piloten in großer Höhe nicht eindeutig identifiziert werden könnten. »Im Zweifelsfall muss die Entscheidung für die zu schützende Zivilbevölkerung ausfallen«, führte Schmähling aus. Die »versehentliche« Bombardierung eines Flüchtlingskonvois sei daher per Definition ein »Kriegsverbrechen«. Zu diesen Verbrechen zähle auch der Einsatz verbotener Waffen wie mit abgereichertem Uran versehene Munition sowie Kassetten- und Splitterbomben. »Diesen ungeheuren Skandal gilt es zu ahnden.«

»Noch immer kann von Jugoslawien keine Gesamtschadensbilanz vorgelegt werden«, erklärte Professor *Dr. Miodrag Zecevic*. Der Vorsitzende der antifaschistischen Veteranenorganisation war aus Belgrad angereist, um dem Hearing über den »Krieg nach dem Krieg« zu berichten. Der Bombenkrieg selbst habe 2.000 zivile Tote gefordert, 30 Prozent davon seien Kinder. 10.000 Menschen seien verletzt worden, 40 Prozent davon ebenfalls Kinder. 300.000 Kinder seien zudem schwer traumatisiert. Diese »Spätfolgen« seien weitaus größer, als man in Jugoslawien erwartet habe. Zweieinhalb Millionen Menschen sind durch die Zerstörung der jugoslawischen Industrie in ihren Arbeitsmöglichkeiten beschränkt, 600.000 arbeitslos. Hinzu kämen 200.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo, die es zu versorgen gelte. Die Instandsetzung der Industrie sei ein langwieriger Prozess und bedürfe der Unterstützung von außen. Nach Meinung Prof. Zecevic könnten sich die ökonomischen Sanktionen, die bereits seit acht Jahren andauern, in diesem Winter in Jugoslawien als »Genozid« auswirken, warnte er angesichts der bevorstehenden Kältemonate. Um so wichtiger seien die Zusammenkunft in Berlin und das Vorhaben eines internationalen Tribunals. »Die progressiven Kräfte in der Welt stellen sich hier der brutalen Machtpolitik einiger weniger entgegen.« Für die Menschen in Jugoslawien sei es wichtig zu sehen, dass sie nicht alleine stünden.

Als offizieller Gesandter der Duma war *Gennadi Iwanowitsch Raikow* zur Tribunal-Anhörung nach Berlin gekommen, wo er einen Bericht über die Ergebnisse der interfraktionellen Kommission des russischen Parlaments über den »Überfall auf Jugoslawien 1999« vorlegte.

Hart ins Gericht mit den Medien ging der Hannoveraner Journalist *Eckart Spoo*. »Krieg führen und Menschen töten um der Menschenrechte willen«, wie Rot-Grün argumentiert habe, das sei schon eine »Zumutung für den Intellekt« gewesen. Die Bevölkerung sei monatelang vor dem Krieg desinformiert worden, ansonsten wäre er wohl nicht führbar gewesen. Dennoch habe es die Regierung Schröder nicht gewagt, von Krieg zu sprechen. »Die Masse der Medien hat die Lügenpropaganda der NATO kritiklos übernommen. Das ist eine Schande«, so Spoo.

Eine besondere, über Europa hinausreichende Dimension, bekam das Treffen durch die Teilnahme des ehemaligen US-Justizminister *Ramsey Clark* und eine Delegation des *International Action Center* aus New York, das ebenfalls ein Internationales Tribunal über NATO-Kriegsverbrechen organisiert.

Die NATO muss aufgelöst werden, erklärte Ramsey Clark. Es gebe keine Reformmöglichkeit für das westliche Militärbündnis. Seine Auflösung sei auf die Agenda der Friedenspolitik zu setzen. Die USA hätten im NATO-Krieg gegen Jugoslawien demonstriert, dass sie Technologien entwickelt hätten, die es ermöglichen, ein Land lahmzulegen – bei minimalster Gefahr eigener Verluste und ohne selbst am Boden intervenieren zu müssen. »Kein Land der Welt ist sicher vor dieser Technologie«, warnte Clark vor der wachsenden Kriegsgefahr. Die »terroristischen Effekte« dieser Kriegsführung seien ohnegleichen. Immerhin sind 90 Prozent der Einsätze gegen Jugoslawien von den USA geflogen worden. Daher konzentriere sich seine Anklageschrift auf die US-Regierung und führende Militärs wie den US-General und scheidenden NATO-Oberkommandierenden Wesley Clark.

Ziel des NATO-Krieges war Ramsey Clark zufolge die Lahmlegung der Ökonomie und des sozialen Lebens in Jugoslawien. Doch trotz der ungeheuren Zerstörungskraft des westlichen Kriegsbündnisses seien die Auswirkungen der wirtschaftlichen Aggression, sprich: der Sanktionen, weitaus stärker. Die Kosten der Wirtschaftsblockade hätten die Zivilbevölkerung zu tragen. Sanktionen seien daher als Kriegsverbrechen zu ahnden. Folgenschwer sei es, dass die NATO »die Idee von Jugoslawien« zerstört habe. »Der Balkan wurde in einem Maße balkanisiert, wie das niemand vorher vermutet hätte.« Die Segregation setze sich fort, die gesamte Region werde in Spannung gehalten, so Ramsey Clark, damit die NATO auf dem Balkan präsent bleiben könne. Nicht zuletzt gehe es darum, einen erneuten Zusammenschluss von Balkanstaaten und eine mögliche Emanzipation von der westlichen Hegemonie zu verhindern. »Wenn wir wirklich Frieden in Südosteuropa haben wollen, müssen wir kämpfen, bis die NATO abgeschafft ist«, forderte Clark unter Beifall der Anwesenden.

Alle Redner stimmten darin überein, dass dieser Krieg ein vorsätzlicher Angriffskrieg war und eine massive Verletzung internationalen Rechts darstellt. Alle sprachen über die erschreckenden Folgen für das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben Jugoslawiens. Die Teilnehmer waren sich einig, dass der Widerstand verstärkt fortgesetzt werden muss. Sara Flounders vom International Action Center New York erhielt lebhaften Beifall, als sie feststellte: »Dieses Treffen ist der Beweis, dass nicht allein die Sieger dieses Krieges seine Geschichte schreiben werden.« ●

**Kontakt:**
Europäisches Komitee zur Vorbereitung eines internationalen Tribunals über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. GBM, Weitlingstr. 89, D-10217 Berlin
Email: gbmev@t-online.de
Tel.: (0 30) 557 83 97, Fax: 555 63 55

NATO-ANGRIFFSKRIEG:

# Die moralische Rechtfertigung bröckelt

**Robin Cook, der britische Außenminister, gerät auch aus den Reihen der eigenen Labour-Party unter zunehmenden Druck. Ihm wird vorgeworfen, die Öffentlichkeit mit seinen Behauptungen vom serbischen Genozid an Kosovo-Albanern wissentlich belogen zu haben, um so die öffentliche Meinung für den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu gewinnen. Mitglieder des parlamentarischen All-Parteienausschusses in Westminster wollen nach einem Bericht der Sunday Times vom 31.10. vom britischen Außenministerium Antwort auf die Frage, warum die Zahl der tatsächlich gefundenen toten Kosovo-Albaner nur einen kleinen Bruchteil der vom Foreign Office vor und während des Krieges verbreiteten Zahlen ausmacht.**

**Von Rainer Rupp (AIK)** ● Auch in England hat die Analyse des amerikanischen *Stratfor Intelligence Center* Aufmerksamkeit erregt. Das Stratfor-Papier wurde in deutscher Übersetzung am 28. und 29. Okt. in der Tageszeitung »junge Welt« veröffentlicht. Hier sei kurz daran erinnert, daß die im Kosovo eingesetzten gerichtsmedizinischen Teams – u.a. auch das FBI – gegenüber Stratfor bestätigt hatten, dass in den vielen leer vorgefundenen angeblichen Massengräbern niemals Leichen gelegen hatten. In anderen, groß angekündigten »Massengräbern« seien nur wenige Tote gefunden worden. Auch liege die Zahl der tatsächlich gefundenen Toten um etliche Größenordnungen unter den von der NATO propagierten Zahlen. (»Hunderte, nicht Tausende«)

In der alt-ehrwürdigen Sunday Times of London setzte sich Jon Swain und Nicholas Rufford letztes Wochenende mit der Stratfor-Analyse und weiteren Berichten, die Stratfor untermauern, in zwei längeren Artikeln auseinander. Da Swain während des Krieges selbst zu dessen eifrigen Befürwortern gehört hatte, vollführt er nun einen wahren Eiertanz. Einerseits stellt Swain die Ergebnisse von Stratfor nicht in Zweifel. Andererseits versuchte er verzweifelt, den NATO-Bombenterror gegen jugoslawische Zivilisten doch noch zu rechtfertigen.

In diesem Zusammenhang sind die mittlerweile europaweit verbreiteten Kommentare von Emilio Perez Pujol, Pathologe und Leiter des spanischen gerichtsmedizinischen Teams im Kosovo, aus seinem Interview mit der spanischen Tageszeitung »El Pais« besonders interessant. Senor Emilio Pujol ist kürzlich aus dem Kosovo nach Spanien zurückgekehrt, anscheinend total desillusioniert, was seinen Arbeitsauftrag betrifft. Er schätzt, daß im Kosovo nicht mehr als 2.500 Zivilisten während des gesamten Krieges umgekommen sind, und daß diese Zahl »viele Todesfälle enthält, für die niemand persönlich schuldig gemacht werden kann«, also Resultat des Krieges sind.

In seinem freimütigen Interview beschwerte sich Pujol über den Einsatz seines Teams von Gerichtsmedizinern und Polizeiexperten im nördlichen Kosovo. Es dauerte nämlich nicht lange, bis er erkannte, daß das, was der Öffentlichkeit als »Suche nach Massengräbern« verkauft wurde, in Wirklichkeit nichts anderes war als »eine semantische Pirouette der Propagandamaschinen des Krieges«. »Wir haben kein – nicht ein einziges –Massengrab gefunden«, erregte sich Senor Pujol, der darauf vorbereitet worden war, mindestens 2.000 Leichen zu exhumieren. Er hatte damit gerechnet, dafür etwa zweieinhalb Monate zu brauchen. Aber Mitte September, nachdem er an einem Ort 97 Leichen ausgegraben hatte, die keinerlei Zeichen von Verstümmelungen oder von Folterung zeigten, sondern deren Tod durch Granat- und Bombensplitter oder Gewehrkugeln verursacht worden war, fuhr er nach Hause.

»Ich rief meine Leute zusammen und sagte: Wir sind hier fertig. Ich informierte meine Regierung und erklärte ihnen die tatsächliche Situation. Wir hatten insgesamt 187 Leichen gefunden, davon 97 in an einem Platz, acht an einem anderen, vier weitere wieder woanders und so weiter. Vier oder fünf waren an natürlichen Ursachen gestorben.« Er fügte hinzu: »Militärische Aktionen verfärben die Wahrheit und – ich möchte betonen, daß es niemanden wirklich hilft, ein internationales Gericht zu manipulieren«.

Die eigenen Nachforschungen der Sunday Times Reporter scheinen dieses eher ernüchternde Bild zu bestätigen. So berichtet Mr. Rufford z.B., daß das britische gerichtsmedizinische Team die bisher meisten Tote gefunden habe. Insgesamt nur 505 Leichen in einer Gegend, wo angeblich die »schlimmsten Massenmorde passiert sein sollen.« Wieviele absichtlich getötet worden sind, und wie viele Opfer des Krieges, auch der NATO-Bomben sind, bleibt leider offen. Sicherlich mit Absicht. Denn so fällt es Apologethen wie Swain leichter, auf den Greuelgeschichten zu beharren, die von den Flüchtlingen »so anschaulich« erzählt worden seien. Deren Zeugenaussagen scheinen »eindrücklicher« als alle Angaben über tatsächlich gefundene oder nicht gefundene Leichen zu sein. Daraus schließt Mr. Swain, daß die serbischen Sicherheitskräfte trotzdem »Greueltaten in einer Größenordnung verübt hätten, die nur durch einen militärischen Eingriff hätten gestoppt werden können.«

Die »Qualität und die Art und Weise der serbischen Angriffe« sei wichtiger (für den NATO-Krieg) gewesen, als die Zahl der Toten, meint Mr. Swain. Davon dürften auch die »Revisionisten« unter den Leichenzählern nicht ablenken, die niedrigere Zahlen miteinander vergleichen. Das sollte wohl ein Seitenhieb gegen das Stratfor-Papier sein, für das die Frage nach der Anzahl der Toten von zentraler Bedeutung ist. Denn – so Stratfor – es gäbe schon einen qualitativen Unterschied zwischen Hunderten von Toten, die im Rahmen einer Repressionsmaßnahme (zur Terroristenbekämpfung) sterben und einem genozidartigen tausendfachen Massenmord.

»Schade« sei es nur, so Swain in einer Meisterleitung der Apologethik, daß die NATO und westliche Politiker »mit ihren leidenschaftlichen Rechtfertigungen für den Krieg gegen Serbien zu Beendigung der Greueltaten etwas zu weit gegangen sind«. Um von seinen eigenen Fehlern und seinem Mangel an kritischer Neugier als Journalist abzulenken, beklagt er die »Hyperbole«, die maßlosen Übertreibungen der NATO in ihrer Kosovo-Berichterstattung. Besonders sei da die Tendenz gewesen, von »einem systematischen Genozid Im Kosovo zu sprechen.« Swain stellt statt dessen fest: »Es gab aber keinen Genozid im Kosovo. Es war unehrlich und falsch von den westlichen Politikern, diesen Begriff zur Untermauerung der moralischen Autorität ihres Unternehmens zu benutzen.« Dies habe »den Ruf der NATO, für Wahrheit und Gerechtigkeit zu stehen, beschädigt«.

*Alice Mahon*, linke britische Labour-Abgeordnete in Westminster und Vorsitzende des All-Parteienausschusses für den Balkan wird als ausgesprochene Kritikerin des NATO-Krieges sicherlich weniger behutsam mit den Kriegsverbrechern in der NATO und ihrer Regierung umgehen. Sie hatte bereits während des Krieges Belgrad besucht und letzten Samstag sagte sie, daß die zivilen Toten im Kosovo zwar eine Tragödie darstellten, aber keineswegs den NATO-Angriff rechtfertigen könnten. »Wenn man bedenkt, daß 1.500 Zivilisten durch NATO-Bomben getötet worden sind, dann muß man sich fragen, ob die Intervention gerechtfertigt war.« Es wird Zeit, daß auch in Deutschland dem Kriegstagebuchschreiber Scharping und dem Greuelpropagandisten Fischer und ihren Mittätern jemand kritische Fragen stellt. ●

Aus: Anti-Imperialistische Online-Korrespondenz, 3.11.99

COOP SCHLESWIG-HOLSTEIN E.V., KIEL

# Vom Mitgliedergeschäft zur anonymen Supermarktkette

## – Konsumgenossenschaft im Wandel

**Vom Konsum zum Konzern: Die coop Schleswig-Holstein eG (Kiel) blickt am 26. Oktober auf ihre 100-jährige Geschichte zurück. Von 1899 bis 1999 hat sich das Unternehmen vom »Allgemeinen Konsumverein für Kiel und Umgebung e.G.m.b.H.« zu einem modernen Einzelhandels-Konzern, dem größten Lebensmittelhändler nördlich der Elbe, entwickelt und ist immer noch eine Genossenschaft.**

**Rainer Langholz, Red. Genossenschaften** ● Bereits 1861 und 1875 hatte es in Kiel Versuche gegeben, den privaten Konsum auf den Genossenschaftsgedanken aufzubauen. Doch der Durchbruch – maßgeblich vorangetrieben vom Neu-Kieler und Werftbeschäftigten *Karl Hermann Adam* – sollte erst 1899 gelingen. 42 Kieler – Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Kaufleute – unterschrieben die Satzung des Vereins, und am 5. Juli des Jahres 1900 wurde in der Holtenauer Straße 46 ein erstes Ladenlokal eröffnet.

### Gute, preisgünstige Waren

Ehernes Prinzip der Konsumgenossenschaften, das erst in den 50er Jahren aufgegeben wurde: Waren wurden nur an Mitglieder verkauft. Allgemein verbreitet war damals die Vorstellung, von privaten Kaufleuten würde man über den Tisch gezogen. Der *AKVK* boomte, da dort »gute Waren zu billigen Preisen und genauem Gewicht« gekauft werden konnten. Anfangs besonders vertreten in der Genossenschaft waren Angestellte, Beamte, Offiziere und freie Berufe. Aber die Arbeiter-»Fraktion« wurde immer stärker, da ihre Zahl durch die wachsende Marine-Industrie in Kiel überdurchschnittlich wuchs.

In den ersten »Verteilungsstellen« war die Identität der Verbrauchergenossenschaft immer deutlich erkennbar

In Gaarden stand die Zentrale der Genossenschaft: mit Bäckerei, Mineralwasserproduktion, Lager- und Verwaltungsräumen; Wohnungen für Mitarbeiter entstanden. 1913 gab es bereits 13 Verkaufsstellen, nicht mehr nur in Kiel, auch in Friedrichsort, Holtenau, Heikendorf, Laboe, Eckernförde, Plön und Burg/Fehmarn. 12.000 Mitglieder zählte der *AKVK*, der einen Gesamtumsatz von vier Millionen Mark erzielte.

Zwar forderte der erste Weltkrieg seine Tribute, doch die Genossenschaft wuchs danach weiter. 1924 wurden 88 Verteilungsstellen gezählt, 15 Back- und Grünwaren-, acht Fleisch- und Wurstwarenverteilungsstellen, außerdem Manufaktur, Schuhwaren, Haushaltsartikel und Genussmittelabteilungen in einem neu gebauten Kaufhaus. Neben eigenem Wachstum begann die Fusionswelle. Die Kieler übernahmen den *Konsumverein Neumünster*. 1931, als die Wirtschaftskrise auch den *AKVK* erreichte, gehörte dieser zu den größten deutschen Konsumgenossenschaften. Doch bald nahte das – vorläufige – Ende: Der Nationalsozialismus löste 1935 die Verbrauchergenossenschaften, wie sie nun hießen, auf.

Doch der Genossenschaftsgedanke überlebte das »tausendjährige Reich«: Bei der öffentlichen Gründungsversammlung am 30. Oktober 1946 trugen sich spontan mehr als 300 Kielerinnen und Kieler in die Mitgliederlisten der *»Konsumgenossenschaft Kiel eGmbH«* ein. Nachkriegsprobleme, Schwarzmarkt, Währungsreform: Die Genossenschaft bewältigte die Herausforderungen der neuen Zeit. Und für 1951 sprach aus dem Geschäftsbericht erstmals eine gewisse Zufriedenheit über Geschäftsverlauf und die Genossenschaftsentwicklung.

### Verstärkter Wettbewerb

Im Jahr 1954 fiel dann das im Genossenschaftsgesetz festgeschriebene Verkaufsverbot von Waren an jedermann weg. Die Kieler stellten sich sofort dem Wettbewerb mit dem übrigen Einzelhandel. Markenartikel hielten Einzug in die Konsumgenossenschaften, da viele Käufer den Eigenmarken eher skeptisch gegenüber standen.

Mitte der 50er Jahre begannen auch viele nicht mehr überlebensfähige Genossenschaften, sich der Kieler anzuschließen. Dieser Prozess sollte erst 1980 in Schleswig-Holstein beendet sein. In den früheren »Insel-Lichtspielen« in Ellerbek wurde der erste Supermarkt der westdeutschen Konsumgenossenschaften eingerichtet. Erstmals fand in diesem *»Konsum«* ein Verkauf von Kosmetik und Zeitschriften statt. »Kühlmöbel« hielten Einzug; Hähnchengrills sorgten für Aufsehen. Und der Name änderte sich: *»Konsum«* wird zu *»coop«*.

### Vorreiter für Supermärkte

Mit dem Bau eines plaza-Warenhauses startete die *coop Kiel* in neue Größenordnungen und die Diversifikation in den Non-food-Bereich. Mit der *coop Lübeck* wurde man zur *coop Schleswig-Holstein* – der Schritt zum Konzern. Und die SK-Discountmärkte, »zweckmäßig, sparsam und rationell« hieß es im Geschäftsbericht, entstanden. Auch im immer härteren Wettbewerb mit Konzentration und Expansion konnte sich die coop Schleswig-Holstein gut behaupten.

Anfangs der 80er beteiligte sich das Kieler Unternehmen an der »Perle des deutschen Lebensmitteleinzelhandels«, der im Westen Schleswig-Holsteins verankerten *Helmut Wandmaker GmbH*, die später vollständig übernommen wurde. Neue Erkenntnisse führten zum coop-Verbrauchermarkt der Zukunft: SKY – die Vertriebsschiene, die sich immer mehr durchsetzte. Nach der Wende fasste coop auch im Osten Fuß, wurde zum größten Lebensmitteleinzelhandelhändler nördlich der Elbe.

Mit dem »SKY-Verbrauchermarktkonzept« ist für den Konsumenten der genossenschaftliche Hintergrund nicht mehr erkennbar

Heute ist die *coop Schleswig-Holstein eG* die größte selbständige Genossenschaft im deutschen Handel. Mit insgesamt 8.300 Beschäftigten bewährt sie sich als der größte Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb zwischen Nord- und Ostsee. Gegen die gesamte Konkurrenz des deutschen Lebensmitteleinzelhandels erhielt sie den Zuschlag, bei der Expo in Hannover die dortige Gastronomie zu beliefern.

### Unbegrenztes Wachstum

Dem Ziel, bis zum Jahr 2000 einen Umsatzsprung um 500 Millionen DM zu schaffen, ist das Kieler Unternehmen damit bereits einen großen Schritt näher gekommen: Außerdem wird rückwirkend zum 1. Januar die *coop Ulm eG* übernommen, die einen Umsatz von 240 Millionen DM mitbringt. Die Kieler Genossenschaft (24.000 Mitglieder) setzte 1998 in 227 Läden 2,21 Milliarden DM um. Zudem wurde im ersten Halbjahr 1999 bereits ein Ergebnis deutlich besser als der Plan erreicht. Darüber hinaus steht das erste Auslandsengagement bevor: Mit einem finnischen Partner wird demnächst ein erstes SB-Warenhaus im estnischen Tallinn eröffnet. Weitere Häuser sind in Planung. Dann sollen auch die Märkte in Lettland und Litauen erschlossen werden. Auch mit den dänischen Genossen sind die Kieler im Gespräch.●

### Kurzporträt

Die coop Schleswig-Holstein e.G. ist die größte deutsche Konsumgenossenschaft und eingetragene Genossenschaft.

Jede genossenschaftliche Organisation basiert auf den Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Sie ist damit rechtlich selbständig.

Zweck und Zielsetzung der Genossenschaft sind in der Satzung der co op Schleswig-Holstein eG forumliert:

§1(3): »Die Genossenschaft bezweckt die Förderung der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes. In Erfüllung dieses Grundauftrages bemüht sie sich auch um die Wahrung der Verbraucherinteressen im wirtschaftlichen Bereich.«

Die co op Schleswig-Holstein eG gehört ihren Kunden. Genauer gesagt: den Kunden, die der Genossenschaft als Mitglied beigetreten sind. Das sind zur Zeit mehr als 23.500 Verbraucher in ganz Norddeutschland.

### Entwicklung der co-op Schleswig-Holstein e.G.

| | |
|---|---|
| 1861 | Gründung des ersten Konsumvereins Kiel |
| 1899 | Gründung des Allgemeinen Konsumvereins für Kiel und Umgebung durch 42 Werftarbeiter. Er wird die Keimzelle für die zukünftige co op-Schleswig-Holstein e.G. |
| 1904 | Gründung des Konsumvereins Lübeck und anderer |
| 1933 | Zerschlagung aller Konsumgenossenschaften durch die Nationalsozialisten |
| 1946 | Wiedergründung von 11 Konsumgenossenschaften in Schleswig-Holstein |
| 1972 | Alle ehemaligen Konsumgenossenschaften des Bundeslandes sind in der co op Schleswig-Holstein eG vereinigt |
| 1986 | Übernahme der co op Lüneburger Heide, Wittingen (Niedersachsen) |
| 1992 | Übernahme der ehemaligen Konsumgenossenschaft Produktion in Hamburg (»PRO«) zusammen mit der Konsumgenossenschaft Dortmund-Kassel |

BUCHBESPRECHUNG

# Unternehmenskulturen verändern?

**Gibt es empfehlenswerte Vorgehensweisen, um eine gewachsene Kultur in Unternehmen zu erneuern? Versucht und diskutiert wird dies seit langem. Wie erfolgreich allerdings die verschiedenen Ansätze einer gezielten Organisationsveränderung sind, wurde bisher nicht systematisch untersucht. Auf einfache Antworten sollte zudem verzichtet werden, da, wie Paul Bate in einer aktuellen Veröffentlichung betont: Kulturänderung kein Einzelereignis ist, sondern mehr eine Reise als ein Ziel darstellt.**

**Burghard Flieger, Red. Genossenschaften** ● Zu Beginn wirken die Ausführungen von Paul Bate zum Thema Unternehmenskultur vorsichtig, ausgewogen und wissenschaftlich fundiert. Selbstkritisch betont er, wenn man beides, 'Kultur' und 'Veränderung', zusammenbringt, wird die Chance, daß sich etwas insgesamt Stimmiges ergibt, nur noch unwahrscheinlicher. Er begründet dies zurecht damit, dass Veränderungen und Kultur zwei sehr facettenreiche und schwer verständliche Sachverhalte sind. Entsprechend warnt er vor vielen Beratern und Management-Bestsellern: dem Sirenengesang der »Simplifikateure«.

Allerdings hält Bate seinen eigenen Anspruch – nicht zu vereinfachen – selbst nicht durch. Das beginnt schon, wenn er Begriffe wie Kultur und Strategie als austauschbare Begriffe ansieht oder er vertritt, daß »Mythen wahrscheinlich gute Strategien abgeben«. Es setzt sich fort, sobald aus kurzen Anekdoten und Beispielen versucht wird, die Unternehmenskultur von Großkonzernen wie der Schnellrestaurantkette »Pizza Hut«, der Fluggesellschaft »SAS« oder des Verkehrsunternehmens »British Rail« zu veranschaulichen. Und es entwickelt sich zur fragwürdigen »Normalität« bei den Ausführungen, indem der Autor fast immer in nur zwei Alternativen denkt wie aufteilende und einbindende Kulturen oder graduelle und radikale Innovationen.

Dieses einfache Denken in Gegensatzpaaren hebt Bate zwar auf. Er betont anstelle des Entweder-Oder- das Sowohl-Als-auch-Denken als sinnvollere Form. Auch wenn hierin eine wichtige Anregung liegt, hält sich der Erkenntniswert solcher Empfehlungen doch in Grenzen.

Selbstverständlich sind die Ausführungen von Bate vielfältiger und tiefergehend als diese Andeutungen erwarten lassen. Bei der Leserin bzw. dem Leser lassen sie aber letztlich so etwa wie Ratlosigkeit zurück. Für unmittelbare Lernprozesse sind sie zu komplex und zu simpel zugleich. So bleibt nichts anderes übrig, als das Buch zu etwas zu nutzen, zu dem es trotz dieser kritischen Anmerkungen gut zu gebrauchen ist: Als Fundgrube für Anregungen, sich mit dem schwierigen Thema der bewußten Veränderung von gewachsenen Unternehmenskulturen »nachdenkend« auseinanderzusetzen.●

Paul Bate: Cultural Change. Strategien zur Änderung der Unternehmenskultur, (Gerling Akademie Verlag GmbH) München 1997, DM 68,00.

DIENSTLEISTUNGSGENOSSENSCHAFT, MÜNCHEN

# Wenn die Putzfrau zweimal klingelt

**Die Konkurrenz mit der Schwarzarbeit bleibt eine besondere Herausforderung bei professionell angebotenen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten. Hier kann nur mit Vertrauen und Imagevorteilen gegengesteuert werden. Bei der Münchner Dienstleistungsgenossenschaft Hausgemacht scheint dies zu gelingen. Der kleine Zusatz »e.G.« verhilft zu einem positiven Ansehen.**

**Dirk Reuschenberg, Red. Genossenschaften** ● In der Küche ist eine Bombe explodiert. Elena Herzog lehnt sich gegen die Küchentür und seufzt. Als das Kind in ihrem Bauch sich bewegt, legt sie beruhigend eine Hand auf. Elena Herzog ist im siebten Monat schwanger. Mit ihrem dritten Kind. Die beiden anderen, Jan, fünf Jahre, und Lisa, zwei Jahre, haben soeben die Küche in ein Schlachtfeld verwandelt. Elena Herzog lässt sich auf einen Stuhl sinken. Der Arzt hat ihr Ruhe verordnet. Viel Ruhe, weil sie Fruchtwasser verloren hat. Wie das bei zwei kleinen Kindern und der ganzen Hausarbeit gehen soll, hat er nicht gesagt.

»Probier es doch mal mit dieser Dienstleistungsgenossenschaft *HausGemacht*«, rät ihr eine Freundin. »Die bieten Hilfe im Haushalt an.« Die Frau, die zwei Tage später in ihrer Küche steht, ist Claudia Futscher. Die 40jährige Hauswirtschaftliche Betriebsführerin des noch jungen Unternehmens bespricht mit Elena Herzog, was zu tun ist. Anschließend wird sie einschätzen, wieviel Zeit die Mitarbeiterinnen für die Arbeiten benötigen werden und die Kosten berechnen.

### Arbeitsplätze für Frauen

*HausGemacht* ist eine hauswirtschaftliche Dienstleistungsgenossenschaft. Gegründet wurde sie im Mai 1998 und bietet seitdem erfolgreich alle Serviceleistungen rund um den Haushalt an. Alfred Lottmann hatte die Idee. Das war im Herbst 1997. Arbeitsplätze für arbeitslose Frauen wollte er schaffen. Mehr noch, der 59jährige Abteilungsleiter Berufliche Bildung bei der Münchener Volkshochschule wollte, dass die Frauen »für das Wohl und Wehe ihrer eigenen Firma sorgen, sie gestalten und erhalten.« Hohe Motivation erweist sich in der Branche als besonders wichtig, denn die Gewinnspanne auf dem Dienstleistungsmarkt ist sehr gering.

HAUS GEMACHT
Hauswirtschaftliche Dienstleistungsgenossenschaft eG

Die rechtlich selbständig agierende und sich selbst verwaltende Dienstleistungsgenossenschaft macht die Frauen sowohl zu Arbeitnehmerinnen als auch zu Kapital- und Arbeitgeberinnen. Der Erfolg gibt ihnen Recht: »Wir haben inzwischen 40 Kunden und doppelt so viele Interessenten«, betont das Vorstandsmitglied Marion Schöne. Neun Frauen sind bei *HausGemacht* im Augenblick sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Sie sind gleichzeitig auch Mitglied in der Genossenschaft. In ihrem Arbeitsvertrag wird dies verbindlich festgeschrieben. Zwölf sollen es bis Ende 1999 werden. Und für das Jahr 2000 haben die Unternehmerinnen gar dreißig Angestellte anvisiert.

### Starthilfe aus dem Arbeitsmarktfonds

Die Rechtsform der »e.G.« kommt den arbeitslosen Frauen dabei entgegen: Von den 1.000 Mark Genossenschaftseinlage reichen im ersten Jahr 100 Mark als Aufnahmeeinlage aus. Erst in den folgenden Jahren soll die in der Satzung festgeschriebene Höhe der Volleinlage durch Aufstockungsbeiträge erzielt werden. Zugleich begrenzt die Satzung das finanzielle Risiko seiner Mitglieder: Die Haftung beträgt nicht mehr als 1.000 Mark. Die Frauen verdienen nach Tarif bis zu 17 Mark pro Stunde.

Das Bayerische Sozialministerium fördert dieses Beschäftigungsmodell mit 600.000 Mark aus dem Arbeitsmarktfonds. Von der Stadt München wurden weitere 300.000 Mark zugeschossen. Förderungen aus dem Arbeitsmarktfonds sind auf drei Jahre begrenzt. »Die Anschubfinanzierung bezieht sich jedoch nur auf den Overhead, bestehend aus der Geschäftsführerin, der Hauswirtschaftlichen Betriebsführerin und einer Sekretärin«, erläutert Marion Schöne. »Deren Lohnkosten plus Miete für die Räumlichkeiten werden aus den Zuschüssen bezahlt. Die Lohnkosten für die Frauen mussten sich von Anfang an selber tragen.«

### Qualitätskontrolle schafft Vertrauen

Elena Herzog ist erleichtert. Heute morgen war Claudia Futscher da und hat die neue HausGemacht-Mitarbeiterin vorgestellt. Demnächst wird sich noch eine weitere Frau in ihren Haushalt einarbeiten, damit »wenn mal Not an der Frau ist, sich die Frauen gegenseitig vertreten können.« Auch in Zukunft bleibt die Hauswirtschaftliche Betriebsleiterin Ansprechpartnerin für Elena Herzog: »Qualitätskontrolle ist bei uns selbstverständlich.«

Die Anforderungen an die Frauen sind hoch, die Erwartungen der Kunden auch: »Da muss alles tipptopp sein«, erklärt Claudia Futscher. Qualifikation ist für *HausGemacht* daher selbstverständlich. Geschult wird sowohl in theoretischen Modulen in den eigenen Räumlichkeiten als auch durch »Learning-by-doing«. Doch die meisten Frauen haben ohnehin eine Kurzausbildung zur Hauswirtschafterin absolviert.

### Konkurrenz durch Schwarzarbeit

Elena Herzog zahlt rund 30 Mark pro Stunde für ihre Haushaltshilfe von *HausGemacht*, deutlich mehr, als sie auf dem Schwarzmarkt bezahlen müsste. »Der Schwarzmarkt ist unsere größte Konkurrenz«, sagt Vorstandsmitglied Marion Schöne. »Aber viele Kunden kommen gerade zu *HausGemacht*, weil sie mit den Schwarzarbeitern unzufrieden sind.« Denn nicht zuletzt geht es auch um Vertrauen. Bei HausGemacht bürgt die Genossenschaft für ihre Mitarbeiterinnen. Und die haben alle ein polizeiliches Führungszeugnis und ein Gesundheitszeugnis. Elena Herzog liegt auf dem Wohnzimmersofa und genießt die Ruhe. Mit einer Hand streicht sie gedankenverloren über ihren Bauch. Frühestens in zwei Stunden werden die beiden »Großen« nach Hause kommen. Sie sind im Tierpark – mit der Haushaltshilfe.●

Kontakt: HausGemacht, Telefon: (0 89) 72 30 92 00

GDS GEMEINSCHAFTSDIENSTE STOLBERG E.G.

# Stetige Arbeit stärkt das Sein

**Gegründet wurde die GDS Gemeinschaftsdienste Stolberg e.G. mit Sitz in Stolberg mit dem Ziel, Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Im Herbst 1985 initiierten Christen beider Konfessionen das Dienstleistungsunternehmen, um die Beschäftigung von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen zu ermöglichen. Bei einem Gründungskapital von nur 8.200 DM und 45 Mitgliedern erfolgte die Eintragung als Genossenschaft.**

**Burghard Flieger / Red. Genossenschaften** ● Stolberg, eine Stadt mit 60.000 Einwohnern in der Nähe von Aachen, ist eine Stadt mit ausgeprägter Industrie. Um der wachsenden Arbeitslosigkeit etwas entgegenzusetzen, ergriffen 25 Privatpersonen die Initiative. Sie gründeten im Jahr 1985 die GDS Gemeinschaftsdienste Stolberg e.G. in der Rechtsform der Genossenschaft. Ausschlaggebend für die Wahl dieser Unternehmensform war:

- Eine Zeichnung von Anteilen in kleinen Stückelungen ist möglich.
- Aufsichtsrat und Genossenschaftsverband dienen als Kontrollorgane.
- Pro Mitglied besteht gleiches Stimmrecht, unabhängig von den gezeichneten Anteilen.
- Möglichkeiten der Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitverantwortung sind vorhanden.
- Ein Mindestkapital wird nicht vorgeschrieben.
- Die Haftsumme je Mitglied fällt bei niedriger Höhe des Pflichtanteils gering aus.
- Das Unternehmen ist mehrwertsteuerpflichtig und kann sich so im Unterschied zum eingetragenen Verein an Ausschreibungen beteiligen.

### Beschäftigungspolitische Ziele

Trotz des geringen Eigenkapitals erfolgte eine Eintragung als Genossenschaft durch den rheinischen Genossenschaftsverband. Allerdings »winkte« auch als Anschubfinanzierung ein Zuschuß des Bistums Aachen im Hintergrund. Überhaupt erweist sich kooperatives Verhalten gegenüber den verschiedenen Verbänden und Institutionen als überlebenswichtig. Entsprechend ist die Genossenschaft nicht nur Mitglied beim Genossenschaftsverband Rheinland, sondern auch bei der Gartenbau-Berufsgenossenschaft sowie der IHK Aachen und der HWK Aachen.

Mit ihren Zielsetzungen wurde die Genossenschaft Vorreiter für – allerdings gescheiterte – ähnliche Projekte in Jülich und Würselen. Deutlich wird dadurch der hohe Bedarf nach analogen Unternehmen, die spezielle Arbeitsplätze für schwer vermittelbare Arbeitslose schaffen. Wichtige in der Satzung festgeschriebene Ziele lauten:

- Schaffen von Arbeitsplätzen, unbefristet, tariflich gebunden, ohne Billiglohntarif;
- Hinführen von Mitarbeitern zum regulären Arbeitsmarkt über Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich;
- Volle Kostendeckung aus eigener wirtschaftlicher Kraft über den Markt;
- Erwünschte Fluktuation der Mitarbeiter durch Vermitteln in feste, gesicherte Arbeitsverhältnisse bei anderen Unternehmen.

### Geringes Anforderungsprofil

Der anfangs ehrenamtliche Vorstand erfuhr intensive Unterstützung durch den Aufsichtsrat, der sich aus den Gründungsmitgliedern zusammensetzte. Schnell kamen weitere Privatpersonen, Unternehmen und auch die Stadt Stolberg als Mitglieder hinzu. Erste Festaufträge konnten durch Mund-zu-Mund-Propaganda, aber auch durch gezielte Akquisition gewonnen werden. Auf diese Weise gelang es, drei Mitarbeiter unter Einbeziehung des Arbeitsamtes einzustellen. Dafür konnten personenbezogene Eingliederungszuschüsse genutzt werden, die jedem Unternehmen zur Verfügung stehen.

Bis heute blieben die angebotenen Dienstleistungen auf einem geringen Anforderungsniveau. Gründe liegen in den oft nur geringen Möglichkeiten der Mitarbeiter. Insofern wird so gut wie jeder angebotene Auftrag übernommen. Sie umfassen Tätigkeiten in Haus, Hof und Garten, bei der Landschaftsreinigung und -pflege, im Bautenschutz und bei der Raumgestaltung. Außerdem ist das ortsansässige Parkhaus angepachtet. Neben der Funktion als Parkhauswächter werden von der Genossenschaft alle damit verbundenen administrativen Aufgaben wie Mietverträge etc. bearbeitet.

### Anfänglicher Optimismus

In den ersten drei Jahren nach der Gründung stieg der Umsatz von 44.000 auf 370.000 DM. In dieser Zeit konnten rund 110 Aufträge erledigt werden. Die finanzielle Basis wurde zu diesem Zeitpunkt von 145 Mitgliedern geschaffen, die auch für neue Aufträge sorgten. Ihre Zahl stagniert mittlerweile bei etwa 150. Nur zehn von ihnen sind auch heute noch für die Genossenschaft mehr oder weniger engagiert. Viele Mitglieder sehen ihren Anteil wohl auch eher als Spende an. Sie erzielen daraus weder durch Dividende noch durch andere Vergünstigungen Vorteile. Von den Beschäftigten selbst sind nur fünf gleichzeitig auch Mitglieder der Genossenschaft. Selbst 100 DM Pflichtanteil ist für einige von ihnen ein Problem.

Ursprünglich wurde der weiteren Entwicklung des Unternehmens mit zurückhaltendem Optimismus entgegengesehen, da sie ihr Angebotsspektrum kontinuierlich verbreiterte. Bereits im Jahre 1990 konnte eine Eintragung in die Handwerksrolle als Beton- und Stahlbetonbauerbetrieb erreicht werden. Ebenfalls gelang es einen »Geschirrmobilverleih« aufzubauen und damit zugleich einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Aus heutiger Sicht sieht es allerdings schwieriger aus, einzelne Gewerke und Arbeitsbereiche aufzubauen und kontinuierlich zu betreiben. Diejenigen, die über die dafür erforderlichen Fähigkeiten verfügen, werden auch am ehesten wieder in den Arbeitsmarkt vermittelt. Diese zu halten, wäre aber erforderlich, um Tätigkeitsfelder der Genossenschaft zu stabilisieren und darüber eine kontinuierliche Auftragsauslastung zu erreichen. Im Rückblick wurde es aus Sicht der Geschäftsführung versäumt, die Qualifizierung und Angebotserweiterung des Unternehmens konsequent zu verfolgen. Allerdings fehlten auch die finanziellen Mittel, um neue attraktivere Marktsegmente zu erschließen.

### Schwierigkeiten des Alltags

Als Folge der Gesamtarbeitsmarktsituation, ist es zunehmend schwieriger, die angestrebte Fluktuation zu verwirklichen: Es gelingt kaum noch, neue Mitarbeiter eine Zeit lang zu stabilisieren und anschließend in feste andere Arbeitsverhältnisse zu vermitteln. Im Gegenteil, durch die unbefristeten Arbeitsverträge steigen sogar die Kosten des Unternehmens. Denn die Arbeitsamtszuschüsse fallen mit der Dauer der Beschäftigung kontinuierlich. Bisher konnten die ansteigenden Personalkosten aber kompensiert werden.

Problem des Unternehmens ist außerdem die Saisonarbeit, besonders im Bereich Landschafts- und Gartenbau, da dort vor allem im Sommer die Auslastung erreicht wird. Dies sind Tätigkeitsfelder, die für ungelernte Arbeitskräfte am leichtesten auszuführen sind. Insofern müssen im Sommer volle Auftragsbücher erreicht bzw. die erforderlichen Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden, um über den Winter zu kommen. Dies gilt vor allem für vier Mitarbeiter, für die über Inserate nach Aufträgen gesucht wird. Bei den übrigen elf Beschäftigten ist ein ganzjähriges Auftragsvolumen weitgehend gesichert.

### Positive Förderbilanz

Seit mehreren Jahren besteht eine als erstrebenswert angesehene Kooperation mit der Stadt. Die vier Personen, die darüber finanziert werden, erwirtschaften allerdings nur ihre Lohnkosten. Sie erzielen keine Beiträge für die Gemeinkosten wie beispielsweise den Aufwendungen für die Organisation des Büros. Insofern wird dies »nur« praktiziert, um die betreffenden Personen in Arbeit zu bringen. Für die Genossenschaft als Wirtschaftsbetrieb ergibt das jedoch Schwierigkeiten. Denn die Gemeinkosten, die auch für diese Beschäftigten anfallen, müssen über die Arbeit der übrigen erwirtschaftet werden. Trotz dieser Schwierigkeiten ist die arbeitsmarktpolitische Bilanz des Unternehmens mit seinen bescheidenen Mitteln ein kleiner Erfolg: Gegenwärtig sind 17 Mitarbeiter im Alter zwischen 22 und 59 Jahren beschäftigt, davon zwei Schwerbehinderte. Insgesamt konnten bisher 66 Arbeitsverträge abgeschlossen werden und 28 Arbeitslose in andere Unternehmen weitervermittelt werden. Ein großer Teil der bei der GDS Arbeitenden sind Familienväter mit drei bis sieben Kinder ohne beruflichen Abschluß. Sie müßten, wenn es die GDS nicht gäbe, überwiegend von der Sozialhilfe leben.

GDS

### Probleme der Rechtsform

Nach den gegenwärtigen Erfahrungen wird die Rechtsform der Genossenschaft als zu aufwendig für die Aufgabenstellung »Schaffung von Arbeitsplätzen für am Arbeitsmarkt Benachteiligte« angesehen. Damit verbundene Arbeiten reichen vom Führen der Mitgliederliste bis zu den erforderlichen Kontakten zum Registergericht. Nach Einschätzung der Verantwortlichen eigenen sich die Leistungen bzw. Ratschläge des genossenschaftlichen Prüfungsverbandes vor allem für größere Unternehmen. In Relation zu den Kosten durch die Prüfung und den Mitgliedsbeitrag für den Verband, die zusammen bei knapp 10.000 DM liegen, werden diese insofern als wenig hilfreich angesehen.

Die GDS bleibt dennoch bei dieser Rechtsform. Das geschieht nicht zuletzt aufgrund von Verpflichtungen aus der Vergangenheit. Der Betrieb wurde in der Gründungsphase vor allem aufgrund der Kennzeichnung als Genossenschaft mit umfangreicher externer Unterstützung aufgebaut. Dazu gehörte unter anderem das Zeichnen der Genossenschaftsanteile durch Außenstehende, die dem Anliegen positiv gegenüberstanden und -stehen. Ohne sie wäre das erforderliche Eigenkapital vermutlich nicht zusammengekommen.●

SEMINARHINWEIS

**Sicherung von Wohnungsbeständen durch Bewohnergenossenschaften**

Am 16. Dezember findet in der Zeche Zollverein in Essen eine Tagung über kleine Bewohnergenossenschaften statt. Selbstverwaltung und Sicherung von Wohnungsbeständen stehen inhaltlich im Mittelpunkt der Veranstaltung. Diskutiert werden sollen die Fragen:

- Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, um Bewohnergenossenschaften zu einem zukunftsweisenden Instrument zu machen?
- Welche Genossenschaftsprojekte wurden in den letzten Jahren realisiert?
- Welche Initiativen gibt es zur Zeit und mit welchen Problemen haben sie zu kämpfen?
- Welche Anforderungen sind an eine genossenschaftliche Förderung zu stellen?

Die Veranstaltung wird unterstützt vom Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens mit Sitz in Solingen. Genauere Informationen gibt es bei Wohn-Bund-Beratung NRW, Herner Strasse 299, D-44809 Bochum
Tel.: (02 34) 90 44 00.

## Sein 68

Im letzten Jahr jährte sich zum 30. Mal 1968, und wir wurden überflutet mit mehr oder weniger geistreichen und / oder bierseligen Erinnerungen verschiedener AktivistInnen, BesserwisserInnen und dergleichen mehr. Nicht genug, daß sich einige der damaligen Aktivisten nicht entblöden heute offen im rechtsradikale Lager zu agieren und Neu-Rechte Phrasen von Überfremdung usw. nachzuplappern, sondern auch in der Regierung finden sich die Renegaten, die es geschafft haben, nach 50 Jahren dieses Land wieder in den Krieg zu führen. Eine CDU-Regierung hätte sich dies vermutlich nicht getraut, aber die junge (rot/grüne) Garde stürmt hemmungslos vorwärts.

Daß 1968 – man könnte fast sagen – als ein Jahrgang der moralischen und politischen Wahrheit gilt, ist leider kein Garant dafür, daß ihre Protagonisten diese Tugenden über 30 Jahre hinweg auch behalten konnten. Die Moral wie die Politik haben sich geändert, nur wenige sind sich selbst treu geblieben. Ein Jahrgang der zahlreiche Mythen hervorbrachte, obwohl der 'Höhepunkt' der Studentenrevolte 1967 war und der Niedergang sicherlich mit dem Dutschke-Attentat im April 68 zu datieren ist. Aber darüber können sich HistorikerInnen streiten.

Der Staat nahm seine aufbegehrende Jugend nicht ernst. Der Dialog fand über die militärische Aufrüstung statt. Der junge Dichter Thorwald Proll und seine Freunde waren an den Grenzen des 'ständig nur redens' gestoßen, die notwendigen Taten mußten den Worten folgen, wenn man nicht ebenso wie die selbsternannten Autoritäten unglaubwürdig erscheinen wollten. So geschah es, daß 1968 für Thorwald Proll das Jahr war, in dem er mit Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Horst Söhnlein zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, für die erste guerillamäßige Aktion, wobei in Frankfurt/M. in zwei Kaufhäusern Nachts Brandsätze hochgingen. Die Verurteilten wollten damit ein Signal setzen gegen die Gleichgültigkeit der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft, die trotz der Greuel US-amerikanischer Bomber in Vietnam, nur an ihren Konsum dachten. Bekanntlich trennten sich später die Wege der vier – zwei davon haben im Kampf mit dem Staat ihr Leben verloren, so wie andere politische WeggefährtInnen aus jener Zeit bereits vorher und auch noch später.

Schreiben war für Thorwald Proll in diesem Jahr nicht mehr nur irgendeine Tätigkeit, sondern ein Überlebensmittel, in einem Land, welches am liebsten jeden Langhaarigen gelyncht und für Studenten wieder Arbeitslager eingeführt hätte. Proll verschrieb sich (im wortwörtlichen Sinn) der dadaistischen Wortakrobatik: »ich phantasiere, also bin ich« (S. 10). Wortspiele, die Assoziationen von diversen Zeitungsüberschriften, bruchstückhaften politischen Ereignissen und 'gefangenen' Empfindlichkeiten – das ist das Material aus dem die gesiebte Alltagspoesie beim Überleben behilflich ist. Dazu kommt die Geschwindigkeit des jugendlichen Elans, verstärkt durch Sprünge zwischen den Realitäten. »Wir fordern den neuen Menschen, und sind überfordert damit.« (S. 33) Der subversive Humor ist nicht nur Selbstzweck. Humor ist subversiv und somit auch eine Waffe. Thorwald Proll hat sich für diese entschieden. Der heute 58jährige hat sicherlich nicht versucht, Memoiren zu verfassen, und er kann nicht unbedingt sagen, dass er im Jahre 1968 da war, wo die action war, aber wie auch immer für ihn, wie für dieses Gesellschaft war es ein Jahr, welches im Rückblick bewegend war, und die Sichtweisen auf dieses Jahr waren eben unterschiedlich.

Neben der eigenen literarischen Produktion, bekam Thorwald Proll natürlich – schon solidaritätsbedingt – zahlreiche Briefe ins Zuchthaus, von denen hier in diesem Band einige im Original abgedruckt sind. Leider manchmal schwer zu lesen, teils wegen der Handschriften, teils wegen nichts besonders guter Vorlagen. Briefe z.B. von Andreas Baader, Ulrich Enzensberger, Fritz Teufel, Horst Tomeyer u.v.a. Zwei Interwievs mit einem Radiosender und einer multikulturellen Schülergruppe, die zum Thema Studentenrevolte sich einen 'überlebenden' als Zeitzeugen aussuchten, ergänzen den Band, mit den sehr persönlichen Erinnerungen des Thorwald Proll an ein Jahr, welches wohl alle 5 Jahre zum Jubiläum stilisiert werden wird. Schließlich ist der Staat und die Gesellschaft noch mal heil davon gekommen.

So persönlich dieses Buch auch sein mag, es ist auch ein Stück Zeitgeschichte, über eine Jugend die gefangen war – nicht nur in Gefängnissen – nein, auch im Muff einer Gesellschaft von schweigenden Mördern, Mitessern & Rock'n'Roll-Verächtern. Einige dieser 68er-RebellInnen haben einen hohen Preis zahlen müssen – aber der Preis ist heiß! Also laßt die Kartoffel nicht gleich fallen, bzw. die Flinte sollte wieder aus dem Korn geborgen werden. (Im Proll'schen Sinne).●

Jochen Knoblauch

**Thorwald Proll**; Mein 68 – Aufzeichnungen, Briefe, Interviews. Verlag auf hoher See, Hamburg 1999 133 Seiten / 32,-- DM

## Die untere Seite des Eisbergs

Das Ziel dieses mediengestützten Fortbildungskonzept ist es, »pädagogische und andere Mitarbeitende in pädagogischen Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung zu unterstützen wenn sie sich zu Themen aus dem psychosozialen Bereich fortbilden wollen.«(S.9)

Das Material dazu liegt dem/der Fortbildungswilligen als Buch und als Diskette vor, so dass Arbeitsblätter übernommen werden können. Ergänzt wird es mit Videosequenzen zur Demonstration und Veranschaulichung. In einem wissenschaftlichen fein gegliederten Aufbau gibt das Arbeitsbuch einen Überblick über die Themen die die »untere Seite des Eisbergs« d. h. die nicht sofort sichtbare Seite von Organisationen bilden: Kommunikationskompetenz, sinnvoll Fallbesprechungen, zwischenmenschliche Teufelskreise als Lernstörungen, über den Weg vom Konflikt zur Kooperation, heimliche Normen in Arbeitsgruppen und unterstützende Lernberatung. Das Werk gibt Hinweise, wie seine drei Medien Arbeitsbuch, Diskette und Videofilm für eine abwechslungsreiche Fortbildung oder das Selbststudium genutzt werden können (S.11u.16) Es liefert inhaltliche Einführungen und Möglichkeiten zur Gestaltung von Seminareinheiten zu den Themen.

Das Arbeitsbuch bietet einen Blick in eine prall gefüllte Schatztruhe voller Tips. Konkrete Hinweise wie lange darf ein Referat dauern, wie lange ein Podium, wie oft sind Pausen zu planen (S.23/24), konkrete Lösungssätze um aus menschlichen Teufelskreisen auszusteigen und konkrete Übungsanleitungen zum Thema aktives Zuhören und Umgang mit dem 4-Ohren-Kommunikationsmodell (S.55). Den Schlüssel zu dieser wirklich reich gefüllten Schatztruhe werden am schnellsten diejenigen finden, die systematisches Vorgehen bei der Informationssuche bevorzugen und sich durch ein eher kühles äußeres Erscheinungsbild nicht abschrecken lassen. Für alle weniger systematischen in der Fortbildung tätigen lohnt sich ein Versuch mit Bleistift und Zettel bewaffnet querzulesen.●

Hanne Bestvater, Brühl

Die untere Seite des Eisbergs, Medienset zur Fortbildung von pädagogischem Personal in der beruflichen Bildung W., Hrsg.: Christiane Briegleb, Regina Nanninga, Sonja Schelper, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld, 1999

## Lexikon der Politischen Ökonomie

Bei Veranstaltungen, Seminaren und auch bei individueller Arbeit mit Texten der Politischen Ökonomie hat jedermensch schon erfahren, wie schwierig es ist, sich in der Begriffsvielfalt der unterschiedlichen Theorien zurechtzufinden.

Mit ca. 1.300 Begriffserklärungen aus antikapitalistischer Kritik (der rote Faden ist die marxistische Kritik des Kapitalismus) und auch aus bürgerlichen ökonomischen Theorien bietet das Lexikon Hilfestellung, um Grundbegriffe und Zusammenhänge aus linker Sicht besser zu verstehen. Das Lexikon möchte auch Anstöße zur weiteren Beschäftigung mit der Politischen Ökonomie geben.

Zielgruppen sind Menschen, die in sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Bewegungen tätig sind.

Die Lektüre von Originaltexten, seien es die Klassiker der Ökonomie oder aktuelle Theorien und Diskussionen, ersetzt das Lexikon nicht. Deshalb wird ein weiterer Band »Texte zur Politischen Ökonomie« folgen und ein dritter Band wird »Theorien der Politischen Ökonomie und ihre Kritik« vorstellen.●

dp

**Lexikon der politischen Ökonomie.** Bauer W. in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Politische Ökonomie Nürnberg. Libresso-Verlag Nürnberg.
ISBN 3-930707-08-X, Broschur, 240 S., 1999, 26 DM. Erhältlich in allen gut sortierten Buchhandlungen oder beim Buchversand Libresso, Bauerngasse 14, D-90443 Nürnberg, Tel. (09 11) 22 50 36, Fax 272 60 27

## Elend der Philosophie oder Philosophie des Elends?

In ihrer Kritik an Proudhon verweisen die Marxisten immer wieder auf Marxens Schrift *Das Elend der Philosophie*. Zu Unrecht. Mit seiner für die Drucklegung überarbeiteten Doktorarbeit *Philosophie de la Misere oder Misere de la Philosophie*? zeigt Johannes Hilmer, dass Karl Marx mit dieser und auch anderen Schriften keineswegs eine wissenschaftliche Kritik an Pierre-Joseph Proudhon vorgelegt hat. Das belegt Hilmer akribisch und mit vielen Zitaten und Textvergleichen. Er zeigt, dass Marx Zitate willkürlich zusammengestellt oder aus dem Zusammenhang gerissen, künstlich Widersprüche konstruiert und Proudhon Ansichten unterstellte hat, die dieser nicht vertrat. Ausserdem zeigt Hilmer, dass Marx, zehn Jahre jünger als Proudhon, sich bei Proudhon bedient hat und das als eigene Erkenntnisse ausgab.

Marx ging es nicht um einen Dialog mit Proudhon; auf Proudhons Kritik am Kommunismus z. B. ging er nicht ein. Nach Hilmer ging es Marx darum, Proudhon, einst führend in der internationalen sozialistischen Bewegung, als Theoretiker zu diskreditieren und ihn lächerlich zu machen, um selbst die Führung zu übernehmen und seine eigene Philosophie durchzusetzen. Mit seiner Polemik *Das Elend der Philosophie* legte Marx »den Grundstein für die Entwicklung des Marxismus – bzw. des autoritären Sozialismus – zur dominierenden sozialistischen Weltanschauung.« (S. 188 f.). Die Folge war die Zerschlagung aller anarchistischen und syndikalistischen Organisationen. Mit seiner »rüden« und unsachlichen Methode »begründete Karl Marx eine Tradition der Verurteilung jeder abweichenden politischen Meinung, deren erstes prominentes Opfer Pierre-Joseph Proudhon war« (S. 188). »Marx steht damit am Anfang einer Kette, die mit der Errichtung des Gulags endete« (S. 179).

Hilmers Analyse der Marxschen Methoden, Gegner mundtot zu machen, ist deshalb aktuell, weil sich heute, nach dem Scheitern des autoritären Staatssozialismus, mit den Tauschringen und Barter-Clubs Initiativen breitmachen, die, bewusst oder unbewusst, an Proudhons ökonomische Erkenntnisse anknüpfen. Sie streben, wie einst Proudhon, innerhalb des Marktsystems geschlossene Wirtschaftskreisläufe an, um erzwungene Arbeitslosigkeit zu überwinden, versuchen, ihre Produkte »Arbeitswert« gegen »Arbeitswert« auszutauschen, und anders als die Marxisten begreifen sie den Geldzins als Problem und vergeben zinsbillige oder zinsfreie Kredite.

Mit der Erkenntnis, dass Marxens Kritik an Proudhon unredlich und unwissenschaftlich ist, wird es vielen Menschen leichter fallen, sich unvoreingenommen mit diesem libertären Föderalisten und Zirkulationstheoretiker zu beschäftigen und Alternativen zu Marxens Etatismus zu entwickeln, um den Kapitalismus zu überwinden – staatsunabhängige und freiheitliche.●

Klaus Schmitt

**Johannes Hilmer:** Philosophie de la Misere oder Misere de la Philosophie? – Die Marxsche Polemik im Kampf um die Führung der internationalen Arbeiterbewegung als Beginn der weltpolitischen Durchsetzung des etatistischen Sozialismus. Verlag Peter Lang – Europäische Hochschulschriften Bd. 335, Frankfurt / Main, Berlin, Bern, New York; Paris, Wien 1997, 223 Seiten, DM 55,–

## Rockmusik und Identität

Seit mehr als vier Jahrzehnten ist Rockmusik – hör- und sichtbar – für Jugendliche von besonderer Bedeutung. Dieses Buch beleuchtet die sozialen Dimensionen des Phänomens Rockmusik von den Anfängen in den 50ern bis heute und zeigt auf, welchen spezifischen Bedeutungs- und Funktionsgehalten Rockmusik seine Attraktivität bei Jugendlichen verdankt.

Anschaulich werden die einzelnen »Rockkulturen« in ihrer Entstehungs- und Vereinnahmungsgeschichte beschrieben, hartnäckige Mythen und Ideologien im Umfeld von Rockmusik herausgearbeitet sowie die musikalische und stilistische Szenevielfalt der Gegenwart nachgezeichnet.

Vor dem Hintergrund der entwicklungsbedingten Besonderheiten des Jugendalters und dem Strukturwandel der Jugendphase wird zentral der Frage nach dem sozialisationsrelevanten Auswirkungen von Rockmusik auf Heranwachsende nachgegangen. Abschließend geht es um alltagspraktische Konsequenzen, die sich daraus für die Pädagogik ergeben.

Peter Spenglers Buch – ausgezeichnet mit dem »Förderpreis zur Pädagogik der Gegenwart« – gilt als Klassiker der Rockmusikforschung. Es wird hier in aktualisierter und völlig überarbeiteter Form neu aufgelegt.●

dp

**Peter Spengler:** Rockmusik und Identität, Verlag Klemm & Oelschläger, Wissenschaft Band 3, Umfang ca. 150 Seiten, ca. 29,80 DM, September 1999.
ISBN 3-932577-17-5

## MAUS bringt viele Umweltinfos

Unter dem Titel »Material-Auswahl Umwelt-Schutz« (MAUS) ist ein neuer 14-seitiger Katalog mit Umweltinformationen erschienen. Eine ehrenamtliche Projektgruppe hat rund 200 verschiedene Kleinbroschüren, Taschenbücher und Informationsblätter zu Umwelt-, Natur-und Tierschutzthemen zusammengestellt. Die Informationsmaterialien sind nach Inhalten und Zielgruppen sortiert und richten sich neben engagierten Privatleuten insbesondere an Multiplikatoren der Jugend- und Umweltarbeit.

Besonderes Kennzeichen ist: Die Publikationen liegen weitestgehend in einer niedrigen Preisklasse und sind somit selbst für Kinder und Jugendliche bzw. für Lehrer im Klassensatz erschwinglich. Zudem zeichnen sie sich dadurch aus, dass sie kompakt zu den jeweiligen Themen informieren und zum Aktivwerden anregen. Vorteil der MAUS: Man muss sich nicht selbst durch die Flut an Informationen kämpfen und zig verschiedene Institutionen und Verbände anschreiben. Die MAUS informiert umfassend zu Themenbereichen von »Umweltschutz im Alltag« über »Klima und Energie« oder »Müll und Müllvermeidung« bis hin zu »Öko= nomie und Ökologie«.

Der Katalog der Material-Auswahl Umwelt-Schutz ist gegen DM 1,10 Rückporto erhältlich bei der MAUS, Dippelstr. 10, D-36251 Bad Hersfeld. Ganz Eilige können sich das Angebot im Internet ansehen.
Die Internet-Adresse lautet: www.maus-versand.de

## Männerkalender 2000:

Der Männerkalender für das Jahr 2000 wird von der Grundidee »Männer in Entwicklung« getragen. Die Autoren beschreiben, welchen Beitrag die Männergruppe für ihre persönliche Entwicklung leistet. Was sind Grundprobleme männlicher Entwicklung heute? Warum bin ich in die Männergruppe gegangen? Wie habe ich mich seither entwickelt? Was habe ich für mich gewonnen? Was ist »die Bedeutung des Halbsteifen in der abendländischen Kultur«? Was habe ich in Männergruppen erlebt? Was führt einen (trockenen) Alkoholiker dorthin? Was macht ihr eigentlich in Männergruppen? Welchen Beitrag können diese gegen Kriegsbegeisterung leisten?

Darüber hinaus werden aus persönlicher Sicht die Perspektiven der Männerbewegung reflektiert. Im Spannungsfeld von Mannsein, eigener Therapieerfahrung und patriarchaler Kultur werden eigene Entwicklungen in persönlichen Erfahrungs- und Erlebnisberichten, Anekdoten und Episoden beschrieben. Auch in Form historischer Daten, Buch- und Musiktips und spannender Zitate findet das Thema seinen Ausdruck. Der Serviceteil gibt einen wohl informierten Einblick in die deutschsprachige Männergruppen und Männerprojekteszene.

Der Kalender für Männer hat einen eigenen Stil. Klar, modern und schön, ist er anregend, offen und hell gestaltet und in Text und Bild liebevoll & durchgängig auf die Unterstützung des Lesers bedacht. Vermeintlich »schwierige«, lebendige Gefühle wie Angst, Kummer, Wut oder Verzweiflung bleiben nicht verborgen. Der Kalender versteht sich als ein Begleiter im Alltag und macht Freude, Wärme, Leichtigkeit, Mut, Zuversicht und Lachen. All dies findet in Text, Lyrik, Bild, Foto, Zitat, Karikaturen und Zeichnungen seine persönliche Ausdrucksform.

Herausgeben und redigiert wird der Kalender von der offenen Männerkalender-Redaktion in Berlin, Klaus Drechsel und Etienne Girardet, der den Kalender grafisch gestaltet. Mit Beiträgen von: Dr. Dr. Wilfried Wieck, Andreas Schreier, Lutz Ulbrich, Wolfgang Schatz, Tobias Kallauch, Klaus Walter, Dipl.-Psych. Dr. Harald Pühl, Alexander Löffler, Detlef Ax, Roger Balmer, Peter Moser, Theo Gerstacker, Thomas Schombel, Martin Ehrhardt, Erich Krichbaum, Andreas Goosses, Michael Pannwitz, Dipl.-Psych. Dr. Joachim Parpat, u.a.●

dp

**Männerkalender 2000**, Taschenkalender, ISBN 3-89771-720-4, Unrast Vlg., 12,80 DM
Unrast Verlag, Postfach 8020, 48043 Münster
Tel. (02 51) 66 62 93, Fax 66 61 20
email: unrastMS@aol.com

## Zum guten Schluss: den KALENDA 2000

Alles hat ein Ende, nur die W...ende hat zwei. Für die einen ist Silvester 99/2000, für die anderen Silvester 00/2001 das ENDE des zweiten Milleniums christlicher Zweitrechnung. ChinesInnen, AraberInnen, JüdInnen, InderInnen, Mayas ... mit einem Wort, die halbe Welt sieht das anders. Unbeeindruckt davon kriegt ihr den 18. schwarzroten KALENDA zum Jahr 00 mit einer deftigen Portion ANARCHIE geliefert – druckfrisch frei Haus, versteht sich! Auf 288 fadengebundenen Seiten (rund 50 davon @dressen!) im Paperback findet ihr das berühmt-berüchtigte KALENDArium (wiedermal gestaltet von @ndi) mit vielen Cartoons, Grafiken, Sprüchen und Daten zur libertären Weltsicht und dazwischen A-Geschichte, A-Projekte, Stories und Erwägungen was abgeht und wie.

Diesmal: Der Elchtest – Anarchie in Schweden, Nation_A_lismus?, C.I.R.A., Pieing – Torten statt Bomben, WWWie jehts billja?, CAB – Anarch@kuriere, Authentizität, Die Graswurzelbewegung, u.v.a.m..

Ansonsten »the same procedure as every millenium«: preisstabile 15 DM Vorauskasse (!) an das Nordsüdgefälle-Konto 508 48 801, Ralf G. Landmesser, Postbank München, BLZ 700 100 80, oder cash/ec an R.G.Landmesser / SCHWARZROTBUCH VERLAG, Rathenower Str. 22, D-10559 Berlin. Wichtig: Eure Adresse !!! Massenrabattz ab 5 Stk. 11 DM, ab 20 Stk. je 10 DM incl. Versandkosten, ab 250 Stk. nur 7,50 DM + Porto/Verp.. Natürlich gibts den KALENDA 2000 auch im echt **guten** Buchh@ndel. Pl@nziel: ab Mitte Oktober/November 99.●.

Anzeige

## JOBS

**Bioladen-Kollektiv** sucht neue MitarbeiterIn im 4er-Team, die/der gerne selbstverwaltet und eigenverantwortlich arbeitet. Der Laden ist Teil eines Anders-Leben & -Arbeiten-Projektes. Bewerbungen an Lebensgarten, Grandweg 25, D-59494 Soest.
☎(0 29 21) 3 36 54, Fax 3 36 45

## AUSBILDUNG

Suche **Ausbildungsplatz zum Fahrradmechaniker**; ggf. auch mit späterer Beteiligung oder Übernahme an Fahrradwerkstatt im Nordwesten.
Günther Schlarmann, 46J., Bankkfm.
☎(0 44 42) 91 06 40 ab 18 Uhr

## PROJEKTE

**Projekt:** Ökoferiendorf im Westernstil, Südfrankreich sucht Teilnehmer, die selbständig ihren Betrieb aufbauen, Schmied, Bäcker, Schreiner, Landwirt, usw.
**Ziel:** kollektiv/ökologische Selbstversorgung mit touristischer Orientierung in einer authentischen Westernumgebung. Aktive/passive Teilhaberschaft möglich.
☎(0 70 31) 87 59 34, Manfred Volker

Wir, 2 Frauen mit landw. Ausbildung und Erfahrung in Theorie und Praxis, suchen pol., undogmatisches Projekt, in der wir lw. Bereich übernehmen, aus- oder aufbauen können. Keine reine Selbstversorgung. Unsere Schwerpunkte sind Ackerbau, Feldgemüse und v.a. der Milchkühe. Eigenkapital bringen wir mit. Mute Schimpf, Motzstr. 5, D-34117 Kassel

Suchen für alternatives Wohn-/Arbeits-/Kommune-Projekt auf den Kanarischen Inseln noch Interessenten.
☎(0 30) 427 64 60

**Miteinsteiger** für die Übernahme eines Projektes in Süddeutschland gesucht: Tagunghaus, Fischzucht, Schreinerei, bestehende Betriebe, faszinierendes Anwesen.
**Chiffre: Lehutu**

Kleineres **Land-WG-Projekt** in 6.000-Seelen-Ort hat 2 Zimmer frei: nicht abhängen + konsumieren, sondern zusammenleben + selbermachen ist angesagt; gartenbau, hühner, holz, brotback usw.; katzenrevier!
landkreis aschaffenburg
☎(0 60 24) 55 56

Bäuerinnen, Handwerkerinnen u. alle anderen (Lebens)Künstlerinnen, wir suchen Euch. Wir haben viel Platz, viel zu tun, viel zu lachen, viel Land u. 60 Galloways. Komm steig ein!
☎(0 42 35) 94 22 12

**Kaiserslautern** – Ortsteil: Doppelhaus, 4 ZKB und 3 ZKB, ca. 250 qm Wohnfläche, etliche Kellerräume auf 4.000 qm Grundstück (leichter, fruchtbarer Boden), Waldrand, an landwirtschaftlich und/oder sozial orientierte (Projekt-)-WG zu vermieten. Unbefristeter Mietvertrag mit 1 od. 2 Hauptmieter(n) erwünscht. Mietpreis VHB
☎Mo-Fr. 11 bis 18.30 Uhr,
(0 63 21) 48 38 02

**Hollerhof-Kommune**, 5m (45, 32, 18, 17, 16) u. 3w (48, 36, 34), sucht für ihren großen Hof in der Nähe von Bremen Menschen zum miteinander leben, lachen und Ärmel aufkrempeln. Gerne auch älter.
☎(0 42 04) 52 02, Fax/AB 17 82

Vielseitige landwirtschaftliche Kommune im Münsterland (7 Erwachsene, 1 Kind), sucht Einsteigerin, schwerpunktmäßig im Milchvieh- und Käsereibereich. Mehr Infos unter
☎(0 25 25) 25 60, nach Hilde fragen.

Handwerker (ungekündigt) + Schriftsteller (ungekrönt) + Fischers Feind (Joschka), bald 50, su. linke, eher ländl., aber unvernagelte Kommune. Will darin alt werden ohne Groll.
**Chiffre: 181-3 (Lu.)**

Wer hat Lust mit uns, Anke (35), Lara (5), eine neue ÖKO-Kommune auf einem Bauernhof in der Nähe von Schwerte (Ruhr) aufzubauen. Wir haben Lust auf Lebensfreude!
Anke Radtke, Dorfstr. 11, D-37318 Schönhagen
☎(03 60 83) 4 10 81

## VERKAUF

**Versandantiquariat** sucht KäuferIn: Literatur, Gesellschaftswiss., Geschichte, Politik u.v.m.. Ca. 80.000 Bücher. Nur komplett gegen Gebot.
**Chiffre: Klappe!Text**


**Uwe Timm**
**Was ist eigentlich Faschismus?**
61 Seiten / 10,00 DM
ISBN 3 - 905052-63-6
Edition Anares Bern
Fundierte und kritische Darlegung über die Entstehung des deutschen Nationalsozialismus und des Begriffes "Faschismus".
Zu bestellen über jede gute Buchhandlung oder über die **ESPERO** -
Redaktionen: Jochen Knoblauch, Knobelsdorffstr. 8, 14059 Berlin,
Uwe Timm, Wulmstorfer Moor 34b, 21629 Neu Wulmstorf
E - mail: Utespero@aol.com

**INFOLINKS**
DIE ARCHIV CD-ROM (1995 BIS APRIL 1999)
Infos unter: www.infolinks.de
Recherchieren in den Texten von neun Publikationen (über 40.000 Artikel):
ak – analyse & kritik
Geheim
Bürgerrechte & Polizei / CILIP
Antifaschistische Nachrichten
POONAL
Lateinamerika Nachrichten
Links (bis Feburar 97)
junge Welt (ab 22.5.97)
ila – Zeitung der Informationsstelle Lateinamerika (1996)
Systemvoraussetzungen: Windows ab 3.1, NT ab 3.51, min. 8 MB RAM, CD-Laufwerk
Preis: 99 DM (49 DM als AbonnentIn einer der obigen Publikationen / bitte Abo-Nr. und Publikation angeben). Preis incl. MwSt., zzgl. 5 DM Porto / Verpackung). Bestellung per Vorkasse (104,– DM bzw. 54,– DM per Scheck / bar) bei:
Info Pool Network, Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin, Tel. 030/53602222

**Wir gehen den Dingen auf den Grund**
**SOZIALISTISCHE ZEITUNG**
Die *SoZ – Sozialistische Zeitung* bringt alle 14 Tage Berichte und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn.
**Kostenlose Probeausgabe bestellen!**
SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77, D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 Fax (02 21) 9 23 11 97
E-Mail <soz@link-lev.de>

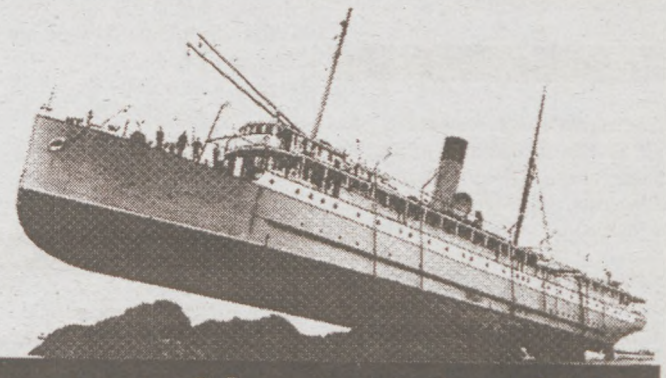
MÉXICO REBELDE
Frage:
Die Worte »Ya Basta« stehen für
a] den Schlachtruf der mexikanischen Antialkoholiker
b] ein mexikanisches Nudelgericht
c] für den Aufruf, sich nicht länger zu ducken
Spielen Sie mit.
Bei Ihrem Mexikaner oder im Internet.
Beim medico-Gewinnspiel.
1. Preis:
eine Reise nach Mexico [2 Pers.]
medico international
Tel. 069 944 38-0
www.medico.de
MÉXICO REBELDE


## KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
**Kosten:** Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
**Chiffregebühren:** 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
**Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!**
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
**Termin:** jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

## SCHNIPSEL




**...wenn Ideen nötig sind, die an die Wurzeln gehen**

Die graswurzelrevolution informiert jeden Monat über:
- widerstand gegen staat und krieg
- ökologie, die über umweltschutz hinausgeht
- antirassismus und antisexismus
- aktualität und geschichte des gewaltfreien anarchismus
- transnationalismus
- bücher
- concert for anarchy

u.v.m.

→ **Sonderhefte** und **Bücher:** Bitte Informationen anfordern

**Jahresabo** 40 DM (10 Ausgaben) • **Schnupperabo** 10 DM (3 Ausgaben nur gegen Vorkasse) • **WiederverkäuferInnenrabatt**

**GWR • Breul 43 • D-48143 Münster • Tel 0251/48 290-57 Fax -32**
**www.comlink.de/graswurzel**

**graswurzelrevolution**
für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

Anti-Militarismus+Feminismus+Wirtschaft&Soziales
**Es gibt gute Argumente**
www.akweb.de
für ein ak-Abo
**3 x ak für 10 DM***
*verlängert sich automatisch zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.
Unsere Abo-Preise:
60 - 90 - 150 DM
Sozial - Normal - Förder - Preis
für ein Jahresabo
**ak analyse & kritik**
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Rombergstr.10, 20255 HH, t: 040-40170174, f: - 40170175, ak-redaktion@cl-hh.comlink.de
Linke Debatte+Anti-Rassismus+Kultur
Anti-AKW-Bewegung+Anti-Faschismus
Geschichte+Anti-Nationalismus+Internationalismus

*Die beiden unabhängigen Umweltzeitungen Berlins erscheinen jetzt gemeinsam.*
DER RABE RALF
Anders leben
Ökologie - Ökonomie
AGENDA 21
Ohne Auto mobil
Umwelt-Bibliothek
Tips-Termine-Infos
Seit 1990
Naturschutz • Umweltpolitik • Öko-Tips • Bücher für Kinder
Seit 1984
Berliner Luft-Zeitung
*Kostenlos an den einschlägigen Auslageorten in Berlin oder für 4 DM pro Ausgabe per Unterstützungsabo ins Haus. Kostenlose Probenummer: GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ (030) 44 33 91-0*

**Antifa-Taschenkalender 2000**

Neben den typischen Servicefunktionen eines guten und übersichtlichen Kalenders bietet der Antifa-Kalender 1999 wieder eine Reihe von Texten, die sich mit Geschichte und Gegenwart antifaschistischer Bewegung auseinandersetzen.
256 Seiten, 12 DM, ISBN 3-89771-700-X
In jedem Buch- und Infoladen, oder bei uns:
***UNRAST* Verlag**
**Postfach 8020 – 48043 Münster**
**Tel (0251) 666293 — Fax 666120**
Der Antifa-Kalender geht in das zehnte Jahr seines Erscheinens und immer noch ist er auch auf Eure aktive Solidarität beim Vertrieb angewiesen.
Deshalb organisiert Sammelbestellungen, Büchertische und Veranstaltungsverkauf, damit dieses Symbol des antifaschistischen Widerstands überall erhältlich ist.
WiederverkäuferInnen erhalten selbstverständlich die üblichen Rabatte:
ab 5 Ex. 30 %, ab 50 Ex. 35 %, ab 100 Ex. 40 %


## IMPRESSUM


CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
**Herausgeber** ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
**01099 Dresden, Redaktion Dresden**, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: r.buch@partisan.net; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland**, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen**, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; **Redaktion Saarland**, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
**Genossenschaften**: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung**: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik**: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎ (06 21) 30 38 13; **Tauschringe**: 49504 Lotte-Halen, Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, ☎ (0 54 04) 61 97, Fax 48 22, E-Mail: privatier@t-online.de; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: 10777 Berlin, Elisabeth Voß E-Mail: elisv10777@aol.com; **Regionalentwicklung und Landwirtschaft**: 28201 Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; **Information & Kommunikation**, 45549 Sprockhövel, Karl Dietz, Zechenstr. 40, E-Mail: dietz@koma.free.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
**Eigenverlag**; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
**Anzeigenverwaltung**: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
**Herstellung**:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
**Bildredaktion**: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
**Druck**: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

## REGIONALENTWICKLUNG

**Mehrteiliger Fortbildungskurs**
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung richtet sich an Planer aus der Stadt- und Landschaftsplanung, Fachberater aus der Agrarwirtschaft, der Betriebs-, Natur- und Sozialwisssenschaft sowie an Pädagogen aus der Erwachsenenbildung. Die Fortbildung befähigt dazu, partizipative Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die Teilnehmer erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten umzusetzen und Einzelprojekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Dieser Kurs wird im Zeitraum Februar 2000 bis März 2001 berufsbegleitend durchgeführt, setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und wird von einem Team aus unterschiedlichen Praxisfeldern angeleitet.
**Information & Anmeldung:**
Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstr. 23, D-53604 Bad Honnef
☎(0 22 44) 94 65 40, Fax 94 65 44
E-Mail: akademie@kljb.org
http://akademie.kljb.org

## NETZ

**Führen durch Zielvereinbarung**
Ein ausführliches Gespräch mit den MitarbeiterInnen über gemeinsame Ziele führt nicht nur zu ergebnisorientiertem Verhalten und zur verbesserten Zielerreichung, sondern fördert in der Regel auch die Motivation der Beteiligten. Führen durch Zielvereinbarung ist ein zeitgemäßes Führungsinstrument, bei dem die zu erreichenden Ziele, deren Umsetzung, benötigte Ressourcen, die Überprüfung des Grades der Zielerreichung und Feedback und das Entwicklungspotential im Mittelpunkt stehen.
**Termin:** 13.-14.1.99, München
**Information & Anmeldung:**
Netz e.V., Schildstr. 12-19,
D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet: http://www.aries.de

## WOHNBUND NRW

**Selbstverwaltung und Sicherung von Wohnungsbeständen durch kleinere Bewohnergenossenschaften**
Tagung am 16.12.1999
**Information:**
Wohnbund Beratung NRW GmbH,
Herner Str. 299, D-44809 Bochum
☎(02 34) 90 44 00, Fax 904 40 11
E-Mail: wohnbundnw@aol.com

## MEDIENARBEIT

**Die Schülerzeitung im Internet**
Viele Schüler- und Jugendzeitungen sind bereits online. Ihr nicht? Auf diesem Wochenende erfahrt Ihr, was man dazu braucht, und gestaltet gemeinsam eine eigene Online-Zeitung.
**Termin:** 3.-5.12.99, Frohburg/Leipzig
**Information & Anmeldung**
Münchener Medienladen,
Postfach 19 04 18, D-80604 München,
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06,
e-mail:
g.hooffacker@link-m.de,
www.hooffacker.de
**Information & Anmeldung:**
Nürnberger Medienakademie e.V., Peter Lokk, Humboldtstr. 117, 90459 Nürnberg, Kosten jeweils: 120,- (Verdienende), 90,- (Nichtverdienende), incl. Unterbringung und Verpflegung.

## ÖKODORF-INSTITUT

**Seminare zur Gemeinschaftssuche / -gründung** in Hausen/Schwarzwald
**Termine:** 12.-14.11. u. 4.-5.12.99
**Vorankündigung:** 5. Ökodorf-Festival in Gemeinschaft am Bodensee mit über 20jähriger Erfahrung
**Termin:** 6.-12.6.2000
**Info:** Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

## JUNGE LINKE

**Das Verbrechen Kommunismus**

**Gespensterjagd**
Seit es Kapitalismus gibt, hören die Warnungen nicht auf – vor der gefährlichen Klasse der ArbeiterInnen, vor den böswilligen Umstürzlern, der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung, der totalitären Bedrohung durch den Ostblock oder der verhängnisvollen Faszination durch eine falsche Theorie. Eine Ideengeschichte des deutschen Antikommunismus von 1820 bis heute.

***Weder Planwirtschaft noch Kapitalismus***
Wie funktionierte der Reale Sozialismus? Warum mussten die Betriebe nach wie vor Gewinn machen – und woran lag es, dass es mit der Versorgung der Massen nicht klappte? Wie produzierte dieses System die Voraussetzungen für seine Selbstabschaffung? Und einiges über NÖP, Kollektivierung, die Mais-Kampagne und einen konsequenten Idioten namens Gorbatschow.

**Von der Volksfront zur Sozialdemokratisierung**
Warum gibt es heute keine Kommunistischen Parteien mehr? Wie geht der Weg von der Verteidigung der Demokratie zum linken Sparprogramm – Verrat oder Logik des Stalinismus?

**Die Reisfelder Kambodschas**
Warum der freie Westen Pol Pot erfinden müsste, wenn es ihn nicht gegeben hätte, und warum es der vietnamesischen Armee keiner gedankt hat, als sie diesen Schlächter in den Dschungel trieb.

**Der Umsturz**
Was passierte 1989 eigentlich genau? Wieso? Was sind die interessierten Deutungen?

**Nachrichten aus den befreiten Gebieten**
Welche Rolle spielt Russland heute noch? Wie sieht der Sieg der Freiheit über den Kommunismus in Polen, Rumänien und Jugoslawien aus? Was geht in der Ex-DDR ab?
**Termin:** 19.-21.11.99

**Kritische Ästhetik**
Kunst ist keine Politik. Eine politische Gruppe, die ein Seminar über Kunst und Ästhetik macht, muss nicht mit Benjamin meinen, die Kunst müsse politisiert werden, total auf Brecht abfahren und sich Gedanken darüber machen, wie Kunstwerke ganz unmittelbar viele Leute zu hippen Gesellschaftskritikern machen. Dass es dennoch eine notwendige Verbindung zwischen Kunst und ihrem Verhältnis zur Gesellschaft gibt, soll sich dann auch nicht beim gemeinsamen actionpainting, sondern bei der theoretischen Diskussion des Gegenstandes zeigen.
Damit ist die Beschäftigung mit Kunstwerken nicht überflüssig; dass sie nicht eins zu eins das Mittel zur Revolution sind, degradiert sie nicht zum bloßen schönen Schein, der bürgerliche Wohnzimmer dekoriert und die Gegenwart verklärt. Sie sagen nämlich, wenn sie ihren Namen verdienen, etwas über die Gesellschaft aus, in der sie entstanden sind. Ihre Bedeutung haben sie darin, dass sie in sich, im Verhältnis ihrer Form zu ihrem Inhalt ihre Zeit reflektieren. Das ist ihr Wahrheitsgehalt.
Den zu erkennen, ist für bürgerliche Subjekte, die schon im Kindergarten lernen, dass sich über Geschmack nicht streiten lässt und dass schön immer das ist, was einer so findet, nicht gerade naheliegend. Die objektiven Kriterien zur Erfassung von Kunstwerken sind kein Bestandteil des gesunden Menschenverstands sondern haben sich aus einer langen Tradition herausgebildet, die bei Kant und Hegel nicht anfängt und bei Benjamin und Adorno sicherlich nicht endet. Um Kunstwerke, ihren Wahrheitsgehalt und ihre Bedeutung für ihre Zeit zu verstehen, bedarf es der Ästhetischen Theorie. Um all dieses, um die Frage, welche Erkenntnis Kunstwerke über ihre Zeit ermöglichen, wie ihr Wahrheitsgehalt sich ausdrückt und was es mit Begriffen wie dem Schönen und dem Erhabenen auf sich hat, wird es auf dem Seminar gehen. Außerdem soll aufgezeigt werden, warum Ästhetik notwendige Bedingung des Weges zu einer befreiten Gesellschaft ist.
**Termin:** 10.-12.12.99
**Information & Anmeldung:**
junge linke, Borriesstr. 28,
D-30519 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

**»Zero tolerance« im Einkaufsparadies Von der Sicherheits- zur Kontrollgesellschaft**
Durch geschürte Ängste soll das New Yorker Konzept »Zero Tolerance« zum Patentrezept der Verbrechensbekämpfung werden, d.h. dass Menschen, die sich unangepasst verhalten oder so aussehen, aus den Konsummeilen vertrieben werden. Immer größere Bereiche werden dem öffentlichen Raum entzogen.
**Termin:** 27.-28.11.99, Bochum

**Kein Fußbreit den FaschistInnen Antifaschistische Theorie und Praxis**
Die Öffentlichkeit akzeptiert es immer mehr als Normalität, dass Faschos in Gruppen durch Innenstädte ziehen. Was bedeutet aber überhaupt Faschismus? Sind FaschistInnen wirklich nur arme Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse? Wie kann antifaschistische Arbeit heute aussehen? Welche linken Gegenstrategien wären wünschenswert?
**Termin:** 27.-28.11.99, Leichlingen

**Das Leben lebt nicht Adornos »Kritische Gesellschaftstheorie«**
Vielleicht ist uns gar nicht immer so bewusst, wie die Gesellschaft strukturiert ist, die uns umgibt. Sind Menschen heutzutage vor allem freie, selbstbestimmte Individuen? In gemeinsamer Lektüre und Diskussion möchten wir uns damit beschäftigen, was der Philosoph und Soziologe Theodor W. Adorno dazu sagt, dessen Schaffen und Tun gemeinhin unter dem Begriff »Kritische Theorie« zusammengefasst wird.
**Termin:** 3.-5.12.99, Castrop-Rauxel

**To be a (wo)man Perspektiven feministischer Philosophie**
Was ist feministische Philosophie? Welche Eingriffsmomente hat sie innerhalb des patriarchal dominierten philosophischen Denkens der Moderne? Anhand von Texten von Vertreterinnen verschiedener feministischer Strömungen werden wir diesen Fragen nachgehen und versuchen zu erkennen, was feministische Perspektiven sind.
**Termin:** 17.-19.12.99, Costrop-Rauxel
**Information & Anmeldung:**
JungdemokratInnen / Junge Linke NRW, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
E-Mail: jdnrw@t-online.de
www.jungdemokratinnen.de

**Rechte Ökologie und Esoterik**
»Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf.« Dass dieser Satz des spirituellen Ökologen Rudolf Bahro kein »Ausrutscher« in der Esoterikszene ist, daß anti-emanzipatorische Vorstellungen bis hin zum Rechtsextremismus häufig sogar gang und gäbe sind, soll auf diesem Seminar deutlich werden. Weiterhin soll aufgezeigt werden, wo rechte Inhalte ökologisch verpackt und propagiert werden, sei es jetzt als »Ökodiktatur«, der Forderung nach einer Reduzierung der angeblichen »Überbevölkerung« oder dem Einsatz von »Grünhelmen«, die Umweltverbrechen weltweit ahnden sollen oder aber die Rückkehr zu einer »naturgemäßen Lebensweise«.
**Termin:** 3.-5.12.99 in Brandenburg, 30,– DM (20,– DM für Mitglieder)
**Anmeldung:** JungdemokratInnen/ Junge Linke, Rosa-Luxemburg-Str. 19, D-10178 Berlin
☎/Fax (0 30) 247 297 47
E-Mail: info@jungdemokraten.de

## FEMINISTISCHE WINTERUNI

Vom 6. bis 11.12.99 findet an der Ruhr-Universität Bochum die **Erste Feministische Winteruniversität** (fwu) statt. Ziel der fwu ist es, »Alltagsphänomene« nicht bloß destriktiv darzustellen, sondern diese auch mit Hilfe wissenschaftlicher Ansätze, kritisch und feministisch zu hinterfragen und in den gesellschaftlichen Kontext einzuordnen. Sie soll sowohl ein Forum für diejenigen sein, die sich schon länger mit feministischer Theorie und Praxis beschäftigen, als auch für diejenigen inner- und außerhalb der Uni, die bisher kaum Gelegenheit dazu hatten. Nachmittags (16h) wird ein Einstieg in das jeweilige Thema mit einer eher praxisbezogenen Veranstaltung gegeben werden. Die Abendveranstaltungen (19h) haben eher theoretischen Charakter, sind aber auch für EinsteigerInnen verständlich.
Diese Veranstaltungsreihe soll Frauen wie Männer gleichermaßen ansprechen. Einige der Veranstaltungen sind jedoch Frauen vorbehalten.
**Programm & Info:**
fwu, c/o Lehrstuhl für Frauen- und Sozialstrukturforschung, GC 04/505, Universitätsstr. 150, D-44780 Bochum
☎(02 34) 70 38 75, Fax 70 38 11
E-Mail: fwu@gmx.de

## TOURISMUS

**Nachhaltiger Tourismus oder nachhaltige Tourismuskritik?**
Unter dem Schlagwort »Nachhaltiger Tourismus« hat sich die Entwicklungszusammenarbeit wieder explizit der Tourismusförderung zugewandt. Ihre Strategien und Konzepte können auch als Reflexion auf die Tourismuskritik der letzten Jahrzehnte verstanden werden.
Das Seminar wird in einem Rückblick auf diese tourismuskritische Debatte aktuelle Themen und Standpunkte herausarbeiten, wobei insbesondere die Schlagworte Umwelt- und Sozialverträglichkeit genauer auf ihre Konzepte und Motive diskutiert und hinterfragt werden sollen.
**Termin:** 12.-14.11.99, Vlotho
**Information & Anmeldung:**
AKE, Burgstr. 1, D-32602 Vlotho
☎(0 57 33) 9 57 37, Fax 1 81 54

## OST/WEST

**Solidaritätsarbeit in Ost und West – unterschiedliche Geschichte, unterschiedliche Wirklichkeit?**
Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer will das Seminar einen Rückblick auf die Entwicklung der Solidaritätsbewegung mit der »3.Welt« in Ost und West versuchen. Anfang der 90er Jahre gab es verschiedene Versuche, miteinander ins Gespräch zu kommen, die weitgehend folgenlos blieben. Die unterschiedlichen Milieus in Ost und West entwickelten sich getrennt voneinander. Vorbehalte und Desinteresse aneinander haben eher zu- als abgenommen.
Inzwischen ist auf eine neunjährige gemeinsame Geschichte in einem Staatsgebilde zurückzublicken. Die Schwierigkeiten (versiegende Geldquellen, zu wenig ehrenamtlich Aktive, Orientierungsprobleme in einer rasanten gesellschaftlichen Entwicklung usw.) sind sicher ähnlich, der Umgang damit aber alles andere als gleich. Das Seminar soll die Möglichkeit bieten, sich hierüber auszutauschen.
**Termin:** 3.-5.12.99, Werftpfuhl bei Berlin
**Information & Anmeldung:**
BUKO, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56

## FEIERABEND!

**Ein Kritik der Arbeit**
Auf einer Rundreise stellt die »Gruppe Krisis« das von ihr herausgebene »Manifest gegen die Arbeit« zur Diskussion und stellt das soeben im Konkret Literatur Verlag erschienene Buch »Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit« vor. Am **24.11., 19 Uhr** findet hierzu in der Heidelberger Neuen Universität, Hörsaal 1 eine Veranstaltung mit Norbert Trenkle (Krisis) statt. Veranstaltende Gruppen sind CONTRASTE und die Antifaschistische Gruppe Heidelberg.
**Weitere Termine der Rundreise:**
Braunschweig, 25.11.,
Referent: Ernst Lohoff
Darmstadt, 25.11.,
Referent: Norbert Trenkle
Dortmund, 23.11.,
Referent: Norbert Trenkle
Freiburg, 25.11.,
Referent: Robert Kurz
Hamburg, 8.12.,
Referent: Ernst Lohoff
Kassel, 23.11.,
Referent: Ernst Lohoff
Leipzig, 11.11.,
Referent: Norbert Trenkle
München, 15.11.,
Referent: Norbert Trenkle
Münster, Uni, 24.11.,
Referent: Ernst Lohoff
Nürnberg, Ex-Komm, 12.11.,
Referent: Robert Kurz
Schorndorf, Manufaktur, 28.11.,
Referent: Norbert Trenkle
Trier, Multikulturelles Zentrum, 26.11.,
Referent: Norbert Trenkle
Wendland, Meuchefitz, 27.11.,
Referent: Ernst Lohoff
Die genauen Termine sind der Tagespresse zu entnehmen.

Institut für Neue Arbeit
Institut für Theorie und Praxis der Neuen Arbeit e.V.
Düsseldorfer Str. 74, 51063 Köln
Tel. 0221-640 52 45 Fax 640 31 98
www.thur.de/philo/ina.htm

**Veranstaltungsreihe**
Oktober 1999 – Februar 2000

Über das Bestehende hinausdenken...

**»Neue Arbeit« statt Ausgrenzung**

◆Freitag 22. 10. 1999
»Neue Arbeit« auf der Industriebrache
Alter Güterbahnhof
Ein Projekt stellt sich vor

◆Freitag 5.11.
20 Jahre SSM
20 Jahre gelebte Utopie

◆Dienstag 23.11.
Wohlfahrtsstaat und Selbstorganisation
Möglichkeiten einer neuen Solidarität

◆Dienstag 14.12.
Vernetzung durch das Internet
Chancen und Risiken
für die Selbstorganisation

◆Samstag 15.01.2000
Wer ist hier behindert?
Ansätze einer neuen Integration

◆Samstag 29.01.
Marktwirtschaft 2000 – die eskalierende Ausgrenzungsgesellschaft
Risiken und Gegenstrategien

◆Donnerstag 17.02.
»Neue Arbeit« –
Neue Lebensorganisation –
Neue Perspektiven für Frauen

Jeweils um 18.30 Uhr findet eine Führung zu SSM/INA statt.

Für die Abendveranstaltungen wird ein Kostenbeitrag von 8 DM, ermäßigt 5 DM erhoben.

INA befindet sich in den Räumen der SSM KVB-Haltestellen Wiener Platz (13,15,16) Keupstr. (4. von Stadtmitte kommend links, immer geradeaus).

Bitte Veranstaltungsprospekt anfordern!

## SONSTIGES

**Zukunftsvisionen für soziale Bewegungen**
Welche Rolle können soziale Bewegungen im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung noch spielen? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Tagung »Wandervögel, Ökos, Avatare – Die Zukunft der sozialen Bewegungen« (17. bis 19.12.99 in Loccum bei Minden), die von der Stiftung MITARBEIT, der Ev. Akademie Loccum, vom Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen und vom Gelsenkirchener Büro für Zukunftsgestaltung Z_punkt gemeinsam veranstaltet wird.
**Information & Anmeldung:**
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de

**Trauerprozesse – Trauerbegleitung – Zyklisches Arbeiten**
Nächste Ausbildung: Beginn Herbst 1999 / Januar 2000. Fachliche Fortbildung und Supervision zu Trauerarbeit, Wandlungsprozessen, Sterbebegleitung. **Informationen:** TrauerWege e.V. – Beratung, Weiterbildung, Berufliche Bildung – Breite Str. 21, D-55124 Mainz
☎(0 61 31) 23 11 00

**CONTRASTE**

**JETZT ABONNIEREN:** Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

**Zahlungsweise** (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

**Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.**

## SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg